Das Abonnement beträgt:
1½ Rt. für ¼ Jahr in Berlin,
1⅞ „ „ „ „ incl. Post-
zuschlag in allen Theilen der Monarchie.
Einzelne Nummern werden mit 2½ Sgr. berechnet.
Dies Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: Deßauer-Straße № 5.
Insertions-Gebühr für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile 2 Sgr.

Nr. 24. Berlin, Mittwoch, den 30. Januar. 1850.

Wir ersuchen unsere geehrten Freunde uns von dem Ausfall der bevorstehenden Wahlen möglichst schnell Nachricht zu geben.

Die Redaction.

Rundschau im Januar 1850.

(Schluß).

Noch hangen die Entwürfe der Gemeinde-Ordnung und der Ablösungs-Gesetze wie schwere Gewitterwolken am Himmel der Kammern über unsern Häuptern. Vertilgung aller deutschen Gemeindefreiheit, alles deutschen Rechts, — Uniformirung nach französischen Schablonen, — Einführung eines geistlosen und kostbaren Schreiber-Regiments, der schlimmsten aller Büreaukratien, derjenigen die auf immer wiederholte demokratische Wählerei basirt ist — und in Folge dessen Unzufriedenheit und Krieg Aller gegen Alle, — damit bedroht man die im Ganzen friedlichen, in ihrem Kerne gesunden ländlichen Rechtsverhältnisse der östlichen Provinzen, Rechtsverhältnisse die der Staatsmann studiren sollte der lernen will was deutsches Recht, was deutsche Freiheit ist. Beraubung der Kirchen, Pfarren, Schulen und milden Stiftungen, — blutige Schnitte in das bestverbürgte Eigenthum, — Processe auf Jahrzehende verbreitet über das ganze Land, — während dieser langen Zeit viele Millionen jetzt ruhig besessenes und genossenes Eigenthum in den formenden Händen der Auseinandersetzungs-Behörden die zugleich Ausnahme-Gerichte sind und über die Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Staatswahlen disponiren werden, — und als endliches Ziel „entlastetes" Grund-Eigenthum, das heißt entlastet von den Rechtsverhältnissen die ihm die gemäßesten sind, auf welche das wahre Bedürfniß des Landvolks, namentlich das Bedürfniß der noch Besitzlosen und das deutsche Recht von selbst hinführen, — belastet dagegen mit dem unerträglichen Zwange der die rechtmäßigsten landüblichsten Verträge und Rechtsverhältnisse verbietet, — belastet gerade mit der Last die für den Grundbesitz die verderblichste ist, mit kündbaren Geldschulden an, der Natur der Sache nach, in der Regel unbarmherzige Gläubiger, — belastet mit vielen Millionen Briefen au porteur die österreichischen Finanz-Zuständen uns entgegenführen und an deren Sicherheit und Course die pro memoria's der Patow's von 1855 kräftig herum handthieren und experimentiren und dadurch den verbündeten Mächten der Demagogie und der Börsen-Spekulation ein weites Feld voll der ergiebigsten Erndten einräumen werden, — belastet endlich auf immer, wie ein Mitglied der zweiten Kammer emphatisch sich ausdrückt, mit dem unablöslichen Rechte Rechtsverletzungen zu begehen, — das sind die Aussichten welche die Ablösungs-Entwürfe vor unsern Augen eröffnen.

Welche Argumente werden wohl die Vertheidiger dieser Entwürfe den siegreich vordringenden Klub- und Kammer-Rednern entgegenstellen die Antheil an der Beute für die Armen begehren die nichts abbekommen sondern noch obendrein empfindlich leiden durch die Schwächung oder den Untergang ihrer Schulen, Pfarren, Kirchen und Stiftungen und mittelbar durch die Plünderung des Domainen-Fiscus so wie überhaupt durch die feindliche Stellung die jeder Besitzer „entlasteter" Grundstücke gegen jeden einnehmen wird der diesem Augapfel des Egoismus sich nur von Weitem nähert, — Antheil ferner für die welche 25fach oder mit Land abgelöst haben, — Antheil für die welche mit gutem Grunde behaupten, die Domänen-Aemter, Rittergüter, Kirchen und Pfarren, ja, selbst die Bauer-Güter seien mindestens eben so „feudalistischen" Ursprungs als die Reallasten und dürften daher der „Revision des Eigenthums" sich nicht entziehn? Oder den Klub- und Kammer-Rednern welche ganz unwiderleglich den „feudalistischen" Ursprung der nun an die Rentenbanken zu zahlenden Renten behaupten, die eine 56jährige Dauer dieses Feudal-Unfugs viel zu lange und ganz unerträglich finden und einen „Schnitt in das Fleisch" der Juden und Wucherer fordern die die Rentenbriefe in Händen haben? Oder den Klub- und Kammer-Rednern, den preußischen Fourriers, Proudhons und Ledru-Rollins, welche, als große politische Maaßregel — als „kühnen Griff" würde Gagern sagen — die Anwendung des Prinzips der Rentenbanken auf alle Schulden, — auf Privat- und Staatsschulden —, verlangen, des Princips nämlich wonach der Schuldner seine Schuld aus dem Vermögen des Gläubigers bezahlt, und wenn sie diese große politische Maaßregel dadurch begründen daß jeder Staatsbürger, ja, daß der Staat selbst mindestens eben so viel Anspruch auf Freiheit und „Entlastung" auf Kosten des Gläubigers habe als der reiche Domainenbauer in der Magdeburger Börde? Oder den Klub- und Straßen-Rednern die, auf die gewissesten historischen Thatsachen gestützt, den feudalistischen Ursprung der Preußischen Monarchie nachweisen und, wie O'Connell, erbliche Gesetzgeber, also auch Erb-Könige, eben so lächerlich finden wie erbliche Uhrmacher oder erbliche Bürstenbinder?

„Giebt es" — ruft, oder rief Dahlmann aus, denn jetzt ist er links — „giebt es eine Bürgschaft für das neue Recht wenn das alte rechtlos verschwinden durfte?"

Glänzend bewähren diese Ablösungs-Entwürfe die Warnung und Vorhersagung welche der Graf v. Finkenstein und der nachmalige General von der Marwitz im Jahre 1811 den damaligen jetzt uns als Muster vorgehaltenen „Schnitten in das Eigenthum" entgegenstellten:

> „Sobald einmal die gefährliche Entschuldigung: der Drang des Augenblicks heilige Alles — gestattet worden, so werden sich Ew. Majestät Nachfolger und deren Minister auch wieder darauf berufen und einen jeden Eingriff in das Eigenthum dadurch sanctioniren wollen bis endlich auch bei dem Volke die Scheu vor den Gesetzen entweichen und es Gewalt ausüben wird sobald es dieselbe erlangen wird."

Stein und Hardenberg, unter dem Panier dieser „großen Staatsmänner" — dringen die Vertheidiger der Entwürfe muthig vorwärts. Aber blinder als blind müßten sie sein wenn sie nicht schon im Geiste ihre Nachfolger erblickten wie sie noch weiter und immer weiter vordringen und dabei auf die größeren Staatsmänner Patow und Hansemann sich berufen — denen nur leider die wieder erwachte Reaction von 1850 viel zu enge Schranken gesetzt habe.

Wir brauchen übrigens kaum daran zu erinnern daß Stein und Hardenberg nur Hautritzer waren gegen die Fleischschneider Patow und Hanseman. Wenn die Großartigkeit der politischen Maaßregeln und die Größe der Staatsmänner ferner in der enormen Proportion zunimmt wie von Stein-Hardenberg zu Patow-Hansemann, so werden wir in einigen Jahren unter den ungeheuren Beinen von lauter Kolossen umherwandeln.

Die Verehrer Stein's aber und die, welche seine Autorität so kühn anrufen, mögen noch folgende Worte dieses den Lehren der Erfahrung nicht unzugänglichen Ehrenmannes in Erwägung ziehen. „Es war" — sagt Stein — „der Neuerungssucht des Staatskanzlers Hardenberg, berathen von einem —, vorbehalten die Verhältnisse des Gutsherrn zum Bauerstande und dessen innere Familien-Verhältnisse auf eine diesem verderbliche Art Anno 1811 umzuwälzen. Hieran hatte ich keinen Antheil."

Noch eine Bemerkung ehe wir diesen Gegenstand verlassen. So schmerzlich es ist den Stoß führen zu sehen an dem Preußen mindestens die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts hindurch würde bluten müssen, so lehrreich, ja erfreulich — so erbaulich möchte man sagen — ist es an diesem Exempel zu erkennen wie das Recht ein Ganzes ist, Ein organischer Leib von Einer Seele durchgeistet, — wahrzunehmen wie der Shylock Revolution diesem Antonio kein Pfund Fleisch ausschneiden kann ohne daß das Blut nachströmt und der Fleischschneider dem strafenden Gesetze verfällt. Man will den armen Schlesischen Spinnern und Webern und Dreschgärtnern helfen indem man ihnen fremdes Gut schenkt. Und siehe da! ohne es zu wollen muß man Staats- und Kirchen-Gelder metzenweise ausschütten in den Schooß von Bauern die im Wohlstande schwimmen, in die Casse reicher Rittergutsbesitzer die das ungerechte Gut mit Abscheu auf sich zukommen sehen. Man will den übermüthigen Junkern, der fetten Reaction in das Fleisch schneiden. Aber das Messer fährt unversehens tief hinein in das Fleisch der Kirchen und der Schulen, der Armen, der Wittwen und der Waisen. Denn Recht ist Recht für den Reichen wie für den Armen, für die darbende Wittwe wie für den wohlgenährten Edelmann. Jene wie diese, dieser wie jene haben daran ihren Antheil und alle fühlen schmerzlich in ihrem eigenen Fleisch die Eine Wunde die dem Rechte geschlagen wird.

Blicken wir zurück auf die großen Krisen des Tages, die wir erörtert, auf die königliche Botschaft, auf die revolutionairen Gesetze, so müssen wir noch eine Warnung hinzufügen. Vergessen wir doch nie von welchen Zuschauern, täglich bereit als Mitspieler einzutreten, die politische Schaubühne umgeben ist. Wir sind doch wohl manchmal geneigt die Macht der Demokratie zu unterschätzen; der Rundschauer ertappt sich selbst in diesem Irrthum. Die Demokratie kommt uns so platt, so absurd, so gemein, so nichtswürdig, so schimpflich besiegt vor; aber — sie hat mächtige Bundesgenossen, bis in unsre Herzen hinein. Der Apostel wußte daß er nicht mit Fleisch und Blut zu kämpfen hatte, sondern mit den bösen Geistern unter dem Himmel. Was wollen wir der „Urwähler Zeitung" entgegensetzen welche drohend auf diese Alliirten, auf Eidbruch und Aufruhr und Hochverrath hinweist als auf die Erben der Zukunft wenn radicale Dorfschulmeister die Lehrer des Volks der Zukunft bleiben, des von der Kirche absichtlich und freventlich losgerissenen Volks, statt der Propheten und Apostel und des Sohnes Gottes?

„Alle Stützen" — so weissagt frech und schauerlich dieses Berliner Blatt in einem Artikel der überschrieben ist: „Die Lehrer" — „alle Stützen der Regierung zerbrechen wenn die Jugend unsrer Tage heranwächst die den Rechtsbruch, den Wortbruch, den Treubruch vor sich gesehen hat. Ihr ganzes künstliches Gebäude stürzt zusammen wenn sie ihre Hauptmacht, das Militär, einmal wird aus dem heranwachsenden Geschlechte wählen müssen. Ein Geschlecht das weiß daß es Rechte hat die man ihm vorenthält. Ein Geschlecht das die Geschichte unsrer Tage unwillkürlich eingesogen hat. Ein Geschlecht das aufwächst in der unwillkürlichen Verehrung der Männer die für uns gelitten haben und leiden werden. Ein Geschlecht dem die Freiheit um so verführerischer erscheinen wird je mehr sie ihm mit dem Reiz der Jugend-Erinnerung vorschwebt. Ein Geschlecht dem das Wort Volksbewaffnung nicht so wildfremd klingt wie uns noch wenige Tage vor dem März. Ein Geschlecht das vom freien Versammlungsrecht sich weit höhere Begriffe macht als wir denen es in der Freiheit unerquicklich und in der Staatsretterei ungenießbar ward. Ein Geschlecht, das Bürgerwehr spielt und dem „Reactionär" ein Schimpfwort ist. Ein Geschlecht das nach der ganzen Freiheit leidenschaftlich dürsten wird weil man ihm das Schattenbild halber Freiheit nicht wird vorenthalten können. Und diesem Geschlechte wird man Bajonette in die Hand geben müssen."

Was ist der Eid für den welcher von dem abtrünnigen Staate die Staatsschulmeister-Religion statt der christlichen eingetauscht und gelernt hat daß alle Religion nur subjectives Meinen und der lebendige Gott vielleicht nur ein vormärzliches Vorurtheil ist? Jenseit des Eides ist nur noch die Guillotine. Wollen wir nun Angesichts des heranwachsenden Geschlechts der Urwähler-Zeitung buhlen oder brechen mit der Revolution?

Wunderbar! Vor dieser wirklichen Gefahr, vor den Rothen die weit und breit durch ganz Europa mit allen Kräften der Hölle sich rüsten zum Verzweiflungskampf gegen die von Struwe in seinem Abschiedsschreiben aus Havre de Grace bezeichneten „sechs Geißeln der Menschheit," gegen „Königthum, Adel, Autorität, Heer, Clerus und Finanzmacht," vor diesen wirklich furchtbaren Feinden, die mitten in Berlin frech ihr Haupt erheben, geht man gleichgültig vorüber. Dagegen fürchtet man sich echt vormärzlich, denn damals machte man es gerade so — vor den mattherzigen grauen philisterhaften Altliberalen, vor denen die nicht genug klagen können über ihre eigne „Abspannung", vor den Centrums-, vor den Juste milieu-Leuten deren Ansehn, deren Anhang, deren Macht seit den Märztagen sichtlich zusammenschwindet und zusammenschwinden muß durch die Kraftlosigkeit ihrer eigenen Principien und durch die Eroberungen die täglich von rechts und von links her über sie gemacht werden, — vor diesen Schatten fürchtet man sich. Ihnen opfert man durch revolutionäre Gesetze das Land, ihnen am Ende noch selbst die königl. Botschaft und somit des Königs Autorität auf, nachgebend einer vermeintlichen aber gar nicht vorhandenen, zwingenden Nothwendigkeit gegen die eigne bessere Ueberzeugung. Denn diese kann bei unsern Männern des Novembers nur auf Seiten des Throns und des Rechts, sie kann nicht auf Seiten der Revolution sein.

Aber, so fragt man uns, was soll aus der Drei-Königspolitik, was aus Erfurt, was aus dem Bundesstaat und der Einheit Deutschlands werden wenn Preußen durch die Botschaft vom 7. Januar neuerdings eintritt in Verfassungs-Krisen, in den endlosen Kampf zwischen Revolution und Reaction? Sollten wir nicht à tout prix unsre innre Einigkeit aufrecht halten damit Preußen nur mächtig auftreten könne und einigend in dem jämmerlich zerrissenen Deutschland?

Nein! antworten wir, nicht à tout prix, nicht um den Preis des Rechts und der Wahrheit, nicht um den Preis des schon errungenen und nur festzuhaltenden Sieges über die Revolution. Eine damit erkaufte scheinbare Einigkeit wäre nur eine tiefere giftigere Zerspaltung von Preußen selbst und also auch von Deutschland.

Es ist wahr, Deutschland ist jämmerlich zerrissen; aber eben die Revolution ist es die es so jämmerlich zerrissen hat, und alles Buhlen mit der Revolution, alles Ueberziehn ihrer giftigen Wunden mit der dünnen Haut eines faulen Friedens, alles Aufnehmen oder Dulden revolutionärer Säfte in den großen noch lebenskräftigen Organen, in Preußens und Oestreichs Verfassungen und Zuständen, alles dieß wird und muß auch die Risse Deutschlands weiter, blutiger, unheilbarer machen. Hüten wir uns jenen dreifarbigen März-Dienstag, — schlimmeren Andenkens als der vorangegangene Sonnabend und Sonntag, — wenn auch nur im matten Nachspiel zu wiederholen, noch einmal Deutschland bauen zu wollen während das eigne Haus einfällt. Die Strafe würde wie damals nicht ausbleiben. Erst das Preußen, welches in seinem Innern der Revolution Herr geworden, erst das Preußen, auf dessen Fahnen „das Gegentheil der Revolution" hoch durch die Lüfte strahlt, — und daran fehlt noch viel, — erst ein solches Preußen kann Deutschland einigen.

„Wie ein bitterer Spott" — wir lassen einen Freund reden — „klingt seit zweien Jahren in all' das tolle und bunte Elend und in die Zerrissenheit sonder Beispiel hinein die Mähr vom „einigen Deutschland." Ja, wie ein bitterer Spott, in demselben Augenblick wieder geboren wo eine Zerspaltung anhob wie seit dem dreißigjährigen Kriege das deutsche Land sie nicht mehr erlebt hat. Aber dieser bittere Spott ist nicht auszutilgen. Er stachelt vorwärts wie ein scharfer Sporn immer wüsterer Zerfleischung entgegen. Denn es ist eine verborgene Wahrheit auch in den Herzen der zehntausend Philister die die deutsche Cocarde an ihren Mützen im März 1848 zur Stinkblume der Revolution entweiht haben. Es ist auch manch' edles Herz das dieser Wahrheit schlägt. Es ist noch eine Sühne zu thun für alten Frevel von Fürsten und Völkern ehe der umgehende Geist dieser Wahrheit zur Ruhe kommen kann. Aber lassen denn Fürsten und Völker ab von den Sünden der Väter? Ist nicht durch neue Sünden zu den alten gehäuft, vor Allem durch das sinnlose Toben der Revolution, die noch von jeher zerstört hat wonach sie verlangte, und durch feige Furcht vor der Revolution und durch Fischen im Trüben der Revolution die Lage der Dinge hülfloser und verworrener als je, so daß auch der Klügste nicht mehr zu rathen weiß? Nur das wissen so ziemlich Alle daß auch in Erfurt Deutschlands Einheit nicht wird geschmiedet werden. Nach menschlicher Einsicht kann nur ein Alexander-Schwerdt diesen gordischen Knoten lösen. Gottes Rath aber ist schärfer denn kein zweischneidig Schwerdt und in seiner Gerechtigkeit wird — so hoffen wir — endlich doch noch der Preis dem Ehrlichsten zufallen. So lange liegt dieß Räthsel wie eine schweigende Sphinx auf dem Berge in dessen Tiefe unsterbend der alte Kaiser entgegenschlummert dem Auferstehn des heiligen römischen Reichs deutscher Nation. Ja, des heiligen deutschen Reichs. Dieses Wort könnte von fern eine Lösung de Räthsels winken. Aber achtlos gehen die geschäftigen Einheitsmacher daran vorüber." *)

Eine Nation läßt sich nicht zusammen leimen, weder mit Erfurter noch mit Frankfurter Leim. Daraus daß die Einzelstaaten jeder von seiner Eigenthümlichkeit, von seinem Charakter, von seiner Selbständigkeit einige Stücke „opfern" entsteht wohl ein revolutionärer Brei aber kein Bundesstaat. Eigenthümlichkeit, Charakter, Selbständigkeit der Staaten besteht überhaupt nicht aus Stücken, so wenig als eine menschliche Seele aus Stücken besteht. Man schreit nach Nationalität und macht sich nicht klar was Nationalität ist. Nationalität ist kein bloßer Name, — sie ist eine wesenhafte Sache, ja, sie ist mehr als eine Sache, sie ist eine Person. Hören wir eine kundigere Stimme als die der Rundschau, die eines berühmten Historikers, hierüber sich aussprechen.

„Ein Volk wird noch keineswegs constituirt durch eine Sprache. Denn sonst wären einerseits Engländer und Nord-Americaner eine und dieselbe und andrerseits die Schweizer gar keine Nation. Eine Nation wird gebildet durch die Gemeinschaft der sittlichen Güter so weit sie zu politischer Anerkennung kommen oder als politische Hebel wirken. In Preußen z. B. haben wir, wenn auch im Lande außer der deutschen Sprache noch die wendische, polnische, litthauische und wallonische gesprochen wird, doch die deutsche Sprache als öffentlich anerkanntes sittliches Gemeingut. Bei Recht und Gesetz ist es schon anders, indem nach diesem das Land sich theilt. Aber Armee und Verwaltung ist gleich und eben so ist die christliche Religion als öffentliches sittliches Gemeingut anerkannt. Und als mächtiger über das ganze Land hin wirkender Hebel wirken die Erinnerungen die den Ruhm Preußens begründen und sodann die persönliche Liebe zu unserm Königshause überhaupt und zu unserm Könige insbesondre. Wir Preußen sind eine Nation. Die Deutschen aber sind für den Moment keine Nation, sondern sollen es erst allmählig wieder werden. Denn die Religion ist in den kleinen Ländern großentheils im Zustande galoppirender Schwindsucht. Ruhmvolle Erinnerungen haben sie keine oder weit zurückliegende, für den Moment wirkungslose. Die Macht- und Haltlosigkeit vieler kleinen Fürsten hat alle persönliche Liebe zu ihnen ebenfalls wirkungslos gemacht; niemand sieht in ihnen eine Säule auf die er sich in der Noth stützen könnte. Gesetze, Rechte, Verwaltungen sind von zwei zu zwei Meilen andre, und die kleinen Truppenkörper, wenn auch zum Theil ausgezeichnet brav, doch zu schwach um als ein Moment stolzer Anlehnung dazustehn. Dieß mittlere und kleine Deutschland enthält also Bevölkerungen in deren Mitte die ehemals gemeinsamen sittlichen Güter der deutschen Nation sich vollständig zersetzt haben, und in Erfurt wird sich Alles darum drehen: Soll die Preußische Nation durch die dort zu treffenden Bestimmungen in den Auflösungs-Proceß hineingerissen, soll sie um ihre eigne sittliche Kraft, um ihre eigenthümlichen Ehren, um ihren sittlichen preußischen Glauben gebracht werden, oder soll sie mit ihren sittlichen Gütern als Fahne aufgerichtet bleiben um die die Kleinen sich sammeln, unter der sie Schutz finden? Zu letzterem ist durchaus nothwendig daß sie in die Gemeinschaft der sittlichen Güter Preußens eintreten, was nicht geschehen kann wenn diese sittlichen Güter selbst bezweifelt, geschwächt, vermittelt, alterirt werden. Dazu ist aber vor allen Dingen nöthig daß wir Preußen nur solche Deputirte nach Erfurt schicken die selbst von dem sittlichen Glauben an Preußen durchdrungen sind, die wissen daß wir Preußen eine Nation und daß die Deutschen keine Nation, sondern nur noch der Schatten einer Nation, eine Sprache, sind. Nur Eines von Zweien ist möglich, wenn das nicht geschieht — nähmlich daß entweder dann die Preußische Nation gegen die Erfurter Beschlüsse Protest einlegt und Mühe und Geld in Erfurt so weggeworfen sind wie in Frankfurt, oder daß wir Preußen in demselben Auflösungskoth untergehn in dem die andern mehr oder weniger tief bereits versunken sind. Also, wer Preußen lieb hat und in ihm den Verjüngungsquell der deutschen Nation, den Mutterleib aus dem eine neue deutsche Nation geboren werden soll, erblickt, der gebe mit Gott und seinem Gewissen zu Rathe und wähle für den Erfurter Tag steife feste Preußen, begeisterte Schwarzweiße, und keine Leute die in Frankfurter Intrigen sich bereits einmal compromittirt haben." *)

*) Volksblatt für Stadt und Land Nr. 1. von 1850.

Keine „Blockmänner" also — das versteht sich hiernach von selbst. Wir, die wir dem ruhmvollen Panier Preußens folgen, können unmöglich in demselben Augenblicke, wo unser König dieses Panier kühn hineinträgt mitten in das Gebiet der Charte Waldeck, unser Knie beugen vor deren Zwillingsschwester, der Charte Gagern — dieser Reliquie einer längst überwundenen Revolutionsperiode — und also vor der Revolution selbst, indem wir diese Charte en bloc annehmen mit allem ihrem Frankfurtischen, widerpreußischen, undeutschen, revolutionären Inhalte. Damit würden wir gleich bei unserm ersten Erfurter Auftreten nicht bloß jener wahrhaft preußischen und also auch wahrhaft deutschen Politik unseres Königs sondern auch allen den ächten deutschen Grundrechten, ja, den ewigen politischen und Religions-Wahrheiten, die die Charte Gagern verleugnet, ins Angesicht schlagen.

Wir haben überhaupt in diesen Revolutionszeiten, und namentlich wieder in Beziehung auf Erfurt, uns daran zu gewöhnen daß die Kinder der Revolution, vorzüglich ihre Verfassungs-Urkunden, reißend schnell wachsen wie die Pilze, aber auch eben so schnell veralten und vergehen. Selbst die Schlagwörter der Revolution tragen meist schon nach wenigen Monaten einen unwiderstehlich komischen Charakter von Veraltung, von Abgetragenheit an sich, z. B. Errungenschaften, Grundrechte, breiteste Grundlagen, Aufgehen in Deutschland und dergleichen, auch dann wenn sie, wie diese, an sich einen ganz guten, von der Aufregung des Moments unabhängigen Sinn haben. Wie schimpflich wäre es wenn solch' aus der Mode gekommener Putz, — Schauspieler im Purpur nachdem der Vorhang gefallen, Charaktermasken am Tage nach der Redoute, — uns noch imponirte. Suchen wir also mitten in der revolutionairen Phantasmagorie die wahren Realitäten auf als die lebendigen Bausteine unserer Zukunft. Nur das Alte ist wahrhaft jung und nur was von Ewigkeit her ist bleibt in Ewigkeit.

In welcher Verwirrung diese Dinge sich befinden, das möge folgende Stelle aus einem in diesen letzten Tagen geschriebenen Briefe eines Patrioten aus der Mitte des Kerns der alten Provinzen des Preußischen Staats anschaulich machen. „Mit den Erfurter Wahlen steht es hier gut; denn die Theilnahmlosigkeit ist sehr groß und Deutschland hat daher wenig Aussicht." Gut nennt er die Theilnahmlosigkeit im Gegensatz zu tricolor-revolutionairer Begeisterung und das „Deutschland", über dessen geringe Aussichten er sich freut, ist das tricolor-ideale. Hoffen wir auf desto bessere Aussichten für das wirkliche nicht tricolore Deutschland.

Wie real, wie solide erscheint jetzt schon in seinen ersten Anfängen das Interim, obschon es nur ein bescheidenes Interim ist, im Vergleich mit allen dreifarbigen Producten und Projecten der gesammten nun bald zweijährigen Revolutions-Periode, auf wie hohem Kothurne diese auch einherschreiten. Das Interim steht auf der allein möglichen Grundlage der Einheit und der Verfassung, ja, der Existenz Deutschlands, nämlich auf der engen Verbindung von Preußen und Oesterreich und auf dem deutschen Bunde, und es hat daher auch sein kurzes Dasein schon durch zwei substantielle Acte vaterländischer Gerechtigkeit bezeichnet, indem es eingeschritten ist in Würtemberg für Thurn und Taxis und in Mecklenburg für die bedrängten Vorkämpfer deutscher Freiheit, für die Ritterschaft und Strelitz.

Und, wie wir oben als auf die Decoration der Bühne, auf der die Krisis in Berlin spielt, aufmerksam gemacht haben auf die Urwähler-Zeitung, welche mit einer fürchterlichen Demoralisation der nun bald waffenfähigen und waffenpflichtigen Jugend droht und mit freudiger Hoffnung auf die gottlosen Schullehrer hinweist die allerdings sehr geeignet sind unsre junge Mannschaft mit dem Eidbruch, dem Aufruhr und dem Hochverrathe zu befreunden, so bitten wir auch die Umgebungen, unter denen man in Erfurt tagen wird, nicht zu übersehen. Anhalt zwar, welches das Ideal Waldeck schon beinahe erreicht hatte, ist mitten im „besonnenen Rückschritte" zur gesunden Vernunft und zu menschlichen Zuständen. Es hat, in Preußens Fußtapfen tretend, den abscheulichen Civil-Ehezwang, als er eben fix und fertig dem armen Volke auf dem Nacken gelegt werden sollte, in der letzten Stunde noch glücklich beseitigt. Mecklenburg streckt, in ungleichem Kampfe gegen die revolutionäre Schweriner Regierung, seine Arme aus nach Preußischer und nach deutscher Bundeshülfe. Hamburg erwehrt sich tapfer nicht allein des Radicalismus seiner Constituante sondern auch des juste milieu seines Senats. Und Frankfurt begleitet den Fortschritt von der Paulskirche zum Interim durch einen parallelen Fortschritt in seiner eigenen Verfassung. Aber Baden — welches doch auch nach Erfurt wählen wird — liegt, als das seit Jahrzehenden am meisten unterwühlte und inficirte Land, noch immer in den Zuckungen äußerster Desorganisation. In Würtemberg und Rheinhessen haben die radicalen Kammern aufgelöst werden müssen und Sachsen ängstet sich eingeklemmt zwischen dem Dreikönigs-Bundesstaat, von dem es sich losarbeitet, und seinem Kammer-Radicalismus von dem es sich loszuarbeiten bisher nicht vermocht hat.

Wenn also irgendwo so gilt es nun mitten in diesen Krisen in Erfurt das Panier des deutschen Rechts zu erheben und seine ewigen Devisen für alles Volk erkennbar leuchten zu lassen durch alle deutsche Lande. Unsere wahren deutschen Grundrechte zu erobern, das ist in Erfurt unsre Aufgabe.

Die Rundschau bricht ab. Sie kann mitten in dieser Preußischen, in dieser deutschen Krise nicht mehr nach Frankreich schauen wo eine revolutionäre Staatsgewalt, die letzte Stütze des Eigenthums, einer- und der wilde Communismus andrerseits sich drohend die Zähne weisen und zu gräßlich-realem Kampfe sich rüstend unser kindisch-ernsthaftes Spielen mit pseudo-constitutionellen Phrasen und Fictionen belachen, noch nach Rußland wo auf Hochverrath Strafe, nicht wie bei uns Freisprechung folgt. Sie macht aber schließlich bemerklich, daß sie am Erfurter Wahlmänner-Wahltage, am 24. Januar, geschrieben ist und daher von den Gesichtspunkten dieses Tages, nicht aber von späteren, auch nicht von denen der allernächsten Tage nachher hat ausgehen können. „Es ist genug daß ein jeder Monat seine Plage habe." Das Amendement Arnim bleibt der nächsten Rundschau vorbehalten da seine Geschichte hauptsächlich in den Februar fallen wird.

*) Eben daselbst No. 4.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Den Fürstlich Hohenzollern-Sigmaringenschen Hofmarschall und Major,

Freiherrn Ludwig von Treusch-Buttlar und den Fürstlich Hohenzollern-Sigmaringenschen Adjutanten und Major Freiherrn Karl von Essebeck zu Allerhöchstihren Kammerherren zu ernennen.

Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

— Das 2te Stück der Gesetzsammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter

Nr. 3209. Das Privilegium wegen Emission auf den Inhaber lautender Obligationen über eine Anleihe der Stadt Düsseldorf von 400,000 Thlr. unter Aufhebung des früheren Privilegiums wegen Emission solcher Obligationen zum Betrage von 300,000 Thlr. Vom 17ten December 1849; unter

" 3210. Den Allerhöchsten Erlaß vom 14ten Januar 1850, betreffend die neue Organisation der obern Verwaltung des Bauwesens, nebst zugehöriger Verordnung vom 22. December 1849 und unter

" 3211. Die Bekanntmachung der von den Kammern ertheilten Genehmigung zu der Verordnung vom 9ten Februar 1849 wegen der Errichtung von Gewerbe-Gerichten. Vom 20. Januar 1850.

Berlin, den 29. Januar 1850.

Debits-Comtoir der Gesetz-Sammlung.

Die Pforten des Janus-Tempels

sind noch offen! — Ja, — und sie werden noch offen bleiben, wenn auch alle 350 und alle 180 ihm Hände an dieselben legen, so lange die Pforten der Zwietracht und des Haders weit offen stehen in den Herzen! Wer soll denn „beruhigt," wer „versöhnt" werden durch den Abschluß des „Verfassungs-Werkes?"

Etwa die große Masse des schlichten Volkes, das nichts wissen will von einer „papiernen Versöhnung" und einem König, der zwar herrscht, aber nicht regiert? — das allein hofft auf den lebendigen Gott, und in Liebe und Treue vertraut auf seinen selbstregierenden König. — Dieses Volk erhofft nichts von einem Werke, das ihm fremd ist, für das es kein Herz hat und haben kann.

Oder sollen unsere Freunde und wir beruhigt werden, die wir das jammervolle Truggewebe des geistlosesten aller politischen Aftergebilde, der französischen Verzerrung des wahren Constitutionalismus, täglich nachweisen?

Oder ist es die Zahl jener consequenten Menschen des Umsturzes, die mit teuflischem Hohnlachen dem Treiben des halbrevolutionairen Pseudo-Constitutionalismus zuschauen, wie er ihren Planen so gar emsig vorarbeitet?

Nein! Alle diese können nicht „beruhigt" werden; der „Abschluß" wird den Einen Grund sein zu erneuerter Sorge, den Andern zu verdoppelter Thätigkeit im offenen und heimlichen Kampfe gegen alle göttliche und menschliche Ordnung.

Also die „wahrhaft Constitutionellen", die „Intelligenten im Volke," müssen es sein, deren ängstliche Sorgen verscheucht werden sollen, wenn die Gefahr, die ihrer Herrschaft droht, beseitigt ist, durch 145 Stimmen gegen 145! — Aber grade diesen wird das Glück und der Triumph, wovon sie träumen, entrückt werden, wie durch einen tückischen Zauber, in dem Augenblick, wo sie wähnen, Alles erreicht zu haben! Grade sie werden am lautesten der Unzufriedenheit und der getäuschten Hoffnung laute Worte leihen, wenn nun doch das goldene Zeitalter nicht anbricht, welches die fata morgana des vulgairen Constitutionalismus ihnen vorgaukelt. —

Was soll also das Geschrei nach Frieden, wo doch kein Friede möglich ist? —

Deutschland.

Kammerbericht.

Zweite Kammer.

Berlin, den 28. Januar. 91ste Sitzung.

Präsident: Graf v. Schwerin.

Eröffnung der Sitzung 12¼ Uhr.

Am Ministertisch: Graf v. Brandenburg, v. Manteuffel, v. Rabe.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird ohne Erinnerung angenommen.

Ein Schreiben des Präsidenten der ersten Kammer zeigt an, daß auch von dieser Kammer das Gesetz betreffend die Errichtung von Gewerberäthen angenommen sei.

Der Abg. Graf Stolberg (Hirschberg) hat sein Mandat niedergelegt.

Ein Antrag des Abg. Beseler und 30 Genossen: die Kammer möge erklären, daß das Verfahren der Regierung gegen die Mecklenburg-Schwerinsche Regierung wegen der Rechtsbeständigkeit der Verfassung vom 8. Oktober v. mit dem Bündnisse vom 26. Mai, der Convention vom 30. December, sowie mit den Beschlüssen der Kammer vom 7. September und 3. December nicht im Einklange stehe; wird verlesen und der deutschen Verfassungs-Commission überwiesen.

Der Abg. Fröhner übergiebt eine Petition der Weber zu Nowaweß gegen das Bestehen der Webereien in den umliegenden Strafanstalten.

Die Kammer geht sodann zum Bericht der Central-Commission, betreffend den Etat der Seehandlung und den Etat der Verwaltung des Staatsschatzes und des Münzwesens über.

Der Referent Abg. Hesse führt aus, daß die mit der Vorrevision des Etats der Seehandlung beauftragte Special-Commission geglaubt hat, daß in der Eigenthümlichkeit dieses Instituts überwiegende Gründe zu finden seien, welche die Offenlegung der Handelsbücher und der Bilance der Seehandlung im wohlverstandenen finanziellen Interesse nicht rathsam erscheinen, vielmehr in Bezug auf dieses kaufmännische Institut bei Aufstellung und Revision des Etats schon mit Rücksicht auf die zahlreichen, ohne Verletzung der Discretion nicht zu veröffentlichenden Geschäftsverbindungen mit dritten Personen, eine gewisse Zurückhaltung empfehlen lassen. Die Special-Budget-Commission hat deshalb aus ihrer Mitte zwei Vertrauensmänner, die Abgg. Gamet und Strobel ernannt, um von den Vermögens-Verhältnissen und dem Geschäfts-Betriebe der Seehandlung genaue Kenntniß zu nehmen. Dadurch, sowie aus einer officiellen Denkschrift des Ministers Rother vom Jahre 1845, hat die Special-Budget-Commission sich eine umfassende und zuverlässige Kenntniß der Verhältnisse des Instituts verschafft.

In der allgemeinen Discussion, welche sich darauf erhebt, tadeln die Abg. Harkort und v. Beckerath, außerdem, daß sie sich mit der Absendung von Vertrauensmännern unzufrieden erklären, daß die Seehandlung der Stadt Lübeck eine bedeutende Anleihe gemacht, und nennen dies eine Verfassungsverletzung; ebenso, daß sie zur Melioration des Oderbruchs eine Summe von 800,000 Thlr. hergegeben habe.

Der Finanzminister, die Abg. v. Bodelschwingh (Hagen), v. Patow und der Referent weisen diese Ausstellungen mit Entschiedenheit und siegreich zurück.

Darauf werden folgende Anträge der Central-Commission angenommen:

a) daß aus dem von der Seehandlung bisher verwalteten Dispositions-Fond resp. Danziger Unterstützungs-Fond Unterstützungen künftig nicht mehr bewilligt werden dürfen;

b) daß derselbe vielmehr durch die Seehandlung mittelst Einziehung der ausstehenden Forderungen und Veräußerung der dazu gehörigen Effekten und sonstigen Vermögensstücke auf die vortheilhafteste Weise zu realisiren;

c) daß die Einnahmen und Ausgaben dieses Fonds im nächsten Staatshaushalts-Etat ersichtlich zu machen, die Ueberschüsse aber zur extraordinairen Vereinnahmung abzuführen seien.

Ferner: daß die Seehandlung sich der Bewirthschaftung und des Eigenthums der in ihrem Besitze befindlichen Landgüter und Forstreviere baldigst auf möglichst vortheilhafte Weise entäußere. Zuletzt:

a) daß die Seehandlung künftig neue gewerbliche Anlagen nicht weiter begründe;

b) daß sich dieselbe der in ihrem Besitze befindlichen gewerblichen Etablissements allmählig auf die vortheilhafteste Weise, jedoch mit Schonung des örtlichen Gewerbebetriebs und des Arbeiterstandes, so wie der Landes-Kultur-Interessen entäußere;

c) daß dieselbe ihren Geschäftsbetrieb auf den ihr durch die Ordre vom 17. Januar 1820 ausdrücklich zugewiesenen Wirkungskreis beschränke;

d) daß der Finanzminister über die allmählige Durchführung dieser und der oben beantragten Beschlüsse in dem jährlich bei Vorlegung des Staatshaushalts-Etats zu erstattenden Verwaltungs-Berichte Auskunft ertheile.

Bei den Berathungen über die Besoldungen wird ein Antrag der Commission abgelehnt, das für ein drittes Mitglied der General-Direktion angesetzte Gehalt von 1500 Thlr. abzusetzen. Genehmigt dagegen, daß der Fond zu außerordentlichen Hilfsleistungen von 3500 Thlr. auf 3000 Thlr. ermäßigt werde.

Schließlich wird noch folgender Antrag angenommen: Die Kammer wolle aus dem Besoldungs-Etat für die Beamten des Seehandlungs-Instituts die Ausgaben für das Jahr 1849 im Betrage von 54,579 Thlr. 15 Sgr. als richtig anerkennen, für das Jahr 1850 aber auf 57,561 Thlr. 15 Sgr. feststellen.

Die Kammer geht darauf zum Etat der Verwaltung des Staatsschatzes und Münzwesens über.

Der Referent Abg. Hesse führt darüber an: Unter dem 17. Januar 1820 wurden eine Reihe wichtiger, tief eingreifender Finanzgesetze publicirt, u. A. das Gesetz über das Staatsschuldenwesen und den Staatshaushalt.

Der Staatsschatz sollte einen Kriegsschatz bilden, der die Bestimmung hat, die Streitfähigkeit der Preußischen Monarchie gegen Angriffe von Außen; ihre politische Macht inmitten von Staaten, die ihr an Flächen-Inhalt &c. weit überlegen sind, zu erhöhen und die Mittel stets zur Hand zu haben, um mit ihren Heeren wo möglich überall zuerst auf dem Kampfplatz sein zu können, ohne in einem solchen Augenblick das Volk sogleich mit der vollen, erdrückenden Last beschweren zu müssen, welche sonst mit einer Kriegsbereitung verbunden sein würde.

Zwei Verwaltungs-Grundsätze wurden bei der Verwaltung des Staatsschatzes als unverbrüchlich festgehalten:

1) daß die Bestände des Staatsschatzes stets baar in gemünztem Gelde vorhanden sein sollen;

2) daß aus dem Staatsschatz keine Ausgabe irgend einer Art anders, als für den Zweck der Kriegsrüstung, geleistet werden dürfe.

Abgesondert vom Staatsschatze wurden bei der Rendantur des Staatsschatzes noch vier Nebenfonds verwaltet, von denen wir hier nur den Dispositionsfond Sr. Majestät des Königs anführen. Seit dem Jahre 1824 wurden von des hochseligen Königs Majestät aus disponiblen Mitteln nach und nach 875,275 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. mit Einschluß von 622,300 Thlr. in Staatsschuldscheinen der Rendantur des Staatsschatzes zur besonderen Verwaltung mit der Bestimmung überwiesen, daß daraus theils Gutsbesitzer, welche in Folge der Kriegsereignisse in ihren Vermögensverhältnissen zurückgekommen waren, theils besonders ausgezeichnet verdienstvolle Offiziere in der Armee, theils andere Grundbesitzer, welche in Folge außerordentlicher Unglücksfälle &c. unverschuldet in hülfsbedürftige Lage gekommen waren, theils auch Wittwen und Waisen im Felde gebliebener, oder in Folge ihrer Wunden nächstdem gestorbene Krieger, entweder durch Darlehen, zum Theil zinsfrei, zum Theil gegen ganz geringe Zinsen und mäßige Erstattungsraten, auch unter Umständen durch Gnadengeschenke unterstützt und wo möglich vor dem Ruin bewahrt werden sollten.

Ueber den baaren Bestand des Staatsschatzes hat man sich früher große Illusionen gemacht. Die erste officielle Auskunft über den Bestand des Schatzes gab zuerst der frühere Finanzminister Hansemann, indem er der National-Versammlung eröffnete, daß vom Jahre 1820 seit Gründung des Staatsschatzes bis ult. Juni 1840 im Ganzen im Staatsschatz eingeliefert . . . . 24,400,000 Thlr.
und daß in der nämlichen Periode ausgegeben . . . 12,250,000 Thlr.
so daß also ult. Juni 1840 eine Summe von circa . 12,000,000 Thlr.
vorhanden gewesen sei; ferner daß von ult. Juni 1840 bis ult. December 1847 . . . . 9,860,000 Thlr.
vereinnahmt worden, und daß während derselben Zeit . 2,000,000 Thlr.
herausgenommen seien.

Die Commission trägt darauf an:

1) daß der Bestand des Staatsschatzes alljährlich bei Vorlegung des Staatshaushalts-Etats nachgewiesen, der Etat der voranszusehenden Einnahmen und Ausgaben aber der Kammer zur Feststellung vorgelegt werde;

2) daß künftig außeretatsmäßige Einnahmen und Ausgaben in und aus dem Staatsschatze nicht ohne die durch besondere Vorlage zu extrahirende vorherige oder nachträgliche Zustimmung der Kammern erfolgen dürfen.

Ferner: daß der bei der Rendantur des Staatsschatzes bisher verwaltete Allerhöchste Dispositionsfonds auch ferner in der bisherigen Weise verwaltet und bestimmungsmäßig verwendet werde; sodann: die Kammer wolle vom Unterstützungfond die Summe von 300 Thlr., den Diäten- und Reisekostenfonds aber im Betrage von 70 Thlr. vom Etat absetzen. Hiernach wird schließlich darauf angetragen: Die Kammer wolle aus dem Etat der Verwaltung des Staatsschatzes und Münzwesens die Ausgaben für das Jahr 1849 mit 15,350 Thlr. als richtig anerkennen; für das Jahr 1850 aber die Ausgaben, nach Absetzung zweier Beträge von 300 und 70 Thlr., zusammen also 370 Thlr., auf 14,980 Thlr. feststellen. Sämmtliche Anträge werden angenommen.

Der Minister der geistl. Angel. übergiebt darauf ein Gesetz über den Ankauf eines Geschäftshauses für das geistliche Ministerium, sowie eine Denkschrift dazu, warum erst jetzt diese Vorlage erfolgt.

Das Gesetz wird der Finanz-Commission überwiesen. Schließlich erfolgt der Bericht über den Antrag der Abgg. Evelt und Genossen: Die Hohe Kammer wolle beschließen: Dem Hohen Staatsministerio dringend zu empfehlen, auf eine ausreichende Verbesserung der Gehälter der Lehrer an den Gymnasien und Progymnasien der Provinz Westphalen bei dem Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1850 Bedacht zu nehmen.

Der Minister der geistlichen Angel. verheißt, in dem künftigen Unterrichtsgesetz die Sorge für ein genügendes Auskommen der Lehrer übernehmen zu wollen; in diesem Jahre wird ihre Lage durch außerordentliche Unterstützungen verbessert werden.

Ueber den Antrag wird darauf nach kurzer Debatte zur Tagesordnung übergegangen.

Präsident Graf Schwerin: Da voraussichtlich die Thätigkeit der Kammer mit Ende Februar aufhören wird, bis dahin aber das sämmtlich vorhandene Material schwerlich zu überwältigen sein wird, so möchte ich schon jetzt diejenigen Gesetze nennen, welche vorzugsweise der Beschleunigung bedürfen: 1) Erledigung des Staatshaushalts-Etats, 2) Gemeinde-Ordnung, (Bravo) 3) Das Einkommensteuergesetz, 4) Die Gesetze wegen Ausgleichung der Grundsteuer, (Bravo) 5) Das Jagdgesetz, 6) Die Rheinische Hypotheken-Ordnung, 7) Das Preß- und Club-Gesetz.

Der Abg. Wegner nennt noch das Runkelrübengesetz, der Abgeordnete Camphausen die Bewilligung extraordinairer Geldmittel, der Abg. Breithaupt: die Habeas corpus-Acte. Der Präsident verspricht auch noch dies zu berücksichtigen.

Schluß der Sitzung 4 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr.

In der zweiten Kammer ist heute der Gesetz-Entwurf, betreffend die Unterstützung der bedürftigen Familien zum Dienst einberufener Reserve- und Landwehr-Mannschaften, vertheilt worden. Wir heben daraus folgende Punkte hervor. Vorzugsweise werden als zur Familie gehörig betrachtet: die Ehefrau des zum Dienst Einberufenen und dessen Kinder unter 14 Jahren, doch können auch die Kinder über 14 Jahren und Verwandte in aufsteigender Linie, so wie Geschwister dazu gerechnet werden, insofern sie von dem Einberufenen unterhalten werden müssen.

Die Verpflichtung zur Unterstützung dieser Familien wird den Kreisen auferlegt; ausgenommen davon bleiben die bedürftigen Familien der Landwehr-Officiere; diese werden wie die Officier-Familien des stehenden Heeres aus den Militair-Fonds bestritten. Die Kreis-Unterstützung soll mindestens bestehen in: Befreiung von Gemeinde- und Kreislasten, freier ärztlicher Behandlung und Arznei in Krankheitsfällen, freiem Schulunterricht, einer monatlichen Geldunterstützung von 1 Thlr. 10 Sgr. (in größern Städten von 2 Thlr.) für die Ehefrau und von 15 Sgr. für jedes Kind unter 14 Jahren, einer halben Klafter hartes Knüppelholz monatlich nebst freier Anfuhr, für jede Familie, während der Zeit vom 1. November bis zum 1. April, oder in der Verabfolgung anderen Brennmaterials von gleichem Werthe; die Geldunterstützung kann theilweise durch Lieferung von Brodkorn oder Kartoffeln ersetzt werden. Die Gewährung beginnt mit dem Abmarsch des zum Dienst Einberufenen aus der Heimath und endigt in der Regel mit dessen Rückkehr. Die Unterstützung soll aufhören bei den Familien derjenigen, welche während des activen Dienstes sich der Desertion schuldig machen, durch gerichtliches Erkenntniß zur Festungsstrafe oder zu einer härteren Strafe verurtheilt werden, oder sich selbst entleiben. Den Familien derjenigen, welche im Gefechte getödtet werden, oder in Folge einer Beschädigung im Dienste oder einer durch den Dienst veranlaßten Krankheit vor ihrer Entlassung in die Heimath sterben, wird noch 1 Jahr lang, vom Todestage des Familienvaters gerechnet, die bewilligte Kreis-Unterstützung belassen. Die Familien derjenigen, welche ohne ihr Verschulden in feindliche Gefangenschaft gerathen, erhalten die bewilligte Kreis-Unterstützung auch während der Dauer der Gefangenschaft. Diese Unterstützung soll aber nicht auf die Zeit der jährlichen Uebungen ausgedehnt werden.

□ Berlin, den 29. Jan. Heute sprechen sich die hiesigen Zeitungen über die Kammer-Entscheidung vom 26sten aus. Die Urtheile der demokratischen Presse bedürfen keiner genaueren Erwähnung. Ihr cynischer Hohn und ihre verbissene Erbitterung gegen Alles, was Ordnung und Entwirrung schafft, sind bekannt. Die Constitutionelle Zeitung erklärt ihre Partei für geschlagen, aber die Ehre des Kampfes sei auf Seiten der Opposition. Die Freiheit der Abstimmung sei durch Drohungen beeinträchtigt worden. Die Pairie, ein dem allgemeinen Mißtrauen verfallenes Institut, werde dem Lande aufgedrängt — und doch wiederholte die Const. Ztg. noch vor wenigen Tagen: sie und ihre Partei seien keineswegs grundsätzlich gegen ein erbliches Element in der ersten Kammer. Bedenklich sei der Beschluß, welcher der Competenz der Gerichtshöfe die Entscheidung über die Rechtsgültigkeit von Verordnungen entziehe. Die Spenersche Zeitung ist sehr zurückhaltend. Sie beschäftigt sich mit der deutschen Frage und giebt nur das den Beschlüssen beistimmende Urtheil der Const. Corresp. wieder. Die Vossische Zeitung spricht in einem besonderen Art. aus: es sei der richtige Weg eingeschlagen worden. So viele Bedenken die Zeitung früher hatte, heute sagt sie: uns scheinen in der überwiegenden Mehrzahl die Vorschläge, im Princip wie in dem Bedürfniß des Augenblicks, gerechtfertigt; allein sie durften auch in keinem Punkte weiter gehen. Eine große Majorität hätte die Muthmaßung, vielleicht die Versuchung erzeugen können, daß noch mehrere Bedingungen gestellt werden konnten! Die Deutsche Reform spricht in zwei Artikeln ihre volle Befriedigung über das Ergebniß der Sonnabend-Debatten aus. Sie äußert: „Wir hatten nicht vergeblich auf den patriotischen Sinn der Kammer gerechnet. Das große von uns ersehnte Resultat, daß der Abschluß des Verfassungswerkes von der 2ten Kammer nicht gehindert werde, ist nach schwerem Kampfe glücklich erreicht worden. Die Kammer hat wohl gethan, gleich ihrem Präsidenten, nur den reinen unbefangenen Patriotismus zum Leitstern ihrer Ehre zu nehmen. Sie hat darin gehandelt, wie das Ministerium selbst, welches den Vorwurf der Inconsequenz ruhig über sich ergehen läßt in dem Bewußtsein, daß die Liebe zum Lande und die Rücksicht auf dessen höchste Interessen allein für seine Politik maßgebend ist und maßgebend sein darf, nicht die Besorgniß wegen persönlicher Verdächtigung oder Verkennung."

Heute findet in der ersten Kammer die Berathung der Regierungsvorlagen vom 7. Jan. statt.

Aus einer Eröffnung, welche der Graf von Schwerin am Schlusse der gestrigen Kammersitzung machte, ergiebt sich als wahrscheinlich, daß die Schließung der zweiten Kammer zugleich mit dem Erlöschen des Mandats der ersten Kammer, also bis zum 26. Februar, erfolgen werde.

Berlin, den 28. Jan. Der Staatsanzeiger enthält folgenden Artikel, dem wir von unserm Standpunkt aus nur unbedingt beitreten können: Im verflossenen Jahre war in Köln ein Comité zusammengetreten, welches sich an die Ministerien des Handels und der Finanzen mit dem Antrage gewendet hatte, daß der Stadt Köln eine im Frühjahr und Herbst abzuhaltende Großmesse und, in Verbindung damit, dem Handelsstande

1) das Halten von Lägern ausländischer unversteuerter Waaren zum Verkauf während der Messe,

2) die Fortdauer des Steuerkonto's über die Meßzeiten hinaus und die Abschreibung von diesen Konten auch außer den Meßzeiten,

3) die Entrichtung einer bloßen Kontrol-Gebühr von den unverkauft zurückgeführten oder in das Ausland geführten fremden Waaren,

bewilligt werden möge. Der Handels-Minister vernahm über diese Anträge zunächst die sämmtlichen Handelskammern des Staats. Die Mehrzahl derselben, darunter namentlich diejenigen, welche die Interessen der wichtigsten Fabrikbezirke des Staats repräsentiren, sprachen sich gegen die Errichtung neuer Messen überhaupt aus, fast alle aber erhoben gegen die Bewilligung der beantragten Meßprivilegien entschiedene Bedenken.

Allein schon mit Rücksicht auf diese beinahe einstimmige Ansicht des Handelsstandes würde die Verwaltung haben Anstand nehmen müssen, den Anträgen des Comité's zu willfahren. Diesen Anträgen standen indeß auch noch anderweite und zwar sehr gewichtige Bedenken entgegen.

Zunächst nämlich ist in den Zollvereins-Verträgen vereinbart, daß, dem auf Förderung freier und natürlicher Bewegung des allgemeinen Verkehrs gerichteten Zwecke des Zoll-Vereins gemäß, besondere Zoll-Begünstigungen einzelner Meßplätze, namentlich Rabatt-Privilegien, da, wo sie dermalen bestehen, nicht erweitert, sondern thunlichst beschränkt und ihrer baldigen gänzlichen Aufhebung entgegengeführt, neue aber ohne allseitige Zustimmung auf keinen Fall ertheilt werden sollen,

und es würde daher die Bewilligung der beantragten Privilegien in einen prinzipiellen Widerspruch mit denjenigen Gesichtspunkten treten, welche in Beziehung auf den Meßverkehr bei dem Abschluß des Zollvereins leitend waren und seitdem von allen Vereins-Regierungen gleichmäßig festgehalten worden sind.

Abgesehen hiervon ließen die seit einer Reihe von Jahren gemachten Erfahrungen es eben so sehr im Interesse der einheimischen Industrie als im Interesse der Staatskasse, als unzulässig erscheinen, die Befugniß zum Halten fortlaufender Konten weiter auszudehnen, als solche jetzt besteht.

Eine Ermäßigung der Durchgangs-Abgabe endlich von den aus dem Meßplatze nach dem Auslande verkauften oder dorthin zurückgeführten ausländischen Waaren findet zur Zeit zu Gunsten keines einzigen Meßplatzes statt. Die Ertheilung einer solchen Begünstigung an Köln würde der Bewilligung eines Stapelrechts für einen erheblichen Theil der Durchfuhr durch den Zollverein gleichkommen und war deshalb ebenfalls nicht zulässig.

Aus diesen Gründen sind die Anträge des Comité's zurückgewiesen worden.

† Berlin, 29. Jan. Der Director der Königl. Akademie der Künste Dr. G. Schadow, der Vater des Directors der Düsseldorfer Malerakademie, ist in der Nacht vom Sonntag (27) zum Montag (28) im Alter von 86 Jahren am Lungenschlage gestorben. Er war der Veteran unserer Kunstwelt, die dadurch einen schweren Verlust erleidet.

Wollin, den 26. Januar. Auch der hiesige Verein für König und Vaterland hat seine Uebereinstimmung mit der Königlichen Botschaft von 7ten d. Mts. und das Festhalten daran dem hohen Staats-Ministerio ausgesprochen.

§* Posen, den 26. Januar. [Ist unsere Stadt deutsch?] „Zahlen", pflegt man zu sagen, „sind das schwere Geschütz". In der That, richtig gehandhabt, schlagen sie oft ganze Legionen von hohlen Redensarten nieder, so daß erst durch diese Bresche hindurch ein halber Blick auf die Wirklichkeit der Dinge fällt. Im Jahr 1848 hat man hier viel Federkriegs darüber geführt, ob die germanische Kultur in ihrem Vordringen nach Osten bereits die Stadt Posen überwiegend in Besitz genommen, oder ob diese Stadt wirklich noch vorwiegend den slavischen Charakter behalten habe, so daß nur zerstreut die Deutschen als Gäste und Fremdlinge darin ihr Wesen treiben. Auch damals fehlte es nicht an der Herbeiführung von Zahlen und Thatsachen, vor welchen manche Declamationen der polnischen Propaganda zu Schanden wurden; aber ihre Beweiskraft war geschwächt, weil sie theils nicht auf amtlichen Ermittelungen beruhten, theils bei dem einmal entbrannten Kampf zwischen beiden Nationalitäten außerhalb der Provinz immer der Verdacht vorwaltete, daß die Partei-Leidenschaft die Thatsachen, wenn auch unabsichtlich, in einem falschen Lichte dargestellt habe. Jetzt lassen uns die amtlichen Listen der Urwähler für das deutsche Volkshaus das wahre Verhältniß beider Nationen in der Stadt Posen erkennen. Sie ergeben nämlich nach amtlicher Ermittelung 2800 deutsche und 820 polnische Urwähler. Wenn nun auch das Verhältniß der Bevölkerung nach der Kopfzahl ein anderes ist, indem die Polen darnach nicht viel weniger als die Hälfte ausmachen, so erweisen doch jene Zahlen, welche alle Steuerzahlenden umfassen, daß Kapitalbesitz, selbstständiger Gewerbebetrieb, genug, alle Zeichen einer Cultur überwiegend auf Seiten der Deutschen sind. Und so möchte wohl mehr füglich Niemand daran zweifeln können, daß Posen mit Recht eine deutsche Stadt genannt wird, in welcher germanisches Wesen bereits sehr erheblich den Vorsprung gewonnen hat.

△ Breslau, 25. Jan. [Festlichkeit.] Die hiesige schlesische Provinzial-Ressource, ein seit einem halben Jahrhundert bestehender angesehener geselliger Verein, feierte gestern den Jahrestag der Geburt Friedrich's des Großen durch ein, auf sinnige Weise verschönertes Fest, und zwar in dem nämlichen Saale, in welchem Friedrich, bei seiner ersten Anwesenheit in Breslau, dem schlesischen Adel jenen historisch merkwürdigen Ball gab, in dem sogenannten großen Redouten-Saale. Diesmal war auf der einen Seite des Saales eine, fast die ganze Höhe desselben deckende Trophäe, bestehend aus Fahnen und Waffen aller Gattungen, durchaus in schwarz-weißen Farben verziert, vor welcher die Büste Friedrichs, mit dem Lorbeerkranze geschmückt, sich befand, errichtet.

Die Verzierung der andern Seite des Saales enthielt die Erinnerung an das auf denselben Tag fallende Wiegenfest des gegenwärtigen Minister-Präsidenten, des als kommandirender General des VI. Armeecorps um Schlesien so hoch verdienten Herrn Grafen v. Brandenburg. Das bekränzte Bildniß desselben war mit den schlesischen Farben drapirt.

Sobald die gegen 300 Personen starke Gesellschaft in den Saal eingetreten war, wurde ein Festgedicht unter begeistertem Einstimmen in den Refrain vom Orchester herab vorgetragen und mit lautem Beifalle aufgenommen. Die Ouvertüre zu Titus bildete den passenden Uebergang zu den bis zum Morgen fortdauernden fröhlichen Tänzen.

† Wien, 26, Januar. [Witterung. Presse. Vermischtes.] Durch das anhaltende Thauwetter sind besonders die tiefer gelegenen Vorstädte am Wasser fortwährend in Gefahr überschwemmt zu werden. Die Communication ist seit gestern nach allen Seiten hin wieder offen und Briefe und Zeitungen kommen uns wieder regelmäßig zu. Die Berliner Blätter sind aber auch die einzigen, welche mit Interesse gelesen werden. — Von hier ist die einzige Neuigkeit von Bedeutung, daß Graf Radetzky an der Piemontesischen Gränze Truppen zu concentriren gedenke, um dieselben dem Könige im Nothfalle zur Verfügung zu stellen.

Berliner Zuschauer.

Berlin, den 29. Januar 1850.

— †† Beim englischen Gesandten Grafen v. Westmoreland fand gestern großes Souper und Ball statt, wozu zahlreiche Einladungen ergangen waren. Unter den Gästen waren Ihre Excellenzen der Minister-Präsident Graf Brandenburg, Minister v. Manteuffel, General v. Wrangel, sowie eine große Anzahl von Offizieren der Garnison. Um 9½ Uhr zählte man gegen 200 Equipagen, die noch im Vorfahren begriffen waren.

— †† Im dritten Wahlbezirk fielen bei der gestrigen Vorwahl für Erfurt bei 180 Anwesenden 176 Stimmen auf Se. Excellenz den Herrn Minister v. Manteuffel.

— †† Angekommene Fremde: Kragh, königl. dänischer Kurier aus Hamburg; Guynemer, franz. Bergwerks-Direktor, u. Marche, Inspektor der französ. Bergwerke, aus Paris; Fräul. Lind, kön. schwedische Kammersängerin aus Stockholm; Freiherr v. Friesen, königlich sächsischer Kammerherr und Geheimer Finanzrath aus Dresden; Ant. de Demetrio, aus Triest; Erbherr Graf v. Kalkreuth, aus Sinzersdorf; Blackwood, königl. großbritan. Kapitain und Kabinets-Kurier aus Wien; Webster, königl. großbritan. Oberst und Kabinets-Kurier aus Konstantinopel; Bastide, aus Paris; Baron v. Bode, kaiserlich russischer Staatsrath und Kabinets-Kurier aus Petersburg; Graf zu Solms-Baruth, freier Standesherr aus Baruth; Kunz, großherz. badischer Major aus Karlsruh; v. Döring, königl. belgischer Lieutenant aus Brüssel; Professor Dr. Griepenkerl, aus Braunschweig; Briegleb, Professor aus Göttingen; Kannengießer, Staatsanwalt aus Greifswald.

— R. Die neu errichtete Abtheilung E. der Schutzmannschaften hat ihrem tüchtigen Chef, dem Hauptmann Patzke, zu seinem gestrigen Geburtstage ein schönes Album verehrt, das alle Namen dieser Abtheilung enthält.

— †† Unsere Demokratie ist doch noch nicht so ganz verderbt! Im 60sten und 61sten Wahlbezirk wählten am 24sten drei und resp. fünf Demokraten herzhaft mit und zwar einen conservativen Kandidaten.

— R. Der Uhrmachergeselle aus Mecklenburg-Strelitz, die rechte Hand des demokratischen Buchhändlers bei Uebersetzung der Mysterien des Volks, Intimus der seligen demokratischen Zeitung und Mitglied des Centralausschusses für Socialismus und Kommunismus, ist vorgestern ausgewiesen worden. In seinen Papieren sollen sich recht interessante Aufschlüsse gefunden haben.

— †† Bei Mielentz fand am Sonntag wieder ein großes demokratisches Festessen statt, an welchem alle Führer der Demokratie in Berlin Theil nahmen. Auch Waldeck mit seinem Dorn aß demokratisch mit. Bei der Gelegenheit wurde wieder Sammlung für Kinkel's Familie gehalten — unterdeß liegt der Nationalschuhmacher Berger, in gesunden Tagen einer der eifrigsten Demokraten — auf seinem Schmerzenslager, von der Demokratie verlassen und einzig auf das Mitleid jener verschrieenen Reaction angewiesen! — Doch halt, wir müssen der Wahrheit die Ehre geben! Die Demokratie ist in sich gegangen, der demokratische Vorschußverein seines Bezirks hat — in Folge unserer Mittheilungen (!) — dem kranken Bruder zwanzig ganze Holzscheite übersandt, freilich ihm selbst überlassend, wie er sie klein bekommt.

— †† Durch das rasche Fahren entstehn bei der Glätte der Straßen häufig Unglücksfälle, da bei dem Umbiegen um die Ecken die Wagen schleudern und die Fußgänger nicht so eilig ausweichen können. So wurden gestern Morgen am Leipziger Platz ein neben seinem Wagen gehender Fuhrmann und am Mittag in der Wilhelmsstraße durch das unsinnige Jagen eines Kutschers drei Männer umgefahren und von den letztern zwei erheblich verletzt. Der Kutscher wurde durch Konstabler festgehalten.

† Die Parlaments-Correspondenz macht sich über die Debatten der zweiten Kammer vom Sonnabend unter Andern in folgenden Worten, „Die Thermopylen" überschrieben, Luft:

Wir gratuliren der Kammer zum glorreichen 26. Januar, jener Geisterschlacht, aus der 51 Boten heimrannten, um die Niederlage den Wählern zu erzählen! Man wird fernerhin nicht mehr schwören bei des Kaisers Bart, sondern dem Muthe der Kammern! Da gab es Leute, die plötzlich unwohl wurden, andere, die auf Nadeln saßen und davon liefen, und andere, welche schwitzten und die Kleider wechselten.

Das Publikum glaubte Simson im Lande der Philister zu sehen, so groß war die babylonische Verwirrung!

Du lieber Himmel, das war ein jämmerliches Schlachtfeld; wie manchem politischen Hektor, wie manchem Führer im Streite wurde hier die Rüstung ausgezogen!

Wir rathen den Wählern, ihre Abgeordneten bei der Heimkehr durch einen Militärarzt untersuchen zu lassen, ob sie die Wunden hinten oder vorn tragen und vorzüglich auf die Füße zu achten, denn Manche haben sich wund gelaufen. Viele sind vor Schrecken durch und durch schwarzweiß geworden und Andere haben alle Farbe verloren; Manche werden beim Wiedersehen schwerlich von ihren Freunden erkannt werden: Das war ein russischer Feldzug!

— Aus der Nachbarschaft von Anhalt-Bernburg. Daß trotz so mancher günstigen Zeitungsnachricht über die loyale Stimmung des Bernburgschen Ländchens die Demokratie auch dort noch manchen geheimen und offenen Anhänger zählt, beweist nachstehende Thatsache, die zugleich wieder einmal zeigt, daß die Demokratie in der Wahl ihrer Mittel gerade nicht ängstlich ist. Ein angesehener in Bernburg wohnhafter Mann bemerkte, daß sein erst vor Kurzem neu angetretener Kutscher sehr gut bei Kasse war und mit Hülfe der ihm zu Gebote stehenden Geldmittel einen auffallenden, sein Verhältniß weit übersteigenden Luxus trieb. Hierüber zur Rechenschaft gezogen, erklärt der neue Fortunat auch ohne Weiteres, den ihm zufließenden Ueberschuß zwar nicht aus einem Wünschsäcklein, aber aus den Beuteln der Demokratie zu ziehen, die ihn für gewisse Zwecke besolde. Die loyale Herrschaft hat hierauf ihren demokratischen Kutscher natürlich sofort entlassen, und das Gericht Veranlassung genommen, den zu seiner Kenntniß gelangten Fall weiter zu erörtern.

—† Kladderadatsch nimmt sich des Herrn Hansemann in seiner letzten Nummer wegen der von der zweiten Kammer dem Bankchef gestrichenen 1000 Thaler Miethsentschädigung mit Energie an und der zähe Chef scheint also auch noch andere Vertreter in der Presse zu haben als Scheidmann's Gustaven.

Kladderadatsch bringt folgendes Gespräch:

Müller. Ju'n Dag, Schultze! Wat looffst du denn bei die Kälte so ville?

Schultze. Ach Jott, sehst du, sie haben David'n doch seine Miethe jestrichen; nu kann er nich mehr wohnen, un will uf Schlafstelle jehen, un da hat er mir jebeten, ick soll ihm eene besorgen.

Müller. Ach so?! Aber ick denke, er is in de erschte Kammer.

Schultze. In de erschte Kammer is er.

Müller. Na da hat er ja gleich eene, un noch dazu vor umsonst.

Schultze. Det is wahr. Aber seh' mal, die is ja zum 26. Febr. jekündigt.

Müller. Ach so! Na zwar, denn is't jleich März, un wer weeß ob denn Eener überhaupt noch wohnen un schlafen kann.

Schultze. Da hast de Recht. Na, ick wer't ihm mal sagen. Adjes ooch!

Müller. Adjes.

Uebrigens finden wir es selbst ungerecht — wenn man bedenkt, welche unendliche Mühe sich Herr Hansemann in dieser Ministerkrisis gegeben hat.

— L Der Logensteher Thomas im Kön. Theater ist zugleich der Wirth des chinesischen Himmels, des Sammelpunktes der rothesten Demokratie, wo am Waldeck'schen Ehrentage frei Bier geschänkt wurde. Das Lokal darf nach polizeilicher Bestimmung jetzt nur bis 10 Uhr geöffnet sein. Gestern war dort eine kolossale Schlägerei, wobei bedeutende Verwundungen vorgefallen und viele Personen arretirt worden sind.

— † Im Krotoschinschen hatte nach dem März 1848 das Tendenzen sehr zugenommen, und als den Leuten gesagt wurde, die Habeas-Corpus-Acte verhindere größtentheils die Entdeckung und Bestrafung der Diebe, entstand eine große Erbitterung gegen dies Habeascorpus. Bei den Landleuten war das Verständniß der Sache sehr mangelhaft, viele glaubten, es wäre der Name irgend eines richterlichen Beamten &c. Kein Wunder also, daß man die Kuhdiebe, von denen einige Gemeinden sehr häufigen Zuspruch hatten, ebenfalls von dem Habeascorpus geschützt glaubte.

Die kleinen Eigenthümer, deren größtes Vermögens-Objekt zum Theil im Besitz einer Kuh bestand, vereinigten sich daher zur gegenseitigen Hülfe beim Verfolgen dieser Diebe und es gelang auch alsbald, diese nach eben erfolgter That in einem Treibjagen zu ergreifen.

Nach reiflicher Ueberlegung hing man einen solchen Schützling des Habeascorpus an einen Baum und nagelte die Haut der gestohlenen Kuh um den Stamm ohne alle weitere Inschrift.

(Eingesf.) Was ist das Auffallendste bei der neuen Vorlage über die Grundsteuer?

Antw. Daß gar kein Grund zu dieser Steuer vorhanden ist.

Welches Recht ist uns das theuerste?

Antw. Das Recht vertreten zu werden.

— R. Die Diebstähle nehmen sehr überhand. Vorgestern Vormittag wurde in der Roßstraße beim Schlächtermeister Weiß ein bedeutender Diebstahl an Gold- und Silbersachen und Kleidungsstücken durch Nachschlüssel verübt. In der Nacht wurden durch Einbruch dem Uhrmacher Schmidt, Roßstr. No. 46., an 90 goldene und silberne Uhren mittelst Einbruchs gestohlen. Gestern wurde am hellen Tage ein solcher in der Anhaltstraße No. 15. versucht, der Dieb jedoch durch einen Schutzmann ergriffen.

— In einem der Berliner Wahlkreise soll auch Hr. von Gagern als Kandidat für Berlin angenommen worden sein. Dieß wäre doch wirklich ein ächtes testimonium paupertatis, wenn man nicht vielleicht dadurch ein so recht centrales Kompliment für die übrigen deutschen Staaten darin erkennen will. Wir möchten wohl wissen, ob ein einziger der andern deutschen Staaten auf die Idee kommen wird, einen Preußen zum Vertreter seiner Interessen nach Erfurt zu senden.

∴ Soviel sich schon jetzt urtheilen läßt, dürften in den vier Wahlkreisen Berlins von den aufgestellten Kandidaten folgende Vier die meiste Aussicht haben, gewählt zu werden: Minister v. Manteuffel; General von Radowitz; der frühere Minister von Bodelschwingh und Graf Schwerin. — Justizrath Geppert, der gleichfalls zahlreich in Vorschlag gebracht war, hat erklärt, daß er keine Wahl für Erfurt annehme, und ebenso hat Camphausen gebeten, ihn von der Liste der Berliner Kandidaten zu streichen, indem er bis jetzt immer auf Grund des Vertrauens seiner Vaterstadt Köln zum Abgeordneten gewählt worden, und demnach ihm die Dankbarkeit gebiete, die auf ihn fallende Wahl für Köln anzunehmen.

— Die En-Bloc-Sage der Frankfurter Vorzeit hat in der Spenerschen Zeitung fortgespielt, Herr siebenter September („wo bist du Sonne geblieben?") warf einen neuen Fehde-Handschuh hin, der wirklich vorzugsweise ledern war, und es nahm ihn Einer auf, der sich unterschrieb: „Kein Veitstänzer."

— †† Zum Besten der Armen des Bezirks 48b. fand am Sonnabend in Sommer's Salon von Herrn H. Dam sehr gut arrangirt ein Concert statt, das überaus zahlreich besucht war. Auch Se. Excellenz der Herr General von Wrangel hatte sich zu allgemeiner Freude eingefunden und wohnte dem größten Theil des Concerts bei. Als sich der greise Held entfernte, begrüßte ihn die ganze Versammlung durch Aufstehen.

Unter den Vorträgen fanden namentlich die ausgezeichneten Piecen auf dem Waldhorn, vorgetragen vom Herrn Kammermusikus Schuncke, eine Composition für das Violoncell, vorgetragen vom Herrn Kammermusikus Hannemann, so wie die ausgezeichneten Gesangsvorträge zweier Damen des Bezirks großen Beifall. Frau Professor Kretschmer, die Gattin unsers tüchtigen und namentlich durch seine orientalischen Bilder berühmten Malers K., trug mehrere Lieder mit einer trefflichen Altstimme, Fräulein Häring (Montoff), eine für die Kunst ausgebildete Sängerin, mit großer Virtuosität ein Duett aus Semiramis und eine Arie aus dem Barbier vor, in der ersten Piece von dem kräftigen Baß des Herrn Kammermusikus Gährich begleitet; Fräulein Kothe erfreute die Hörer mit zwei Declamationen, die mit Gefühl und Eleganz vorgetragen wurden. Nach dem Concert blieb ein Theil der Gesellschaft im Lokal zum Souper und Ball zurück, doch wurde das erstere durch die überaus mangelhafte Bedienung sehr verkümmert.

† Das stets wohlunterrichtete C. B., dem andere Blätter gläubig nachsprechen, belehrt uns, durch die Einverleibung der Hohenzollernschen Fürstenthümer, welche zur Erzdiöcese Freiburg gehören, werde das Verhältniß Preußens zur katholischen Kirche geändert, indem bisher die Bischöfe sämmtlicher katholischen Landestheile in Preußen lebten. Zufällig gehört aber bereits ein Theil Oberschlesiens unter das Erzbisthum Olmütz und die ganze Grafschaft Glatz unter das Erzbisthum Prag.

† „Die Vermehrung des ländlichen Proletariats — so schreibt die

Von der sächsischen Grenze gehen über den Gesundheitszustand unserer Truppen und von der traurigen Verfassung, in welcher sich dieselben befinden, die betrübendsten Nachrichten ein. Jene Artilleristen, von denen ich Ihnen unlängst berichtete, welche über Pahrendorf an die sächsische Grenze marschiren sollten, waren 108 an der Zahl, von denen aber bis jetzt nur 30 Mann und diese in unrettbarem Zustande aufgefunden werden konnten.

Die Polemik zwischen „Reichszeitung" und dem „Lloyd," welche anfangs die Bank und deren Gebahren zum Gegenstand hatte, ging von diesem allerdings sehr wichtigen Vorwurfe zu reinen Persönlichkeiten von Seiten der Redaktion über. Herr „Landsteiner" nennt Herrn „Warrens" einen Agenten der amerikanischen Staaten, dieser Herrn „Landsteiner" einen ehemaligen Denunzianten. Nachdem dies längere Zeit gedauert, meldet heute ein hiesiges Journal, dieser Streit werde von den beiden Herrn auf eine „cavaliermäßige" Weise beendet werden. Wenn wir uns nicht erinnerten, daß wir im Belagerungszustand leben, wo der Besitz von Waffen jeder Art verboten ist, so würden wir wohl begreifen, wo das hinaus will. Es ist aber sehr traurig zu sehen wie jene Journale, welche berufen sind die conservativen Elemente zu vertreten, sich in einer so taktlosen Weise benehmen und dadurch der Oppositionspresse die Waffe in die Hand geben, sie lächerlich und verächtlich zu machen. — Eine andere Version geht dahin, daß Herr „Landsteiner" als Redakteur mit Herrn „Zange", als technischem Leiter, im Vereine die Reichszeitung künftig herausgeben wolle. Das ist aber wohl nur ein Gerücht und wird ein solches bleiben.

Die Prager sind fortwährend in offener Opposition gegen ihre Stadtverordneten, besonders wegen jener Deputation an das Ministerium, welche um Aufhebung des Belagerungszustandes und baldige Berufung des Reichstages bitten soll. — Man glaubt, daß der Cardinal Fürst Schwarzenberg Erzbischof von Prag werden soll. Doch setzt derselbe zuvor Bedingungen der Annahme: 1) daß er vom Papste dazu aufgefordert werde und 2) daß die Regierung alle Bestimmungen des Bischof-Congresses erfülle oder garantire.

Wien, 26. Jan. In der Nähe der Eisenbahnstation Mödling stießen vorgestern zwei Locomotiven gegeneinander, da der Führer der einen Maschine des Sturmes wegen die Stelle, wo die andere Locomotive sich befand, nicht wahrnehmen konnte. Beschädigt wurde bei diesem Unfalle Niemand.

Eine Kundmachung des k. k. Militair-Districtscommando's in Pesth verordnet, daß alle in Ofen-Pesth ohne legale Nachweisung der Ursache ihrer Anwesenheit sich aufhaltenden Ausländer, so wie auch die in gleicher Lage befindlichen Inländer diese Stadt sogleich zu verlassen haben.

Im Kaiserl. Hofoperntheater findet jetzt eine neue Oper von J. Hoven (i. e. k. k. wirklicher Hofrath Vesque von Püthingen.) „Ein Abenteuer König Karls des II." großen Beifall, sie ist drei Mal in einer Woche zur Aufführung gekommen. Der Componist hat durch seine Lieder und durch zwei Opern: Turandot und Johanna d'Arc einen wohlbegründeten Ruhm sich bereits früher erworben.

Während des letzten Schneefalles wurde in der Nähe des Bründelfeldes ein kleines Häuschen dergestalt verweht, daß es förmlich wie aus einer Lawine gegraben werden mußte.

Wien, den 19. Januar. Die von dem provisorischen Landtags-Ausschuß Steyermarks in seiner Sitzung vom 12. d. angenommene Adresse an das Ministerium lautet wie folgt: „Hohes Ministerium! Der steyerische provisorische Landtags-Ausschuß, wenn er bei jeder Gelegenheit, die sich ihm dargeboten hat, um baldigste Erlassung der durch den §. 83. der Reichsverfassung zugesicherten Landesverfassungen und um Berufung der Landtage bat, glaubte hierin im Einklange mit den Wünschen nicht nur der Steyermark, sondern aller Völker Oesterreichs zu handeln, denen es bei der eigenthümlichen Lage der Presse und bei dem Mangel jedes berechtigten Organs an Gelegenheit gebrach, ihre Wünsche vor die Stufen des Thrones zu bringen; er glaubte, daß in der Berufung der Landtage der Regierung ein Mittel gegeben sein würde, Oesterreich auf fester — weil dem öffentlichen Geiste entsprechender — Grundlage zu constituiren, die verschiedenen Ausnahmszustände aufzuheben und dadurch eine centrale Vertretung Oesterreichs anzubahnen, wie sie unter den gegenwärtigen Umständen noch lange nicht erwartet werden kann. Die Landes-Verfassungen einiger Kronländer sind erschienen und bei dem ausgesprochenen Grundsatze der Gleichberechtigung läßt sich erwarten und fordern, daß auch die übrigen Kronländer nach gleichen Principien werden behandelt werden. Der Ausschuß will sich nicht darüber aussprechen, in wie fern damit gerechten Erwartungen entsprochen worden sei, es muß dies dem ersten zusammentretenden Landtage überlassen bleiben, er hält es aber für um so nothwendiger, die Regierung auf Bestimmungen aufmerksam zu machen, welche in den bisher kundgemachten Landesstatuten enthalten sind, oder darin mangeln und wodurch zu gerechter Besorgniß Veranlassung gegeben wird, daß viele fähige Männer des Landes sich bestimmt finden dürften, eine auf sie gefallene Wahl abzulehnen, welche sie mit ihren Ansichten von erforderlicher Unabhängigkeit nicht vereinbart finden. Ist schon die Abhängigkeit, in welcher die Landtage und die Landes-Ausschüsse gegenüber den Statthaltern stehen, und deren beschränkte Competenz nicht geeignet, eine Stellung wünschenswerth zu machen, welche wenig Gelegenheit giebt, nützlich zu sein, so dürfte die nicht ausgesprochene Unverantwortlichkeit und Unverletzlichkeit der Landtags-Abgeordneten bei vielen Männern, welche sich des Vertrauens ihres Landes erfreuen, um so mehr Bedenken erregen, eine auf sie gefallene Wahl anzunehmen, als bekannt ist, daß in den ursprünglichen Landes-Verfassungs-Entwürfen sich eine solche Bestimmung ausdrücklich aufgenommen befand. Wenn übrigens die Landtags-Ordnungen vorschreiben, daß der Landtag über das Kronland betreffende Reichsangelegenheiten, Wünsche und Vorschläge über Aufforderung der vollziehenden Gewalt äußern könne, so kann der gefertigte Ausschuß in dieser Bestimmung lediglich die Vorschrift erblicken, daß es eine Pflicht des Landtags sei, über Reichsangelegenheiten, worüber die Regierung die Meinung oder den Wunsch des Landes vernehmen will, die Aeußerung abzugeben, und man muß annehmen, das hohe Ministerium habe die Landtage, in dem von denselben seit jeher ausgeübten und nach dem §. 6. der Grundrechte Jedermann und jeder gesetzlichen Körperschaft anerkannten Petitionsrechte eben so wenig beschränken, als durch Unterlassung ausdrücklicher Statuirung der Unverletzlichkeit der Abgeordneten für eine Ausnahme von allgemeinen constitutionellen Grundsätzen begründen wollen; derselbe verkennt aber hiebei keineswegs die Möglichkeit einer entgegengesetzten Auslegung und er muß im Interesse des Vaterlandes wünschen, daß die aus einem solchen Mißverständnisse sich möglicherweise ergebenden oder angedeuteten Folgen nicht eintreten. Der Ausschuß glaubt, daß die dauernde Beruhigung des Landes und eine dauernde Consolidirung des Gesammtstaates nicht so sehr von dem Umstande, daß die Regierung im künftigen Landtage eine Majorität habe, als vielmehr davon abhängen werden, daß den billigen Wünschen der Völker und besonders dem mehrfach ausgesprochenen Principe der Freiheit und Selbstständigkeit der Gemeinden in allen ihren Gliederungen volle Geltung geworden sei. Dieses Ziel im Auge und bei der Pflicht, die dem Ausschusse als gegenwärtig einzigem Organe einer Volksvertretung obliegt, bittet derselbe, das hohe Ministerium möge diejenigen beruhigenden Erläuterungen erlassen, welche zur Beseitigung der über obige zwei Punkte angeregten Zweifel geeignet erscheinen."

A* **München,** den 25. Januar. (Die Juden-Emanzipations-Frage.) Die Agitation gegen die von der Kammer der Abgeordneten beschlossene Emanzipation der Juden, welche durch das ganze Bayernland geht und fieberisch das Volk aufgerüttelt hat, ist eine merkwürdige Erscheinung. Nahe an 2000 Gemeinden haben sich bis zur Stunde in Adressen gegen diese Emanzipation ausgesprochen und dabei bisweilen eine Sprache sich erlaubt, die von einer tiefen Volksindignation Kunde giebt. Die Erscheinung ist um so merkwürdiger, als dieser Adressensturm auf eine einfache Aufforderung eines conservativen Volksblattes erfolgt ist; es ist daher eine natürlich aus dem Volke selbst sich herausgebährende, keine künstlich demselben aufgedrungene Agitation, wie dieses sonst gewöhnlich der Fall ist.

Das Ministerium, welches allerdings die Judenemanzipationsfrage nicht zu einer Cabinetsfrage gemacht hat, allein dennoch Alles aufbot, um sie durchzusetzen, geräth gegenüber dieser kolossalen Volksmanifestation in eine fatale Lage. Es giebt Leute, die als entschiedene Gegner der Revolution sich kund geben, die es redlichen Herzens wirklich sind, und die dennoch manchmal dem Götzen der Gegenwart, dem Zeitgeiste und als solcher dem Träger der Revolution, ihre Opfer bringen. Dieser Zeitgeist hat in der Judenemanzipationsfrage, selbst am Ministertische, eine gar wichtige Rolle gespielt. Es ist ein Beweis großer conservirender Kraft, die noch im bayerischen Volke liegt, daß es in dieser Frage kühn diesem Zeitgeiste seinen Handschuh hinwarf. —

Die Frage wird nächstens in der Kammer der Reichsräthe zur Sprache kommen; man vermuthet allgemein, daß man aus gewisser Schonung für das sonst geachtete Ministerium dieselbe nicht schroff von der Hand weisen, sondern einen Mittelweg treffen werde, der allen helfen soll. Man werde, heißt es, die Angelegenheit an's Ministerium zurückweisen, wo sie dann für lange, vielleicht für immer ruhen dürfte.

Stuttgart, 24. Jan. Der Gemeinderath hat heute beschlossen, in Vollziehung des Art. 11. des Gesetzes über die Bildung der Bürgerwehr jedem zum ordentlichen Dienste berufenen Wehrpflichtigen die Verheirathung und die selbstständige Niederlassung zu untersagen, wenn er sich nicht durch ein Zeugniß des Oberbefehlshaberamts darüber ausweist, daß er mit einer Muskete und Patrontasche versehen ist. (Schw. M.)

Heidelberg, 26. Jan. (D. Z.) Gestern Abend wurde hier der ehemalige Bürgermeister, Buchhändler Winter, Vater, verhaftet und in das Untersuchungsgefängniß gebracht; der Grund ist, wie es heißt, eine Anklage auf Hochverrath.

Karlsruhe, den 22. Januar. Die seit einiger Zeit als bevorstehend angekündigte Anordnung, daß die wegen Theilnahme an dem Aufstande geflüchteten Staatsangehörigen ihres Staatsbürgerrechts verlustig erklärt werden sollten, ist in Vollzug getreten. Das Bezirksamt Konstanz hat 17 Personen, welche sich der Untersuchung durch die Flucht entzogen haben, auf Grund des §. 9 b. d. des IV. Constitutionsedicts vom 1. Juni 1808 wegen beharrlicher Landesflüchtigkeit des Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt. Es befinden sich darunter mehre Bürger von Konstanz und der ehemalige Abgeordnete Rindeschwender von Rastatt. Diese Maßregel wird den Aufenthalt der Geflüchteten in der Schweiz, da sie nun heimatlos sind, sehr erschweren. Die Aemter Möskirch, Salem und Oberkirch haben gleiche Erkenntnisse erlassen.

Rastatt, 24. Jan. Heute trifft General v. Scharnhorst als Gouverneur der Bundesfestung dahier ein.

Der General hat sich jedweden Empfang verbeten und wird später das Offizier-Corps sich vorstellen lassen, auch wird er seine Wohnung nicht im Schlosse, sondern in einem Gasthofe beziehen. (S. M.)

Weimar, 19. Jan. (D. P. Z.) Unser Landtag scheint es noch vor seiner demnächstigen Auflösung auf ein demokratisches Renommé abgesehen zu haben. So beschloß er gestern, daß der Vorstand zur Zusammenberufung des Landtags berechtigt sein solle, wenn die Regierung diese nicht zur verfassungsmäßigen Zeit erfolgen lasse, und heute entschied er sich dahin, daß der Regierung nur ein suspensives Veto zustehen solle. Auch will er durchaus unser demokratisches Wahlgesetz in die Verfassung aufgenommen haben und sonderbarer Weise ein Bedenken darin finden, daß, wie die Regierung gewünscht, zur Zeit, wo der Landtag nicht versammelt, in Zweifelfällen, z. B. bei einem ausbrechenden Kriege, der Landtagsvorstand ihr berathend zur Seite stehe. Die Minister erklärten sich entschieden gegen die obigen zwei Beschlüsse, und die ganze Folge der ultrademokratischen Richtung, zu welcher sich unsre Landtagsmajorität jetzt hinreißen ließ, wird nun die sein, daß es zu gar keiner Revision des Grundgesetzes kommt, sondern bei dem bisherigen Zustande verbleibt.

— 21. Jan. (D. P. Z.) So eben wurde in unserem Landtage zu §. 54. des Verfassungs-Entwurfs das suspensive Veto, jedoch in einer sehr begrenzten Weise, von einer kleinen Majorität angenommen. Es soll sich nämlich nur auf Gesetz-Entwürfe, nicht auf die Verfassung erstrecken. Die bedeutendsten Redner für waren Abg. Fries, Trunk, Vicepräsident Schüler, gegen: der Minister von Watzdorf, v. Wydenbrugk, Abg. Lairiz, Maul. Einer Genehmigung dieses Landtagsbeschlusses von Seiten des Großherzogs kann die Versammlung, nach den Ansichten der Minister, nicht wohl entgegensehen, eher einer Auflösung der Kammer. Doch wird das Letztere auch nicht eintreten, weil die Landtags-Arbeiten an ihrem Ende sind.

Hof-Kapellmeister Fr. Liszt ist wieder eingetroffen, unter seiner Direction werden jetzt „Graf Ory" von Rossini und „Die Favoritin" von Donizetti einstudirt.

Schwerin, 25. Jan. (M. Ztg.) Die Bestrebungen der gemäßigten Partei haben sich hier neuerdings auch den Wahlen zum Erfurter Reichstage zugewendet und durch Vorberathungen, Aufrufe, Wirkung der Einzelnen im kleineren Kreisen u. s. w. das Interesse an diesem, auch für Mecklenburg hochwichtigen, Gegenstande geweckt. — Als Erfordernisse zur Kandidatur werden hingestellt:

1) Die beschleunigte Annahme des Verfassungs-Entwurfs im Ganzen, schlimmstenfalls selbst mit Abänderungen, wenn diese nur nicht das Wesentliche (die Einheit und Stetigkeit der Vollziehungsgewalt in der Hand des Regenten des mächtigsten rein deutschen Staates, eine Volksvertretung durch Volks- und Staatenhaus) betreffen.
2) Die genaue Kenntniß unserer eigenen Verfassungssache nach ihrer Entstehung, Fortbildung und rechtlichen Grundlage, um zu Erfurt darüber die Begriffe aufzuklären und unserer Sache Sympathieen im weitesten Kreise zu erwecken.

Die förmliche Aufstellung eines Candidaten hat bisher noch nicht stattgefunden, doch nennt man allgemein den Professor Hegel (?) in Rostock als denjenigen, welcher auch für die Erfüllung der zweiten, für Mecklenburg so wichtigen Aufgabe besonders befähigt wäre.

Schwerin, den 26. Januar. (M. Ztg.) Auf die von dem Kaiserl. Königl. österreichischen Minister-Präsidenten, Minister des Kaiserl. Königl. Hauses und des Aeußern, Fürsten zu Schwarzenberg, unter dem 27. Dezember v. J. erlassene, hier am 30. Dezember eingelaufene Note (s. Preuß. Staats-Anzeiger Nr. 27.) ist von Seiten des hiesigen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten unter dem 31. Dezember die nachstehende Antwort ertheilt worden:

Die Note des K. K. Ministers, Fürsten von Schwarzenberg, vom 27. d. M. ist uns gestern geworden und haben wir dieselbe sofort zur Kenntniß Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs gebracht.

Se. Königl. Hoheit können es nur bedauern, daß das Kaiserl. Gouvernement der Vorstellung einzelner Mitglieder der früheren mecklenburgischen Ritterschaft in der Weise Gehör gegeben hat, um die hierin enthaltene Verwendung ergehen zu lassen.

Se. Königl. Hoheit der Großherzog haben im vorigen Jahre eine Aenderung in der Verfassung in der Art angebahnt, daß an die Stelle der bisherigen landständischen eine Repräsentativ-Verfassung eintrete. Die Einleitungen dazu sind nach Verhandlung und in Zustimmung mit den Ständen getroffen. Es haben diese ausdrücklich erklärt, daß sie ihren Landstandschaftsrechten zu dem Effekt entsagten, daß in Zukunft nur gewählte Repräsentanten die Volksvertretung zu üben hätten.

Die Verhandlungen mit der legal gewählten Abgeordnetenversammlung haben zur Vereinbarung einer Verfassung geführt, die als Staatsgrundgesetz bereits im Monat Oktober publizirt ist.

Der Umstand, daß die gleichzeitig von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzoge von Mecklenburg-Strelitz geführte Verhandlung nicht zu einer Vereinbarung gediehen ist, hat nun einer Anzahl von Mitgliedern der bisherigen Ritterschaft Anlaß gegeben, gegen Alles, was hier geschehen, zu protestiren und sich als legal bestehende Stände zu geriren.

Dazu waren sie aber weder nach der von gesammten Ständen auf dem letzten Landtage abgegebenen Erklärung berechtigt, noch fanden sie hierin Beistand und Unterstützung bei der Landschaft und der Seestadt Rostock, welche ebenfalls Theile der alten Stände waren. Es hatte vielmehr der engere Ausschuß der gesammten Stände eine Convocation derselben, obgleich sie vielfach von ihm begehrt worden, verweigert. Wenn nun darauf die Mitglieder des engeren Ausschusses der Ritterschaft diese beriefen und, trotz der mehrfach gegen die Berechtigung hierzu und die Rechtmäßigkeit des Verfahrens erlassenen Proteste, eine Reihe von Gutsbesitzern erschien und Majoritätsbeschlüsse faßte, so können wir diese als gültige Beschlüsse der Ritterschaft eben so wenig anerkennen, als die Deputationen derselben als berechtigt, im Namen der Ritterschaft aufzutreten.

Es ist hier sonach kein Recht vorhanden, auf einen Rechtsschutz zu provoziren, der früher verheißen war, es ist keine Verpflichtung für den Landesherrn vorhanden, diesen in solcher Weise in einer, die gesammten Stände tangirenden Angelegenheit zu gewähren, wenn nicht diese einen Antrag stellen, sondern nur eine Fraction eines Theils derselben auftritt.

Ist solchergestalt die Gestattung eines Verfahrens nach dem früheren Gesetz über ein Schiedsgericht nicht zulässig, so ist doch die Großherzogliche Regierung durchaus nicht gesonnen, irgend Jemandem, der ein Recht gegen sie zu haben glaubt, den Rechtsweg zu verweigern. Es kann dies in Folge neuerer Vereinbarung bei dem Schiedsgericht in Erfurt geschehen.

Dort ist auch bereits der Anspruch der strelitzer Regierung gegen uns auf gemeinsame Einberufung der alten Stände geltend gemacht, damit Strelitz mit ihnen die Wege der verheißenen Verfassungs-Aenderung berathen könne.

Auf diese Klage haben wir uns eingelassen und sind im Begriff, unsere Erwiderungsschrift abzugeben.

Ist nun auch der Antrag dort etwas anders gestellt, so ist doch der Angabepunkt des ganzen Streites die Frage, ob Se. Königliche Hoheit der Großherzog, unser allergnädigster Herr, ein Recht hatte, am 10. October die Verfassung zu verkündigen, und ob diese als rechtsgültig anzusehen sei.

Ueber diese Frage wird dort verhandelt und entschieden.

Nun ergreift die Competenz dieses Bundes-Schiedsgerichts auch die Klagen der Angehörigen eines der verbündeten Staaten gegen die Regierung desselben wegen Aufhebung oder verfassungswidriger Veränderung der Landes-Verfassung.

Hier ist mithin auch den Mitgliedern der früheren Ritterschaft, wenn das Gericht sie dazu berechtigt erkennt, der Weg gewiesen, ihr vermeintes Recht geltend zu machen.

Unmöglich kann doch aber dieselbe Sache, und noch dazu eine so wichtige Frage des Staatsrechts, bei zwei verschiedenen Gerichten zur Entscheidung gefördert werden.

Es liegt im Interesse jeder einzelnen Regierung, so wie derer, welche gemeinsame Interessen deutscher Regierungen vertreten, daß ein Recht, wo es vorhanden ist, seine Entscheidung finde; allein, daß ein Zustand entstehe, wie er denkbar bleibt, wenn zwei verschiedene Gerichte über dieselbe Sache entscheiden könnten und sollten, das wird und kann die Regierung des Einzelstaates nicht zugeben, und das können auch die Regierungen, welche die gemeinsamen Interessen vertreten, nicht wollen und nicht dulden, wenn sie nicht statt der Rechtsunsicherheit Verwirrung herbeiführen wollen.

Die Schritte, welche die Note des K. Ministeriums zunächst bezielt, sind einfache Folgen der Verbindung des Staatsgrundgesetzes und der damit verbundenen Auflösung der früheren Stände. Es sind Verwaltungsmaßregeln, die nicht ausgesetzt werden konnten, ohne Stockung in die Verwaltung zu bringen.

Es hat demnach die Uebernahme der Verwaltungen, welche der engere Ausschuß der Ritter- und Landschaft bisher führte, bereits am 20. d. M. stattgehabt.

Wenn das Kaiserl. Ministerium auf ein ähnliches Anschreiben der Königl. preußischen Regierung Bezug nimmt, so ist uns ein solches allerdings geworden, und erlauben wir uns in Abschrift anzuschließen, was demselben hierauf erwidert worden.

Gern sind wir auch bereit, die darin vorbehaltene weitere Begründung unserer Ansicht dem Kaiserl. Gouvernement zugehen zu lassen.

Wir vertrauen vollständig dem hohen Gerechtigkeitssinn des Kaiserl. Gouvernements, daß keine Schritte geschehen werden, welche die Rechte und die Selbstständigkeit der Einzeln-Regierungen gefährden, zumal dann, wenn dieselbe, wie es hier geschieht, einem Jeden, der angeblich ein Recht hat, den vollsten Rechtsschutz in der Weise, wie dies nur angemessen erscheint, zu gewähren bereit ist.

Wir benutzen gern diese Veranlassung, dem Kaiserl. Ministerium unsere unwandelbare Hochachtung zu bezeugen.

Schwerin, den 31. Dezember 1849.

Großherzoglich mecklenburg-schwerinsches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

An das Kaiserlich österreichische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu Wien."

Neustrelitz, 25. Jan. Der Offiz. Anzeiger enthält die Bekanntmachung der Großherzoglichen Landesregierung vom 16. December 1849, betreffend die Bestellung einer Commission (bestehend aus dem Baurath Buttel als dem den Vorsitz führenden Großherzoglichen Architekten, einem Lehrer der hiesigen Realschule, dem hiesigen Maurer- und beziehungsweise Zimmergewerke und einem das Protokoll führenden Notarius) zur Prüfung der Maurer- und Zimmergesellen hinsichtlich ihrer Befähigung zur Meisterschaft. Desgl. vom 8. Januar 1850, betreffend die Bestellung des landesherrlichen Commissarius (Geheimer Justizrath Dr. von Schulz) zur Leitung der Wahl eines Abgeordneten für das Volkshaus des nach Erfurt zu berufenden Reichstags.

Kiel, den 25. Januar. Die vom Secretariat des K. dänischen Kabinets an die Vertrauensmänner erfolgte Antwort lautet: „In Gemäßheit eines ihm mitgetheilten allerhöchsten Befehls, liegt es dem Unterzeichneten, einstweiligen Chef des K. Kabinets-Sekretariats, ob, den Herren ***** zu eröffnen, daß Se. Maj. der König in der Fassung Ihrer am 27. Dec. v. J. an Allerhöchstdiese gerichteten Vorstellung mit allergnädigstem Wohlgefallen den Ausdruck einer loyalen Gesinnung erkannt haben. Zugleich ist er aber angewiesen, den Bittstellern ausdrücklich anzuzeigen, daß Se. Maj., in Erwägung der hohen Wichtigkeit des Gegenstandes, Sich durch Ihre unzweifelhaft wohlmeinenden Aeußerungen jedoch nicht haben bewogen finden können, von der verlangten näheren schriftlichen Auseinandersetzung der dortigen Wünsche abzusehen, welche bereits mehrfach als unerläßliche Bedingung eines ferneren allerhöchsten Entschlusses bezeichnet wurden. Se. Maj. wollen daher die Bittsteller in dieser Beziehung auf die beiden abschriftlich anliegenden, durch den Unterzeichneten früher erlassenen desfälligen Mittheilungen verwiesen haben, aus welchen die Herren die allerhöchste Willensmeinung des Nähern entnehmen, auch namentlich zu der Ueberzeugung gelangen werden, daß Se. Majestät, während selbstverständlich von Unterhandlungen zwischen Unterthanen einer und derselben Monarchie überall nicht die Rede sein könne, vor der Hand lediglich nur gesonnen seien, mit landesväterlicher Huld die Wünsche und Ansichten der wohlgesinnteren dortigen Unterthanen durch Männer zu vernehmen, die sich zutrauen, eine wahrhafte Darstellung derselben zu unternehmen. Schließlich ist der Unterzeichnete beauftragt, den geehrten Herren anheimzugeben, ob sie ihre eventuelle allerunterthänigste Eingabe von dort übersenden wollen oder es etwa vorziehen möchten, dieselbe hier persönlich einzureichen. Kopenhagen, im Kabinets-Secretariat Sr. Maj. des Königs, den 11. Jan. 1850. Bluhme."

— Ein Artikel des Hamb. Corr. aus Kiel bemerkt hierüber im Styl der Herzogthümer:

Das Antwortschreiben an die Vertrauensmänner, welches aus dem Kabinette Sr. Maj. des Königs von Dänemark vom 11. d. M. datirt ist, mußte zur Ablehnung jeder Verständigung auf dem betretenen Wege führen, weil in jenem Schreiben ausgesprochen worden war, daß selbstverständlich von Unterhandlungen zwischen Unterthanen derselben Monarchie nicht die Rede sein könne. Schleswig-Holstein, constituirt durch sein Staatsgrundgesetz, welches seine alten wesentlichen Rechte nur in zeitgemäßer Weise umfaßt, steht dem Königreiche als Staat ebenbürtig gegenüber. Sein Herzog ist, staatsrechtlich betrachtet, eine ganz andere Person, als der König von Dänemark. Von Unterthanen derselben Monarchie kann demnach nicht die Rede sein. Die Vertrauensmänner sind nicht als Bittsteller der wohlgesinnten hiesigen Einwohner gekommen. Sie haben auf Grund der alten internationalen Verhältnisse zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark versuchen wollen, ob die streitigen Verhältnisse zwischen beiden Ländern ohne Vermittelung der deutschen Mächte ausgeglichen werden könnten. Die schleswig-holsteinische Landesversammlung hatte die Statthalterschaft dazu ermächtigt. Daß die Vertrauensmänner ihre Mission als beendet betrachten, kann bestimmt angenommen werden. Die Verhandlungen dürfen als abgelehnt von Seiten Dänemarks betrachtet werden; es darf ebenso bestimmt angenommen werden, daß nun auch von Seiten Schleswig-Holsteins die weiteren Verhandlungen als abgebrochen zu betrachten sind.

Das Ablehnungs-Schreiben der Vertrauensmänner geht noch heute nach Kopenhagen ab.

Ausland.

Frankreich.

** **Paris,** 25. Jan. Die heutige Sitzung der gesetzgebenden Versammlung war ohne alles Interesse für das Ausland, Eisenbahnen und Handelsverträge. Ueber die gestrige Sitzung erzählt man noch, daß General Cavaignac und General Lamoricière schließlich doch für die Transportation gestimmt, was die Montagne in rasenden Zorn versetzt habe. Dahin ist nun die junge, kaum aufkeimende Popularität Cavaignac's — diese Abstimmung ist der Todesstoß für ihn. Er ist nunmehr verhaßter, als unmittelbar nach den Juni-Tagen. General Cavaignac's Beispiel zu folgen vermochten seine Freunde Bixio und der traurige V. Hugo nicht, ihnen war die Liebe der Montagne zu theuer, die Achtung Miot's zu viel werth.

Hr. v. Broglio und Thiers sind erkrankt, deshalb hielt der Staatsraths-Verein gestern keine Sitzung.

Der Minister des Innern hat einen außerordentlichen Credit von 100,000 Fr. für das Budget von 1850 verlangt zur Subvention des Theater italien.

Eine Hundesteuer von 1—10 Fr. soll eingeführt und ihr alle Vierfüßler des Hundegeschlechts mit Ausnahme solcher, die blinde Bettler führen, unterworfen werden.

Gestern gab der Ackerbau- und Handelsminister ein glänzendes Diner. Unter den Gästen Sr. Excellenz befanden sich der Präsident der Republik, der Erzbischof von Paris, Hr. Dupin, das diplomatische Corps, alle Minister, General Changarnier, Graf Molé, Graf Montalembert, der Seine-Präfect, der Universitäts-Kanzler 2c.

Es ist doch noch nicht so ganz gewiß, ob das Elysée das Journal Napoléon ganz aufgiebt.

Die Débats erzählen: Ein Antiquar kaufte dieser Tage ein in Menschenleder gebundenes Buch: „Verfassung der Republik Frankreich. Dijon, 1793." Von 1792—94 existirte wirklich zu Meudon eine besondere Gerberei für Menschenfelle, die zu den verschiedensten Leder-Arbeiten benutzt wurden. Ein Chronist jener Zeit sagt wörtlich: „Von den guten und schönen Leichnamen der Hingerichteten zog man die Haut ab und gerbte sie. Die Haut der Männer war fester und besser als Gemsenleder. Die der Frauen war, wegen der Weichheit der Gewebe, weniger dauerbar!"

Die „Presse" ist wegen des der „Reforme" nachgedruckten, gerichtlich verfolgten Artikels freigesprochen worden.

Es ist nun kein Zweifel mehr, das die Regierung ein Truppen-Corps nach dem La Plata schicken werde. Der Constitutionnel meldet heute, daß das zweite und dritte Infanterie-Regiment zu diesem Expeditions-Corps ihr Kontingent liefern werden. Auch eine Artillerie-Compagnie wird eingeschifft. Die Korvette „La Capricieuse", die Fregatte „Zenobre" und die Dampf-Korvette „Prony" werden einen Theil der Expedition bilden. Die ersten beiden Schiffe sind ganz neu, der „Prony", ein ausgezeichneter Dampfer, ist seit einiger Zeit im Mittelländischen Meere beschäftigt und wird, wie man vernimmt, von dem Contre-Admiral Dubourdieu bestiegen werden.

Lord Brougham stattete diesen Morgen dem Präsidenten der Republik und den Ministern Besuche ab. Er wird dem großen Feste in dem Hotel des Präsidenten der National-Versammlung beiwohnen.

Die neue komische Zauberoper von Halevy „Die Rosenfee" fährt fort in der Opera comique Furore zu machen, sie ist seit dem October drei und vierzig Mal bei stets gefülltem Hause gegeben worden. Der Prophet von Meyerbeer hat die fünf und vierzigste Vorstellung erlebt.

Großbritannien.

⁑ **London,** den 15. Januar. Gestern speisten der Herzog und die Herzogin von Nemours bei Ihrer Majestät. Der Prinz-Gemahl präsidirte in Westminster einer Sitzung der Industrieausstellungs-Commission. Der Lord-Mayor gab gestern ein Banquett in Mansionhouse.

Die an den Lord Roden gerichtete Billigungsadresse wegen der Vorfälle im vorigen Sommer trägt etwa 9000 Unterschriften, darunter 50 Peers, 70 Parlamentsmitglieder und gegen 1000 Magistratspersonen.

Major von Beresford ladet die Protectionisten ein, sich gleich in der ersten Sitzung des Hauses zahlreich einzufinden, um sofort ein Amendement zur Adresse einzubringen, wenn die Thronrede etwa den Wünschen des Landes in Bezug auf den Ackerbau nicht Rechnung trage. Der heißblütige Irländer ist der sogenannte „Eintreiber" (Whipper-in) der Protectionisten im Hause der Gemeinen.

Von der neuen russischen Anleihe, die das Haus Baring besorgt, haben nur die nächsten Freunde des Hauses Antheile erhalten, sie steigt noch immer.

Oderzeitung — schreitet in erschreckendem Grade vorwärts, und bald wird die Zahl dienstloser Knechte und arbeitloser Einlieger den Tausenden heruntergekommener Bürger und städtischer Tagelöhner an die Seite gestellt werden können." Kann man schlagender gegen die Absicht derer argumentiren, die „aus Gründen des allgemeinen Wohles" die größeren Grundbesitzer zu Gunsten desjenigen Volkstheiles ruiniren wollen, der seinen Boden nicht durch Proletarier bearbeiten läßt!

— †† In der demokratischen Bierstube von Greb, Friedrichsstraße Nr. 182, müssen wohl viel Heimlichkeiten geschehen, denn beim Eintritt in dies Lokal liest man gleich mit großen Buchstaben: „Vor Denuncianten wird gewarnt." Einem reactionairen Gast muß wirklich ganz unheimlich in dem Lokal zu Muthe werden, denn die Wände sind überaus reichlich mit Portraits von Waldeck (der hier nicht weniger als drei Mal in effigie zu finden ist!), Jakoby, Robert Blum und andern demokratischen Herren bedeckt. Um die Gesellschaft, welche hier verkehrt, näher zu bezeichnen, wird folgende Bemerkung eines Gastes zu einem andern genügen: „Du, weißt du, die Frau unsers Freundes Z., der immer hier war, ist gestorben. Er will durchaus einen Prediger zum Begräbniß einladen; ich hab' ihn aber davon abgeredet. Was die uns sagen, das wollen wir gar nicht wissen! Wenn ich mal sterbe, das hab ich schon an meine Familie bestellt, mir sollen sie mit einem solchen Menschen nicht kommen. Ich gehe das ganze Jahr nicht in die Kirche, eine Rede in dem Klubs ist mir lieber."

Schließlich wollen wir bemerken, daß der demokratische Bierwirth zugleich die Restauration im kgl. Schauspielhaus gepachtet hat, wo er so manchen reactionairen Groschen verdient!

— † Von Dr. Rötscher steht ein neues Lustspiel in Aussicht, das den Titel führt: „Unter den Linden Nummer 17 bis 18."

— † Unter den vielfachen Bezeugungen der Theilnahme, mit denen der Ministerpräsident Graf Brandenburg an seinem Geburtstag überrascht wurde, führen wir ein schönes Quartettständchen an, das dem Minister bereits Morgens um 7 Uhr von einer großen Anzahl patriotischer Bürger gebracht wurde, wobei Herr Krüger (Besitzer des British Hotel) dem Gefeierten ein von ihm verfaßtes Gedicht überreichte.

Aus allen Theilen des Landes, so auch von Magdeburg, Halle, Breslau, Stettin, Bromberg, Königsberg i. Pr. 2c. gingen zahlreiche Glückwunschadressen ein.

— † In der gestrigen Versammlung der Wahlmänner des 3. Wahlbezirks haben die Minister v. Manteuffel und v. Ladenberg und Major v. Helleben gesprochen. In Folge des Resultats der Vorwahl hat sich Herr Minister v. M. erklärt, das Mandat in diesem Bezirk annehmen zu wollen.

† In der Vossischen Zeitung findet sich heute eine Erklärung, unterzeichnet Ed. W., wodurch die Nachricht der Vossischen als unrichtig bezeichnet wird, daß der Besitzer des Hauses, Neuer Markt 4 und 5 wegen unterlassener Bestreuung des Bürgersteiges bestraft sei. Wir hatten jene Nachricht nach der V. Z. gebracht und bringen nun auch diese Notiz.

— †† In der gestrigen Versammlung der Wahlmänner des 4. Wahlbezirks theilte der Vorsitzende mit, daß die Minister v. Manteuffel und v. Strotha und General v. Stockhausen auf die Wahl nach Erfurt verzichteten. Die Wahl des Herrn Minister des Innern scheint bereits im 21. Bezirk gesichert. — Professor Ohm, der einzige Redner welcher auftrat, sprach mit viel Gemüthlichkeit und nicht ohne Beifall über die Mängel des „deutschen Verfassungsentwurfs", und zu geringerer Befriedigung über die letzten Abstimmungen in der zweiten Kammer.

Heute Abend werden Herr v. Patow und Herr v. Olfers sprechen, doch dürfte der Erstere bei der entschieden patriotischen Gesinnung der Wahlmänner des Bezirks wenig Chancen haben. Die meisten Stimmen wenden sich Herrn v. Bodelschwingh zu und scheint dessen Wahl gesichert, wenn man auf eine Annahme mit Bestimmtheit rechnen kann, da man eine Doppelwahl scheut. „Solche Nachwahlen fallen stets schlecht aus, wie das letzte Beispiel lehrt," bemerkte einer der Redner unter allgemeinem Beifall der Versammlung.

∴ Aus der Theaterwelt. Am 1. Juni soll zu Dresden ein Congreß von dramatischen Autoren und Componisten Deutschlands stattfinden, zu welchem der Dramaturg des Königsberger Theaters, Herr Gottschall, in der dortigen Zeitung die Einladungskarte schreibt. Unter andern Zwecken dieses Congresses ist auch dieser ausgesprochen: „Die Tantieme zum allgemein gültigen Gesetz zu erheben, das der Prozentsatz, je nach der Größe der Stücke, für alle Theater definitiv bestimmt. Außer der regelmäßigen Tantieme, die jede Aufführung abwirft, möge je die sechste Vorstellung den Dichtern als Benefiz (Hälfte der Netto-Einnahme) bewilligt und dadurch auf Stücke von durchgreifender Wirkung gleichsam eine Prämie gesetzt werden. Die Tantiemen dauern fort während der Lebenszeit des Autors und gehen auf die Erben über. (Natürlich vorausgesetzt, daß ein Stück seinen Verfasser überlebt, was seltener vorkommt, als man meinen sollte!) Es ist dabei gleichgültig, ob das Stück im Buchhandel erschienen ist oder nicht. — Ferner wird die Begründung eines gemeinsamen Theaterbureau's nach französischem Muster besprochen, die Begründung einer allgemeinen Theaterzeitung u. s. w." — Alle diese Dinge, die Herr Gottschall mit anerkennungswerthem Eifer anregt, bestehen in Frankreich schon seit Jahren, und obwohl sie nur äußerliche Förderungen der dramatischen Poesie sind, erscheinen sie doch mit als Wurzel der stolzen Thatsache, auf welche pochend A. Dumas in seiner Streitschrift gegen das Théatre français schrieb: „Unsere Stücke werden auf allen Bühnen Europa's gespielt: in Petersburg wie in Berlin, in London wie in Stockholm; sie machen die Runde um die Theaterwelt." — Wir wünschen diesem Congresse das fruchtbarste Gedeihen, fürchten aber: er wird sich wie so manches deutsche Parlament in Wohlgefallen auflösen.

In Hannover singt Jenny Lind doch wieder im — Theater, obwohl sie von diesem bekanntlich früher in rührendster Weise Abschied genommen hat. Es ist wahr, sie singt nur noch Concert ohne Kostüm; aber eben so wahr ist es, daß das dafür eingenommene Geld auch kein Blech ist. „Hör' ich nur den Klang des Goldes!"

In Wien erschien eine neue Faschingsposse von Nestroy: „Sie sollen ihn nicht haben." Jedoch das Publikum will sie (nämlich die Posse) auch nicht haben und erklärt sie für eines der schwächsten Machwerke des sonst so beliebten Komikers.

— Theater. Der K. Hofschauspieler Hr. Hartmann, der bis jetzt ein Gehalt von 700 Thlr. bezog, wird in Betracht seiner langen Wirksamkeit an der K. Bühne vom April ab mit 600 Thlr. pensionirt. An seine Stelle tritt der bekannte tüchtige Schauspieler Eduard Jerrmann.

Königsstadt. Trotz des überaus schlechten Wetters hatte sich doch ein verhältnißmäßig zahlreiches Publikum gestern zur Vorstellung der Puritaner eingefunden, ein Beweis, wie sehr die vortrefflichen Leistungen unserer diesjährigen italienischen Oper Beachtung finden. Ihre Kön. Hoheiten Prinz u. Prinzessin Karl, Prinzessin Charlotte, Ihre Hoheiten der Erbprinz v. Sachsen-Meiningen u. der Herzog v. Braunschweig wohnten der Vorstellung bis zum 3ten Akt bei. Sgr. Labocetta sang vortrefflich und auch Sgra. Penco war vorzüglich in der Wahnsinnsscene und dem Finale des 1. Akts, bei dem sich die Solostimme so wunderschön an den Chor lehnt.

Der von dem Souffleur des K. Theaters Hrn. Heinrich alljährlich ausgegebene Theater-Almanach auf das Jahr 1850 (14. Jahrg.) ist in diesen Tagen erschienen. Unter den vielen Nekrologen finden wir leider drei, welche die K. Bühne näher betreffen, über Ferdinand Rüthling, Franz Hoppé u. Otto Nikolai. Eine äußerst interessante Beigabe der Theater-Notizen in diesem Almanach ist eine Schauspieler-Novelle aus der Feder unsers genialen Louis Schneider: „Kutusow und Agnes Maryanowska." Auch das hübsche Lustspiel „Alles für Andere" von Ch. Birch-Pfeiffer finden wir darin abgedruckt.

Das Friedrich-Wilhelmstädtische Theater bringt morgen eine neue Zauberposse von Mödinger: „Die Macht des Goldes" zur Aufführung, die in Californien spielt, also schon deshalb mit Glanz ausgestattet sein wird, und außerdem verschiedene interessante Persönlichkeiten im Gold-Lande agiren läßt.

Hierzu eine Beilage.

Die Times meldet: Seine Majestät der König von Preußen habe ein Cabinet Gerlach angenommen. Gerlach, ein Staatsmann aus der Zeit vor 1848, ein Gesinnungsgenosse der Exminister Eichhorn und Stolberg. Die Combination unter Gerlach ist folgende: Geistliche Angelegenheiten Graf Krassow, Kammermitglied für einen Pommern'schen Flecken (borough) und ein Ultraconservativer, und nun kommt die Liste der Herren Wöniger mit Hansemann und v. d. Heydt. — Das ist selbst der Times möglich!

Die Peninsular and Oriental Company läßt sich jetzt auf einmal nicht weniger als sieben neue Dampfbote bauen, die theils zum Dienst im Mittel- und rothen Meer, theils zwischen Bombay und den australischen Colonien verwendet werden sollen. Ueberhaupt wurden in den englischen Häfen noch selten so viele Handelsschiffe gebaut, wie jetzt nach Aufhebung der Navigationsgesetze, von welcher die Protectionisten den Ruin der englischen Rhederei prophezeien.

Italien.

Die Gazette Piemontaise publizirt ein Königl. Decret, welches die Wahlcollegien des Festlandes für den nächsten zweiten Februar beruft, um die 22 nöthig gewordenen Ersatzwahlen vorzunehmen.

Schweiz.

B* **Bern**, 23. Januar. [Zustände.] Gleichsam instinktmäßig stieß Herr Fazy gleich nachdem er wieder auf den Gipfel der Macht gelangt, die Leiter zurück, auf der er ihn erstiegen, den Grütliverein nämlich, die Allianz der Völker und beider Anführer Herrn Galeer. Fazy hatte Recht, denn nun zeigte es sich, daß durch letzteren der jüngste Krawall in Genf veranlaßt wurde, wobei die bewaffnete Macht Fazy's mit gesenktem Bajonett vor dem jubelnden Proletariat vorüber und abdefiliren mußte, ein neuer Beweis, daß die Propaganda, wie weiland Saturn auch ihre liebsten Söhne frißt. Seit die Schanzarbeiter sich so störrisch zeigen, hat nun der Bundesrath die Einstellung der Zerstörung der Wälle von Genf beschlossen und Herrn Fazy gewissermaßen von seinen Freunden befreit.

Folgsamer als jener erzeigen sich gegen die Propaganda die Regierungen von Freiburg und Waadt, obwohl Druey immer noch das Orakel der letztern ist. Jenes römische Triumvirat, welches die Republik in partibus fortregiert und neulich Pius IX. für vogelfrei erklärte begreift neben Mazzini auch den ehemaligen Minister des Innern Montecchi in sich. Letzterer legte in Lausanne bei der waadtländischen Cantonalbank die gehörigen Garantien nieder, wofür ihm mit Beistimmung der Regierung die erforderliche Summe vorgestreckt wurde, um die Druckerei des „Arbeitervereins" ins Werk zu setzen. Aus dieser geht nun die „Alliance des peuples" von Galeer, Mazzini, Sigel u. s. w. hervor, ferner die in Paris verbotenen Mystères du peuple von Eugène Sue; ja das erste Heft von letzteren wird für ungefähr zwei Silbergroschen verkauft und mit äußerster Sorgfalt in die Hütten der höchsten Berge hinauf colportirt. Der Prospektus trägt das Motto: „Es giebt keine Reform weder religiöser, noch politischer, noch socialer Art die unsre Väter nicht gezwungen waren von Jahrhundert zu Jahrhundert zu erobern durch die **Insurrection**." Das Werk, worin Obiges an den Schicksalen einer Proletarierfamilie bewiesen wird, erscheint gleichzeitig deutsch in Freiburg in der Schweiz „in der literarischen Anstalt."

Auf Ansuchen der Schweizer in Californien, den dortigen Consul, Capitain Butler zum schweizerischen Consul zu ernennen, mußte der Bundesrath leider antworten, daß derselbe bisher seine Schulden in der Schweiz noch nicht bezahlt habe. Die Regierung von Bern bereitet sich eben zu einem Proceß gegen die Stadt Bern vor und stützt sich dabei auf ein Memoire des Emil Vogt.

Kammerbericht.

Erste Kammer.

Berlin, den 29. Januar. 103. Sitzung.

Die Tribünen sind bereits vor Eröffnung der Sitzung überfüllt.

Der Präsident v. Auerswald eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Der Ministertisch ist vollständig besetzt mit Ausnahme des erkrankten Ministers des Auswärtigen.

Der Präsident zeigt der Kammer den Eintritt neugewählter Abgeordneter, des Provinzial-Steuer-Direktor Helmentag und des Regierungs-Raths v. Bernuth, an.

Zur Tagesordnung übergehend geht die Kammer über zur Berathung über den Bericht des Central-Ausschusses für Revision der Verfassung vom 5. Dezember 1848 über die Königliche Botschaft vom 7ten Januar 1850, und den nachträglichen Bericht mit Beziehung auf die Beschlüsse der Zweiten Kammer.

Die Kammer beliebt gegen den Vorschlag des Präsidenten, der nur eine allgemeine Debatte mit Ausschluß der speciellen will, und auf die Erklärung des Ministers des Innern, der Namens der Regierung die 15 Punkte nicht als ein unzertrennliches Ganze betrachtet und demnächst wünscht, daß die spezielle Berathung nicht ausgeschlossen werde, erst eine allgemeine und darauf die specielle Berathung.

Es sind zwei Verbesserungs-Anträge eing. 1) von dem Abg. v. Jordan: „Die Errichtung von Lehen ist untersagt. Die Umgestaltung der bestehenden Lehen in freies Eigenthum und die zeitgemäße Regelung der Fideikommisse soll durch gesetzliche Anordnung festgestellt werden. Bis diese gesetzliche Feststellung erfolgt sein wird, dürfen weder neue Familien-Fideikommisse errichtet, noch die bestehenden vergrößert werden." 2) Von dem Abg. Tamnau, nach welchem die Propositionen IV. und V. der Königlichen Botschaft durch die desfallsigen Beschlüsse der zweiten Kammer für erledigt zu erachten seien. Beide Anträge finden ausreichende Unterstützung.

Die Diskussion beginnt der Abgeordn. Walter. Das Königthum in Preußen ist mehr als Prinzip dem preußischen Volke gegenüber und die Verfassung kann nicht eher zu ihrem Ende kommen, bis die Krone ihr letztes Wort darüber gesprochen. Unabhängige Rechtspflege, unabhängig von dem Einflusse, der rohen Massen ist der Grundpfeiler des staatlichen Lebens und allein im Stande, vor Anarchie und Belagerungszuständen zu schützen. Die Pairie hat ihre Berechtigung in dem Sinne des größeren Theils der Bevölkerung. Die Annahme des als wesentlich Erklärten in der Königlichen Botschaft ist aber dringend nothwendig, um das Verfassungswerk zu dem allseitig gewünschten Abschluß zu bringen.

Der Abg. v. Ammon meint, er sei hergekommen mit Ehrfurcht für die Krone, aber auch für die oft verkannten Rechte des Volks, zur Unterstützung eines Ministeriums, welches uns von der Anarchie errettet, für sich selbst ohne Furcht vor Gefahr, und so glaube er berechtigt zu sein, an diese hochwichtige Frage, wenn auch mit wehmüthigem Gefühl herantreten, zu können. Durch Aufzählung einer großen Zahl von Arbeiten der Kammer will der Redner beweisen, wie sehr bereit die letztere stets gewesen, das Ministerium zu unterstützen, die Kammer könne also nicht wohl des Gegentheils beschuldigt werden, wenn sie ihre Unterstützung in Bezug auf das Wesentliche der Königlichen Botschaft nicht gewähre. Die Pairie ist ein unbeliebtes Institut im Lande, für welches nicht einmal genügendes Material vorhanden ist; mit der Pairie wird man die Revolution nicht schließen.

Der Redner schiebt die Schuld, daß jetzt noch nach geschehener Revision der Verfassung eine solche Proposition vor die Kammer gelangt, nicht so sehr auf das Ministerium, als vielmehr auf die Partei, die von jeher dem Constitutionellen feind gewesen, die zurückerobern will die längst verlorenen Privilegien, die das Land von Neuem auf den Punkt bringen wird, auf dem es im März 1848 angelangt war, die Lüge und Feindschaft säet zwischen Krone und Volk und Thränen erndten wird, die Partei, welche Christum im Munde und Stolz und Arglist im Herzen hat. (Donnerndes Bravo, eine heulende Stimme links, rechts freundliche Gesichter. Die Glocke des Präsidenten beruhigt den Sturm.) — Diese Partei bringt die eigentliche Gefahr.

Der Minister des Innern: Der verehrte Vorredner hat die Verdienste gerühmt, welche sich die Kammer erworben, und daß es nicht dankbar, daß es rücksichtslos wäre, daß jetzt die Königliche Botschaft noch eingebracht wäre. M. H., ich erkenne die Verdienste der Kammer vollkommen an, aber Sie selbst müßten eine Regierung verachten, welche solche Anerkennung so weit Platz greifen ließe, daß sie darüber ihre Pflicht opferte. Wenn man gesagt hat, die Königliche Botschaft bringe geringfügige Sachen, so antworte ich, daß, was Einem geringfügig ist, es nicht dem Andern zu sein braucht, und in den Propositionen nichts Unwichtiges sich findet. Man hat der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie für den Fall der Verwerfung mit ihrem Rücktritt gedroht habe: aber die Regierung hat geglaubt, es sei constitutionell, daß die Räthe der Krone andern weichen, sobald ihre Politik nicht mehr die Zustimmung der Mehrheit der Volksvertretung hat.

Der Abg. v. Zander wendet sich an diejenigen, deren Urtheil noch nicht vor dem Gewissen gefällt ist, und spricht in Bezug auf sie für die Annahme der Propositionen.

Der Abg. Baumstark rühmt die Opfer, welche er und seine politischen Freunde dem theuren Vaterlande gebracht, die sogar soweit gegangen sind, daß er und seine Freunde ihre eigenen Ansichten darüber geopfert haben, Täuschung wäre nun aber einmal das Loos alles Irdischen. Was das Ministerium als wesentlich in der Königlichen Botschaft bezeichnet, darüber hat es während der Verhandlungen über die Verfassung kein definitives Wort gesprochen, und der Vorwurf des Mangels an Offenheit dürfte hier nicht ungerechtfertigt sein. Der Redner giebt sich als Verehrer der Pairie, aber nicht einer Pairie, die nicht auf einem praktischen Boden, sondern aus politischer Konsequenzmacherei entstanden. Die Pairie, die hier geboten wird, ist allein die Summe aller Fehler, welche eine Pairie haben kann, ein Spielwerk, gemacht für einen stattlichen Verfassungsbau. Der Geist, welcher in der Königlichen Botschaft herrscht, gefällt dem Redner nicht, und weil das Leben kurz, die Wahrheit aber ewig sei, so könnten er und seine politischen Freunde gegenüber der gegenwärtigen Crisis nicht zweifelhaft sein, was zu thun. Trotz der Ehrfurcht vor den Männern, die am Ministertische sitzen, muß er erklären, daß das Ministerium mit der Vorlage dieser Propositionen einen Fehler gemacht. Will man die Umsturzpartei bändigen, müsse man die Verfassung, wie sie nach der Revision gewesen, lassen und nicht an ihrem Wesentlichen rütteln. Möglich an eine Pairie zu denken wäre nach 4 bis 5 Jahren gewesen, nachdem die dazu zu berufenden Personen erst sich auf der Tribüne wie im Leben die Würdigung dazu erworben hätten. Mit der Pairie, wie sie hier vorliege, bände sich der König eine Ruthe auf, die ihn hindere, von seiner Macht in ihrer ganzen Vollkommenheit Gebrauch zu machen.

Der Minister des Innern. Ich will nicht wiederholen, was ich bereits an einem anderen Orte gesagt und entwickelt habe, ich will mich nur auf Weniges beschränken. Ich habe nicht gesagt, wie der Herr Vorredner behauptet, daß die, welche die Propositionen verwerfen, der Demokratie in die Hände arbeiten, sondern ich habe gesagt, die gegen die Propositionen sind, werden des Zujauchzens der Demokratie sich erfreuen. Es ist gesprochen worden von der Riesengefahr, die aus der Annahme der Königlichen Botschaft erwachsen würde; aber ich frage, ob wohl ein Uebergang der Monarchie zum Konstitutionalismus ohne Gefahr sein kann, und sollten wir etwa vor der Gefahr zurückbeben? Der Vorredner hat gesprochen von Amphibien und Creaturen (Gelächter), die unter unsern Füßen arbeiten; aber, m. H., wir kennen diese Amphibien und Creaturen nicht. Die Königliche Botschaft ist unser Werk, wir haben es unterzeichnet, wir müssen sie vertreten.

Die Botschaft.

Er sprach zu seinem Diener, dem Polizeidirector:
„Hier hast Du eine Botschaft; die sollst Du heut' noch bringen
„An eine Wittwe Müller: sie wohnet Königsstraße,
„Im Hause Nummer 20. Du wirst auf Antwort bringen
„Und, wenn Du sie empfangen, sie gleich mir übergeben." —
Der Diener lief behende und kam den Abend wieder:
Er sprach mit Selbstvertrauen: „Der Auftrag ist vollzogen;
„Doch statt der Königsstraße, wohnt sie am Ochsenplatze;
„Auch nicht in Nummer 20, jedoch in Nummer 50;
„Auch nennt sie sich nicht Müller, ihr Nam' ist vielmehr Schulze;
„Auch ist sie keine Wittwe, hingegen ein Gensd'arme.

Erklärung.

Obschon wir die Einbringung abschwächender Amendements zu der Königlichen Botschaft vom 7. Januar 1850 überhaupt nur bedauern und uns die speziellen Bedenken gegen das Amendement des Grafen v. Arnim, insbesondere gegen dessen Motivirung nicht verhehlen konnten, so sind wir dadurch, daß das Königliche Staatsministerium sich im Namen der Krone mit diesem Amendement einverstanden erklärt und seine Annahme der Annahme der Königlichen Proposition gleich geachtet hat, — so wie durch die Reihenfolge, in welcher dasselbe zur Abstimmung kam, nachdem die Allerhöchste Botschaft selbst bereits abgelehnt war, — doch veranlaßt werden jene unsere Ueberzeugung Rücksichten, die wir für höhere erkennen, unterzuordnen und halten uns verpflichtet, dies öffentlich auszusprechen, da durch den Schluß der Discussion einzelne unter uns verhindert wurden eine derartige Erklärung von der Tribüne abzugeben.

Berlin, d. 27. Januar 1850.

v. Arnim. (Angermünde.) v. Bismark-Schönhausen. v. Dewitz. Frh. v. Kleist-Schweinitz. Graf Kanitz. Graf v. Krassow. Leonhardt. H. v. Ratibor. v. Schenkendorff. Graf Zieten.

Obiger Erklärung schließe auch ich mich an, indem ich mir vorwerfe, jene Bedenken bei der ersten Besprechung des Amendements in der Fraction nicht gleich genügend erkannt zu haben.

v. Kleist-Retzow.

Der Erklärung des Herrn von Kleist-Retzow stimme ich bei.

von Roeder.

Inserate.

(Für den folgenden Theil der Zeitung ist die Redaction nicht verantwortlich.)

Publicandum.

Die bei den Provinzial-Ritterschafts-Kassen nicht erhobenen halbjährigen Pfandbriefs-Zinsen vom Januar d. J. können bei der Haupt-Ritterschafts-Kasse hierselbst, Wilhelmsplatz Nr. 6., vom 1. bis 14. k. M. Vormittags zwischen 9 und 12 Uhr in Empfang genommen werden.

Dies wird mit der Aufforderung bekannt gemacht, den Coupons ein Verzeichniß beizufügen, in welchem dieselben, ohne Rücksicht auf die Provinzen und Münzsorten, nach der Reihefolge der Nummern aufzuführen sind. Nach Ablauf dieses Termins wird die Kasse geschlossen, und findet eine fernere Zinszahlung wiederum erst im August d. J. Statt.

Berlin, den 25. Januar 1850.

Kur- und Neumärkische Haupt-Ritterschafts-Direction.
(gez.) Graf von Voß. Freiherr von Monteton.
Graf von Haeseler.

Familien-Anzeigen.

Verlobt: Frl. Ottilie Noak mit Hrn. A. Schmidt; Frl. Rosalie Bits mit Hrn. Robert Jaene; Frl. Agnes Fischer mit Hrn. Eugen Schultze; Frl. Marie Weinreich mit Hrn. Schiffseigner Günther hiers.

Geboren: Eine Tochter dem Hrn. Noak; Hrn. Rechtsanwalt Deycks hierselbst.

Gestorben: Frau Dorothea Kalbe hiers.; Frau Hauptmann Alexandra v. Bonin hiers.; Frau Charlotte Miersch hiers.; Frau Marianne Magnus hiers.; Hr. Ed. Schmidt hiers.; Hr. Geh. Reg. Rath a. D. Beermann hiers.; Hr. Klempnermeister Paalzow hiers.

Königliche Schauspiele.

Mittwoch, den 30. Januar. Im Opernhause. 15. Abonnements-Vorstellung: Badekuren, Lustspiel in 1 Akt, von G. zu Putlitz. Hierauf: Der Weg durch's Fenster. Und: Thea, Ballet in 3 Bildern, von C. Taglioni. Anfang halb 7 Uhr.

Königstädtisches Theater.

Mittwoch, den 30. Januar. (Italienische Opern-Vorstellung.) Zum ersten Male in dieser Saison: Roberto il Diavolo (Robert der Teufel). Oper in 5 Abtheilungen, nach dem Franz. des Scribe und Delavigne, ins Italienische übertragen von Calisto Bassi. Musik vom K. General-Musikdirektor und Hof-Kapellmeister Meyerbeer.

Börse von Berlin, den 29 Januar.

Wechsel-Course.

Amsterdam	250 Fl.	kurz	143⅞ B.
do.	250 Fl.	2 Mt.	143 G
Hamburg	300 Mk.	kurz	151⅞ bez.
do.	300 Mk.	2 Mt.	150⅞ G.
London	1 Lst.	3 Mt.	6. 26¼ bez.
Paris	300 Fr.	2 Mt.	81 G.
Wien in 20 Fl.	150 Fl.	2 Mt.	90⅞ B.
Augsburg	150 Fl.	2 Mt.	102⅞ B
Breslau	100 Thlr.	2 Mt.	99½ G.
Leipzig in Court. im 14-Thlr.F.	100 Thlr.	8 Tg.	99⅞ G
do.	100 Thlr.	2 Mt.	99⅞ G.
Frankfurt a. M. südd. W.	100 Fl.	2 Mt.	56. 24 G.
Petersburg	100 SR.	3 W.	108⅞ G

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.			Zf.	
Freiwill. Anleihe	5	106½ bez.	Ostpr. Pfandbr.	3½	
St.-Schuld-Sch.	3½	89 bez.	Pomm. Pfandbr.	3½	95½ bez.
Seeh. Präm.-Sch.	—	104½ bez.	Kur- u. Nm. Pfbr.	3½	96 G.
K. u. Nm. Schuldv.	3½		Schlesische do.	3½	
Berl. Stadt-Oblig.	5	105 bez.	do. Lit. B. gar. do.	3½	
do. do.	3½		Pr. B.-Anth.-Sch.	—	94½ à ¼ bez.
Westpr. Pfandbr.	3½	91 bez.	Friedrichsd'or	—	113½ bez.
Grossh. Posen do.	4	100½ G.	And. Goldm. à 5 th.	—	112 1/12 bez.
do. do. do.	3½	91 G.	Disconto	—	

Eisenbahn-Actien.

	Zf.			Zf.	
Berg.-Märkische	4	44½ bz. G.	Magdeb.-Wittenb.	4	63 B.
do. Prior.	5	100½ B.	Mecklenburger	4	34 B.
Berl.-Anh. A. B.	4	92 B. bz.	Niederschl. Märk.	3½	84½ bz. u. B.
do. Prior.	4	96 B. bz.	do. Prior.	4	95½ G.
Berl.-Hamburger	4	80½ bz.	do. Prior.	5	104 bez. u. B.
do. Prior.	4½	100 G.	do. 3. Serie	5	103½ G.
do. 2. Em.	4½	97 G.	N. Schl. M. Zwgb.	4	30 B.
Berl. Potsd. Mgdb.	4	60½ a ¾ bz.	do. Prior.	4½	[illegible]0 B.
do. Prior.	4	93¾ bz. G.	do. Prior.	5	90 B.
do. do.	5	102½ bz.	do. St. Prior.	5	
do. do. Lit. D.	5	100 B.	Oberschl. Litt. A.	3½	106½ G.
Berl.-Stettin	4	107½ B.	do. Litt. B.	3½	104½ G.
do. Prior.	5	104½ G.	do. Prior.	4	
Bonn-Cölner	5		Prz. W. (St. Voh.)	4	32 B.
Breslau-Freiburg	4		do. Prior.	5	86½ G.
Cöln-Minden	3½	95½ a ¾ bez. B.	do. II. Serie	5	85 B.
do. Prior.	4½	100½ bz.	Rheinische	4	45½ G.
do. do.	5	103½ bz	do. St.-Prior.	4	77½ B.
Crac.-Oberschl.	4	75 bz. B.	do. Prior.	4	89 G.
do. Prior.	4	86 B.	do. v. Staat gar.	3½	
Dresden-Görlitz	4		Sächs.-Baier.	4	
Düsseld.-Elberf.	4		Stargard-Posen	3½	84½ bez. u. B.
do. Prior	4	87 G.	Thüringer	4	66½ G.
Fr.-Wilh.-Nordb.	4	45½ a ¾ a ½ bez.	do. Prior.	4½	98½ bez. u. G.
do. Prior.	5	100 bz. B.	Wilhelmsb. (Cosel-Oderberg)	4	
Kiel-Altona	4	94 B	do. Prior.	5	
Magdeb.-Halber.	4	141 B.	Zarskoje-Selo	—	80 B. ex coup.
Magdeb.-Leipz.	4				
do. Prior.	4	98½ G.			

Ausländische Fonds.

Russ.-Engl. Anl.	5	111⅞ a ¼ bez.	poln. P.-O. à 500fl.	4	81 bez. u. B.
do. 1. Anl. b. Hope	4		do. do. à 300fl.	—	123 bez. u. B.
do. 2-4. A. b. Stiegl.	4	90 n. V. 89⅞ G	poln. Bank-C. L. A.	5	94⅞ bez.
do. poln. Schatz-O.	4	80 bez. u. B.	do. do. L. B.	—	17 B.
poln. Pfandbr. alte	4	95⅞ G.	Kurh. P. Sch. à 40th.	—	33⅞ bez.
do. do. neue	4	95⅞ G.	N. Bad. Anl. à 35Fl.	—	18⅞ bez. u. G.

Das Geschäft war heute sehr unbelebt und nur in einigen Effecten zur Ultimo-Regulirung einiger Verkehr.

Neue russ. Anl. 98⅞ Bf.

Berliner Getreidebericht vom 29. Januar.

Weizen loco n. Qu.	54 — 57	Rüb-Oel loco	13½ B.
Roggen do. do.	27 — 29	pr. Januar	13½ vrk.
pr. Frühjahr	27 G. ½ B.	pr. Jan./Febr.	13½ B. 13½ G.
pr. Mai/Juni	27½ G. ½ B.	pr. Febr./März	13½ B. 13 G.
Hafer loco n. Qu.	16—18	pr. März/April	13 1/12 B. 12½ G.
pr. Frühjahr	16½	pr. April/Mai	12½ B. 12½ G.
Gerste, große, loco	23 — 25	Spiritus loco o. F.	14 vrk.
do. kleine, loco	21—22	do. mit Faß	14 G.
Rapps	ohne Umgnag	pr. Januar	14
Rübsen	do.	pr. Frühjahr	14½ vrk. ½ G.
Lein-Oel loco	12		

Roggen ohne Geschäft. Rüböl und Spiritus flau und niedriger.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., den 28. Januar. Nordbahn 44⅛. Span. 3% 29⅛. Metall. 84⅛. Bad. 32⅛.

Auswärtige Börsen.

Paris, den 25. Januar. Course Anfangs fest und höher, konnten sich später nicht behaupten. 3% Rente p. C. 57,60, p. ult. 57,65. 5% Rente p. C. 94,60, p. ult. 94,50. Bank-Actien 2365. Span. 3% 36¾. — Nordbahn 465.

Paris, den 26. Januar. 3% Rente 57,90. 5% Rente 94,80. — Nordbahn 468, 75.

London, den 25. Januar. Consols 96⅝ a ½. Neue russ. Anleihe 3¼ % Prämie.

Breslau, den 28. Januar. Poln. Papiergeld 95⅝ G. Oester. Banknoten 91½ bez. Poln. 500-fl.-Loose 80½ G. Schatz-Obligationen 4% 80¼ B. Oberschl. Lit. A. 106½ G., do. B. 105 G. Breslau-Schweidnitz-Freiburg 79 bez. u. G. Sächsisch-Schlesische —. Niederschlesisch-Märkische 85 B. Cosel-Oderberg 64 B. Cöln-Minden 95½ G. Neiße-Brieg 37 bez. u. B. Krakau-Oberschlesische 75½ bez. u. G. — Krakau. Prior. 4% 85½ B. Fr.-W.-Nordbahn 44¾ B.

Wien, den 26. Januar. Metall. 95⅝, ½. 2½ % 51 50. Bankactien 11400, 1138. Loose von 1834 174, 173, do. von 1839 108⅝, ½. Nordbahn 110⅝, ½. Mailand 83½, ¼. Gloggnitz 114½, 113½. Pesth 88½, 7/16. Amsterdam 156 G. Augsburg 112¾ G. Frankfurt 112 G. Hamburg 165½, ¼. London 11,17 a 16. Paris 133½ B. Gold 20, 19¾. Silber 11¼.

Die Börse bei schwachem Geschäft in matter Haltung. Neue Anleihe 84¾, ¼.

Amsterdam, den 26. Januar. Integr. 55 7/16. Arnheim —. Amsterdam-Rotterdam —. Ardoins 12 15/16. Coupons 8 7/16. Span. 3% 29 11/16. Portug. 37½. Russen 105¼. Stieglitz 85. Metall. —, do. 2½ % 43¼. Merik. 29¼. London 11,97½ G. Hamburg 34 13/16 G.

Wenig Geschäft und Veränderung.

Leipzig, den 27. Januar. Leipzig-Dresden E.-A. 107½, ⅛. — Sächsisch-Baierische 86¾, ½. Sächsisch-Schlesische 94, 93½. Chemnitz-Riesa 26, 25½. Löbau-Zittau 17 G. Magdeburg-Leipzig 210, 209½. Berlin-Anhalt. 91, 90¼, 90½. Crakau-Oberschlesische 74 B. Köln-Minden 95¾ B. Fr.-W.-Nordbahn 45 B. Altona-Kiel 94, 93. Anhalt-Dessauer Landesbank 118 G. Preuß. Bank-Antheile 94 B. Oester. Banknoten 91⅛ B.

Auswärtige Getreideberichte.

Hamburg, 25. Januar. Der Getreidemarkt blieb unter dem Einflusse fortdauernd flauer Berichte aus England äußerst ruhig, dennoch läßt sich in den Preisen der verflossenen Woche keine Aenderung angeben. Der Umsatz geschränkte sich auf Saale-Gerste, auf Lieferung hierher 105—107 Ct. 55 a 60 Rt. pr. Last, von dänischen Inseln 111 — 112 Ct. 4 Mk. 4 ß., gedarrte 5 Mk. 2 ß. Bco. pr. Tonne, so wie auf Hafer ab Westküste Dänemarks, der 80 — 85 Ct. wiegend, mit 3 Mk. 8 ß. a 3 Mk. 12 ß. pr. Tonne bezahlt wurde. Rappsaamen fest und wenig vorhanden.

Spiritus. Bordeaux- und Cette- 30 a 32 Rt., preuß. gereinigter loco 20½ a 22 Rt. beste Qualität bei kleiner Abgabe, Lieferungs-Anerbietungen ohne Geschäft, roher nominell 14 a 14½ Rt. und keine Frage danach.

Mit Rüböl flaute es, pr. Januar konnte man zu 24¼ Mk. kaufen, ohne Nehmer, pr. Februar Einiges zu 24 Mk., pr. März und April zu 24¼ Mk., pr. October zu 23½ Mk. angeboten. Auch gestern war es auf vorliegende Termine flau, dagegen pr. Mai fester, 24½ Mk. willig zu bedingen. Heute war es auf vorliegende Termine matt, 24 Mk. pr. Jan., 24¼ Mk. pr. März — April, 23⅝ Mk. pr. Mai und 23¼ a ½ Mk. pr. October zu haben, 2 ß. weniger Nehmer.

Mit Leinöl ist es in Folge der niedrigeren Berichte von Hull auch hier matter, loco 20½ Mk., Lief. auf 21 Mk. gehalten.

Oelkuchen. Lein- blieben ohne Käufer, lange loco 85 a 93 Mk. Crt., in der Ostsee 60 a 65 Mk. Bco. Rapp- flau, lange loco 61 a 62 Mk. Crt., in der Ostsee 42 a 45 Mk. Bco.

Magdeburg, 26. Januar. Weizen bei fortwährend geringer Zufuhr behauptete sich trotz der flauen Berichte von außerhalb und fand rasch Käufer zu vorigen Preisen. Bezahlt wurde nach Qualität 38 — 45 Rt. Gerste mäßig zugeführt bedang 21 a 22 Rt., in einzelnen Fällen bei schwerer Waare bis 23 Rt. bezahlt. Hafer 14½ — 16 Rt. nach Qualität. Im übrigen Handel wegen des schlechten Wetters wenig Umsatz und keine Veränderung, außer Zucker etwas angenehmer. Roggen 25 — 28 Rt., Spiritus loco 18½ Rt.

Wien, 23. Januar. Durch die Schneeverwehungen sind die Zufuhren größtentheils gehemmt und können auch gekaufte und bestellte Waaren von hier schwer fortgeschafft werden, was Geschäftsstockung in Spiritus veranlaßt. — Indessen bleiben sich die Preise doch so ziemlich gleich und wird roher Geist a 25 Kr. pr. Grad, und höher rektifizirter Spiritus a 15¼ — 18½ je nach Gradhältigkeit verkauft.

Wien, 21. Januar. Getreide sehr flau, besonders durch Verlegenheiten der Speculanten hier und in Ungarn. Rapps bei starken Vorräthen und Aussicht auf gute Ernte weichend.

Wien, 26. Januar. Getreide sehr flau und ohne Kauflust bei geringem Bedarf.

Stettin, den 28. Januar. Weizen ohne Geschäft, 50 a 55 Rt. gefordert. Zuletzt bezahlte Preise: loco 51 Rt., Lieferung 88 — 89 Ct. 50 Rt. Roggen loco 27 a 28 Rt. gefordert, pr. Frühjahr 27½ Rt. zuletzt bez. und jetzt gefordert. Gerste 22 a 25 Rt. B. Hafer 15½ a 19 Rt. Erbsen 30 a 36 Rt. B.

Rüböl loco 13 1/12 a 13 Rt. gefordert, pr. Januar 12⅞ Rt. zuletzt bez., pr. Januar — Februar 12⅝ Rt. bez. u. B., pr. Februar — März 12⅔ Rt. B., pr. März — April 12 7/12 Rt., pr. April — Mai 12 5/12 Rt. gefordert.

Leinöl 11½ Rt. gefordert.

Fink 5 5/12 Rt. gef., auf Lief. 5½ Rt. bez.

Rigaer Leinsaamen 10⅝ Rt. verst. auf Lief. bez.

Südseethran 12½ Rt. verst. gef.

Spiritus aus erster Hand zur Stelle und aus zweiter Hand ohne Faß 25½ % gefordert, 26 % bez., pr. Frühjahr 24½ % bez. u. B., pr. Juni — Juli 23¼ % bez. u. B.

Inhalts-Anzeiger.

Verantwortlicher Redacteur: **Wagener.**

Selbstverlag der Redaction.

Druck von C. G. Brandis in Berlin, Deßauer Straße № 5.

Hierzu eine Beilage.

Deutschland.

† **Bromberg**, 25. Jan. [Provinzielles.] Die Tuchfabriken in den kleinen Städten des Großherzogthums, z. B. in Labechin, Chodziesen, Filehne, Czarnikau, Schönlanke rc. sind ihrem Eingehen nahe, da sie die Concurrenz mit englischen und rheinischen Fabrikaten nicht aufnehmen können. Die Regierung thut übrigens alles Mögliche zur Hebung und Unterstützung dieser Gewerbe, indem sie schon seit längerer Zeit die Militairtuche von den Tuchmachern der genannten Städte nimmt. Uebrigens stocken auch andere Geschäfte, da man fürchtet, daß das Frühjahr in politischer Beziehung große Ereignisse bringen wird. Häuser und Güter sinken daher immer mehr im Preise. — Dem Brettschneider Zabel aus Beronika, Schubiner Kreises, ward durch einen vom Gerüste herabfallenden Sägebock der Kopf dergestalt zerschmettert, daß sein Tod auf der Stelle erfolgte. Auch in Trzemeszno ereignete sich ein ähnliches Unglück, indem der Mühlenpächter Saß beim Einschmieren des Räderwerks seiner Mühle von dem Kammrade ergriffen und total zerquetscht wurde, so daß er sogleich seinen Geist aufgab. — In unserer ganzen Gegend nehmen die Wölfe so überhand, daß bereits mehre Reisende von denselben angefallen sind.

§* **Posen**, den 24. Januar. (Zur Stimmung.) Das kann keinem besonnenen Einwohner von Posen verborgen sein, daß das conservative Element in der Bürgerschaft so prädominirt, daß wenn man die Freunde und stillen Anhänger des patriotischen Vereins zu den declarirten Mitgliedern desselben hinzurechnet, wie man sagt auf 10 der letztern noch nicht 1 Demokrat kömmt. Dafür zeugt unter andern das loyale Verhalten der Bürgerschaft in den verhängnißvollen Jahren 1848 und 1849 — dafür zeugen selbst die Deputirten, die von hier aus zu den verschiedenen gesetzgebenden Versammlungen dieser Jahre von hier ausgesandt sind. Denn wie verschieden auch ihre Richtung gewesen — keiner von ihnen hat auf der linken Seite seinen Platz genommen, bis auf einen welcher nur der Coalition der Polen und Demokraten bei der Wahl der Wahlmänner für die erste Kammer seinen Sitz in der letzteren verdankt.

Da übrigens auch diesmal der Kreis Posen mit der Stadt Posen zusammen wählt und beide über einen Abgeordneten sich zu einigen haben, so ist das Resultat der Wahl freilich noch sehr zweifelhaft.

Gr. Ottersleben, 22. Jan. In einer gestern gehaltenen sehr zahlreich besuchten Gemeindeversammlung (unsere Gemeinde zählt 3075 Seelen) wurde einstimmig beschlossen, in einer von dazu aus allen Ständen Erwählten unterschriebenen Immediateingabe Se. Majestät zu bitten, die Landgemeinden vor der neuen Gemeindeordnung zu bewahren. Zugleich ist Abschrift der Petition dem Staatsministerium und den Deputirten des Wahlbezirks zur I. und II. Kammer übersandt worden. Aehnliche dringende Petitionen werden in der ganzen Umgegend eingereicht und die Stimmung der ländlichen Bevölkerung über die Gemeindeordnung ist eine entschieden abwehrende.

Wien, den 21. Januar. Der Theaterdirector Pokorny gedenkt Shakespeare's sämmtliche Theaterstücke auf der Wiener Bühne zur Vorstellung zu bringen. Der Anfang soll mit dem „Sommernachtstraum" mit Mendelssohn-Bartholdy's Musik gemacht werden.

— Das 14. Jäger-Bataillon hat Marschordre nach Prag erhalten, wo dasselbe nach der neuen Adjustirungs-Vorschrift montirt und armirt wird, um sodann nach Frankfurt a. M. zu gehen.

— den 22. Januar. In den Karpathengegenden Ungarns sind zur Vertilgung einiger zum Vorscheine gekommener Raubthiere Jagden angeordnet, zu denen auch Militair verwendet wird.

— In dem sogenannten großen Höllenthale bei Reichenau ist vor einigen Tagen eine Schneelavine niedergegangen, ohne übrigens Schaden anzurichten, da das Höllenthal einen Felskessel bildet, der weder befahren noch bewohnt wird.

Wien, 22. Jan. Ein etwas nachlässiger, aber geldgeiziger Arzt in Pesth, erhielt zum neuen Jahre von einer geistreichen Dame nebst einem obligaten Dankschreiben eine Rolle — Spielmünzen. Die Zeilen lauteten: „Herr Doctor, Sie spielten das Jahr hindurch mit meiner Gesundheit, ich mit dem Honorare."

Wien, 23. Januar. Se. Majestät haben mit a. h. Entschließung vom 17. d. M. dem von dem Herrn Justiz-Minister vorgelegten Entwurfe der neuen, auf den Principien der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Anklageverfahrens und der Geschwornengerichte beruhenden Strafproceßordnung die Genehmigung ertheilt. Dieses umfangreiche Gesetz (es enthält 514 Paragraphe) wird, sobald der Druck desselben vollendet ist, durch das Reichsgesetzblatt kundgemacht werden. Um die Auffassung und Anwendung dieses Gesetzes zu erleichtern, hat der Justiz-Minister den Landrath v. Würth beauftragt, die Grundsätze und Motive desselben in einer Reihe von öffentlichen Vorträgen zu entwickeln. Diese Vorlesungen werden alle Montage und Freitage Abends von 5 bis 6 Uhr in dem Saale des alten Regierungs-Gebäudes am Ballplatz zu ebener Erde, und zwar die erste Montag den 28. d. M. abgehalten werden. Der Zutritt zu diesen Vorträgen steht Jedermann frei.

Aus den Kronländern wird berichtet, daß die großen Beamtenwanderungen in allen Richtungen bereits begonnen haben. Die meisten sind auf ihren Posten schon eingetroffen; alle eigenmächtig Ausbleibenden sind mit Dienstesverlust bedroht.

Wien, 23. Jan. Am 21. d. M. früh um 6 Uhr sind Se. Kaiserliche Hoheit der Herzog von Modena von hier nach Modena abgereist.

Wien, den 23. Januar. Am 21sten d. M. hat der neu ernannte Gesandte der französischen Republik am Kaiserlichen Hofe, Herr de la Cour, Sr. Majestät dem Kaiser das Beglaubigungsschreiben des Präsidenten der Republik überreicht.

Die Wiener Zeitung bringt nun auch das Kaiserliche Patent über die Landes-Verfassung für die Markgrafschaft Mähren. Demselben zufolge, tritt der Landtag jährlich, in der Regel im November, auf die Dauer von sechs Wochen in der Hauptstadt Brünn zusammen. Die im Lande wohnenden Volksstämme sind gleichberechtigt und haben ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege ihrer Nationalität und Sprache.

Prag, den 22. Januar. Böhmen zählt auf einem Flächenraum von 1029 Quadratmeilen gegenwärtig 4,432,474 Einwohner, darunter sind etwas über 3 Millionen Czechen. — Gestern wurde ein starker Transport mit 1000 Centnern Munition auf der Eisenbahn hieher befördert. Ein Theil wurde schon heute weiter nach Theresienstadt geführt, der andere folgt bald nach. — Das gelinde Thauwetter, das wir vor einigen Tagen hier hatten, hat sich abermals in eine grimmige, um nicht zu sagen sibirischt, Kälte umgewandelt. Seit drei Tagen haben wir hier 18 — 20 — 22 Grad. Bereits wurden mehrere Leute erfroren gefunden.

Konstanz, 21. Jan. (B. M.) Das Hofgericht des Seekreises hat in letzter Zeit mehrere Urtheile gegen Schullehrer erlassen, welche sich bei dem letzten Aufstande mehr oder minder betheiligten. Einige wurden je zu 1 Jahr, 9 Monaten Zuchthaus und 3 Monaten Arbeitshaus verurtheilt. Einige Schullehrer wurden für klagfrei erklärt; der Staatsanwalt hat aber hiergegen schon den Rekurs ergriffen.

§§ **Frankfurt a. M.**, den 28. Januar. [Zur innern Mission.] Nach Anleitung des Philanthropen Wichern von Hamburg hat sich nun auch hier ein Verein „zur Beförderung christlicher Sitte und Geselligkeit" unter den jüngern Gliedern des Gewerbstandes gebildet, dessen erste Anfänge einen glücklichen Erfolg verheißen. Ein Kreis von Freunden der innern Mission ist zusammengetreten und hat ein Versammlungslokal gemiethet, das allabendlich von etwa 140—150 jungen Männern vom Gesellenstande besucht wird, für deren Unterhaltung durch Anschaffung guter Lesebücher, Musikalien u. s. w. gesorgt ist. Außerdem sind unter der speciellen Leitung des französisch-reformirten Pfarrers Bonnet 5 oder 6 neue Unterrichtsanstalten für Kinder von 5 bis 12 Jahren geschaffen worden, woran ihrer etwa 300 bereits Theil nehmen. —

Braunschweig, 23. Jan. Die Wahlen für Erfurt haben ohne sonderliche Theilnahme stattgefunden. In der Stadt war etwa der vierte Theil der Berechtigten erschienen. In Braunschweig sind die 78 Wahlmänner zu Stande gekommen und auch schon einige Candidaten da, wie Geheimerath Langerfeldt, Finanzdirector v. Thielau und Eduard Vieweg.

† **Fürstenthum Lippe**, den 25. Januar. (Stimmung). Für die Erfurter Wahlen zeigte sich hier fast gar keine Theilnahme, und unser Volk ist überhaupt des leidigen mechanischen Wahlwesens herzlich überdrüssig. In einem Wahldistrikt erschienen von den 65 Wählern der 1. Klasse nur 6, von 213 zweiter Klasse nur 65, von 384 dritter Klasse nur 57; in einem andern von 250 zweiter Klasse 19 und von 511 dritter Klasse 7.

Desto erfreulicher regt sich das christliche Bewußtsein im Volke gegen die Entchristlichung der Volksschulen. Protestationen werden an die Regierung unterzeichnet, worin es heißt: Wir wollen nur Schulen, die von der christlichen Kirche ausgehen und in sie hineinführen; die hier im Lande proklamirten s. g. „Deutschen Grundrechte" enthalten u. A. die gottlosen und widerchristlichen Bestimmungen: „Der Staat und die Schulen sollen von der Kirche getrennt sein" und: „Die Erlangung der staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntniß". Da nun das neu erlassene Schulgesetz die Schulen unter die Leitung und Aufsicht des religionslosen, also entchristlichten Staats stellt, so ist damit nicht nur eine widerchristliche Oberschulbehörde, sondern sogar der Fall in Aussicht gegeben, daß Juden unsern Volksschulen hochoberlich vorstehen. Nun sollen auch Schulvorstände in den verschiedenen Schuldistrikten von und aus allen bürgerlich Stimmberechtigten gewählt werden, was wieder Aussicht, wo nicht auf Heiden und Türken, so doch auf Juden und christliche Widersacher und Verleugner des Herrn und seiner Kirche giebt, aus denen ebenfalls die durch Stimmenmehrheit der Mitglieder zu wählenden Vorsitzenden bestehen können. Wir protestiren daher feierlich gegen jede Schule, in der nicht die Lehre und das Bekenntniß unserer heiligen evangelischen Kirche getrieben wird, so daß unsere Schulen wirklich das sind, was die landesgesetzlich gültige Kirchenordnung von ihnen besagt, nämlich Seminaria ecclesiae d. i. Pflanzgärtlein der Kirche Christi.

Schwerin, den 25. Januar. (M. Zig.). Am 30. Dezember v. J. ging hier eine vom 27. Dezember v. J., also eine Woche nach erfolgter Auflösung des engeren Ausschusses, datirt. Note des Fürsten zu Schwarzenberg, K. K. österreichischen Minister-Präsidenten und Ministers des K. K. Hauses und des Aeußern, hier ein, welche im Wesentlichen eine Verwendung gegen die beabsichtigte Auflösung des engeren Ausschusses enthält. Sie lautet: „Eine Deputation der mecklenburgischen Ritterschaft hat in einer an Se. Majestät den Kaiser, des Unterzeichneten allergnädigsten Herrn, gerichteten Eingabe die Absicht angezeigt, unter Berufung auf den einhelligen Bundesbeschluß vom 25. Mai 1818, durch welchen der deutsche Bund in der daselbst näher angedeuteten Weise die Garantie der mecklenburgischen Patent-Verordnung vom 28sten November 1817 als eines organischen Staatsgrundgesetzes für die beiden Großherzogthümer übernommen hat, diese Garantie bei der am 20sten d. in Wirksamkeit getretenen provisorischen Bundes-Kommission zur Wahrung der Rechte anzurufen, welche die Ritterschaft durch die von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzoge von Mecklenburg-Schwerin mit der Abgeordneten-Kammer des Großherzogthums in letzter Instanz vereinbarte Verfassung und deren Folgen bedroht und gefährdet betrachtet.

Nach Ausweis dieser Eingabe hat die mecklenburgische Ritterschaft bereits die in der Patentverordnung vom Jahre 1817 vorgezeichneten Schritte gethan, um die Ausgleichung der sich ergebenden Anstände durch direkte Verständigung mit der Großherzoglichen Regierung zu erzielen, und da diese Schritte, den ihr ertheilten abschlägigen Bescheiden gemäß, ohne Erfolg geblieben sind, finde sie sich zu der beabsichtigten Berufung an die provisorische Bundeskommission genöthigt, es dieser anheimstellend, das weiter Entsprechende einzuleiten.

Da zur Zeit der Ueberreichung dieser Eingabe die Einsetzung der provisorischen Bundeskommission noch nicht erfolgt war, hat die Ritterschaft geglaubt, Sr. Majestät dem Kaiser, als Theilnehmer an derselben, vorläufige Anzeige von ihrem Vorhaben erstatten und mit dieser die Bitte verbinden zu sollen, daß Allerhöchstderselbe die Kaiserlich österreichischen Bundeskommissäre mit geeigneten Instruktionen versehen lassen wolle.

Nach einer hier angelangten Mittheilung aus Berlin hat sich die Ritterschaft in gleicher Weise und zu gleichem Ende auch an Se. Majestät den König von Preußen gewendet.

In Folge der von dem Kaiserlichen Kabinette gehegten und von der Königl. preußischen Regierung getheilten Ueberzeugung, daß das Recht der mecklenburgischen Ritterschaft zu der von ihr beabsichtigten Berufung an die provisorische Bundes-Kommission bundesgesetzmäßig ebensowohl begründet sei, als es das Recht dieser Letzteren ist, die der Bundesversammlung obgelegene Sorge für Ausführung der Artikel II. und III. der Patent-Verordnung vom Jahre 1847 zu übernehmen, würde es genügen, in Uebereinstimmung mit dem Königl. preußischen Hofe die hierauf bezüglichen Weisungen zur Handhabung ihres Amtes an die Bundes-Kommission gelangen zu lassen.

Nachdem jedoch seither zur Kenntniß des Allerhöchsten Kaiserhofes gekommen ist, daß die Großherzoglich mecklenburg-schwerinsche Regierung die Absicht hege, den die Ritterschaft und Landschaft der beiden mecklenburgischen Großherzogthümer landesverfassungsmäßig vorstellenden und vertretenden „Engeren Ausschuß" dieser ständischen Körperschaften zu Rostock, ungeachtet des Einspruches, welchen die mecklenburg-strelitzsche Regierung dagegen erhoben hat, demnächst einseitig aufzuheben, sieht sich das Kaiserliche Kabinet veranlaßt, das Großherzoglich mecklenburg-schwerinsche Staats-Ministerium von einem solchen Vorgange dringend abzumahnen und damit zugleich den Ausdruck seines lebhaften Wunsches zu verbinden, daß sich das hochlöbliche Staats-Ministerium überhaupt jeder Maßregel enthalten wolle, durch welche der bisherige Stand der mecklenburgischen Verfassungs-Angelegenheit zum Nachtheile der Reklamanten eine Veränderung erleiden könnte und der Entschließung der provisorischen Bundes-Kommission wegen Anordnung einer kompromissarischen Instanz vorgegriffen würde.

Die Kaiserliche Regierung überläßt sich um so vertrauensvoller der Erwartung, daß ihre wohlmeinenden Vorstellungen, wie jene des Königlich preußischen Kabinets, Eingang finden werden, als die Großherzogliche Regierung wohl nicht verkennen wird, daß selbst vollendete Thatsachen gegen vertrags- und gesetzmäßige Bestimmungen nichts vermögen und daher nur zur Folge haben können, die Verhältnisse noch mehr zu verwickeln und hierdurch deren Ausgleichung zu erschweren.

Der Unterzeichnete benutzt mit Vergnügen diese Veranlassung, dem Großherzoglich mecklenburg-schwerinschen hochlöblichen Staats-Ministerium die Versicherung seiner vollkommensten Hochachtung zu erneuern.

Wien, den 27. Dezember 1849.

Schwarzenberg, Staats-Minister.

An das Großherzoglich mecklenburg-schwerinsche hochlöbliche Staats-Ministerium zu Schwerin."

§† **Hamburg**, den 26. Jan. [Der Neuner-Entwurf und das Interim.] Manche Freunde unseres Neuner-Entwurfs haben sich gewiß nicht verhehlt, daß durch dessen Annahme Seitens der Bürgerschaft ein durchaus rechtswidriger Beschluß gefaßt worden wäre, sich aber vielleicht mit dem russischen Sprüchworte getröstet: Gott ist hoch, und der Kaiser ist weit. Vor Kurzem ist aber nun die Verfügung des Interim in der mecklenburgischen Angelegenheit bekannt geworden, und Jeder muß sich selbst sagen, daß in der unsrigen eine Maßregel zu erwarten steht, falls die Bürgerschaft zur Fassung eines, auf Umsturz unserer Grundgesetze bezüglichen Beschlusses verleitet, und Beschwerde deshalb erhoben würde. Diese Beschwerde zu erheben, würde jeder Bürger verpflichtet sein, vor Allem aber das Collegium der Oberalten, da dieses, neben dem Rathe (!), vorzugsweise für Aufrechthaltung der Verfassung zu sorgen hat. Das bisherige ehrenhafte Auftreten dieses Collegiums bei den Verhandlungen über den Neuner-Entwurf giebt der sicheren Hoffnung Raum, daß es auch in dem oben angenommenen Falle thun würde, was seines Amtes ist.

Kiel, 25. Jan. Die sogenannten Vertrauensmänner gehen nicht nach Kopenhagen.

Der Graf Reventlow-Farve ist als Gesandter der Statthalterschaft wieder nach Frankfurt gegangen.

Ausland.

Frankreich.

† **Paris**, 21. Jan. [Die dritte Nummer des Napoléon.] Sie werden schon gemerkt haben, daß Sie sich die Kosten des Abonnements auf den Napoléon sparen können, weil das Journal des Débats an jedem Montage eine fast vollständige 2te Auflage der am Tage vorher erschienenen Nummer liefert. Bei den vornehmen Allüren der Débats und der souverainen Geringschätzung, womit sie die Mehrzahl ihrer Collegen in der Presse, und insbesondere die Neulinge zu behandeln oder richtiger gesagt zu ignoriren pflegen, ist man zu glauben versucht, wo nicht befugt, Hr. Bertin sei des Privatisirens müde und es dränge ihn, den am 24. Febr. verlorenen Posten eines Hofcouriers wieder einzunehmen. Nur so erklärt sich die bescheidene Bereitwilligkeit, womit er die Publicität seines Blattes dem Organ des Elysée national zur Verfügung stellt, und wenn er die nachgedruckten Artikel desselben hier und da mit einem leisen Tadel begleitet, so beweist dies nur, daß Hr. Bertin nicht weniger vorsichtig als ehrgeizig ist. So lange das Verhältniß des Präsidenten der Republik zu der Majorität mehr oder weniger gespannt, wäre es freilich unklug, mit letzterer rücksichtslos zu brechen.

Wie dem auch sein mag, in den heutigen Débats finden Sie den gestrigen Napoléon, mit Ausschließung einiger wenigen Notizen ohne politische Bedeutung. Sie ersehen daraus, daß der Ton des neuen Blattes etwas milder, fast versöhnlich geworden ist, ohne jedoch der Besorgniß Raum zu gestatten, man sei höchsten Ortes in dem Entschlusse wankend geworden, die natürlichen und verfassungsmäßigen Rechte der ausübenden Gewalt parlamentarischen Anmaßungen zu opfern. Von Beidem wird Sie der Artikel Par quoi, et non par qui! überzeugen, worin unseren ergrauten Staatskünstlern das, was sie gar zu gern vergessen möchten, ins Gedächtniß zurückgerufen wird, der Unterschied nämlich zwischen dem gegenwärtigen und dem früheren Regime.

Der 2te Artikel über die Lächerlichkeit der Gerüchte von Staatsstreichen wäre als zur öffentlichen Beruhigung beitragend wichtig, wenn es bei der Bosheit der Parteien und der fabelhaften Leichtgläubigkeit der geistreichsten Nation der Welt überhaupt möglich sein könnte, der Verdächtigung der Regierung ein Ziel zu setzen. Ich wette Zehn gegen Eins, daß ehe 8 Tage vergehen, wieder ein den Pariser Spießbürger in Angst und Schrecken jagendes On-dit durch die Tagesblätter und die lithographirten Correspondenzen läuft. —

Im 3ten Artikel wird auf die Nothwendigkeit von der Stabilität der Gewalt hingewiesen, und die Verblendung der Parteien herausgestellt. Sie gönnen ihm wohl einen Platz:

„Anstatt in Erz zu gießen, bauen unsere politischen Baukünstler in Marqueterie. Wir machen provisorische Gesetze und unvollständige Verfassungen. Es ist, als ob die Stabilität der gemeinschaftliche Feind sei, welcher alle Parteien bedroht. Die Leidenschaft verblendet uns dermaßen, daß sie jede edle Rivalität zerstört, um die jämmerlichste Eifersucht zu schaffen. Man fragt nicht, ob ein Gesetz weise, ob eine Maßregel nützlich, sondern ob die feindlichen Parteien einen besonderen Vortheil daraus ziehen können. So hat man die Wahl in der Gemeinde gefürchtet, weil sie die Legitimisten begünstigen könnte, so — und das ist wichtiger — enthält unsere Verfassung 20 Artikel gegen eine Candidatur, deren Erfolg zu sicher erschien.

Der traurige, mit dem Namen Vorsicht geschmückte Verdacht ist die Richtschnur der Epoche geworden. Die Parteien besitzen so wenig Glauben an sich selber, daß sie sich gegenseitig zu schwächen suchen, nicht indem sie selbst größer als ihre Nebenbuhler werden, sondern indem sie diese zwingen, in einer relativen Unmacht zu bleiben — und doch würde die Stabilität ihnen allen von Nutzen sein.

Die Folge hiervon ist, daß die Wahrheit nicht zu Tage gefördert, daß das Gute nicht geschaffen werden kann. Man urtheilt nicht nach dem Werthe der Dinge, sondern nach ihrem Ursprung, man schätzt nicht ihre Nützlichkeit, sondern ihre Farbe, denn leider führt jede Idee, jede Maßregel ihre Ueberschrift, nach welcher sie ohne Prüfung gebilligt oder verworfen wird.

Wohin gehen die Männer, welche sich die Freunde der Ordnung und die Erhalter der Gesellschaft nennen? Die Ordnung ist nicht blos die Ruhe in den Straßen, sie ist auch die Ruhe in den Geistern. Die Erhaltung ist nicht in dem Provisorischen. Wie will man das Morgen befestigen, wenn das Heute nicht sicher ist? Man baut nichts Dauerhaftes auf Trümmern. Hat man das Wort Chamfort's vergessen: Ebensowenig wie Charpie Leinwand ist, ebensowenig bilden getrennte Parteien eine Nation.

Es ist Zeit, an die herbeieilende Gefahr zu denken. Das Mißtrauen der Parteien wird nicht anstehen, im Volke einen gefährlichen Skepticismus zu erzeugen. Es ist daher von Wichtigkeit, daß die regelmäßigen Parteien sich Bürgschaften geben und Zugeständnisse machen. Allein ist keine stark genug, um die Factionen zu bewältigen, selbst vereinigt bedürfen sie eines Führers, ohne welchen sie wohl die Ordnung von einem Tage zum andern schaffen können, niemals aber die Stabilität, welche die dauernde Ordnung ist."

In jeder Zeile eine Wahrheit und das Ganze der Beweis, daß Ludwig Bonaparte nach wie vor gewillt ist, die Stabilität in der Gewalt wieder zu schaffen, in der That das einzige Mittel, das von dem revolutionairen Geiste an den Rand des Abgrundes gedrängte Volk zu retten — vorausgesetzt, es sei dies überhaupt noch möglich.

Das Resultat der Wahlen im Gard-Departement kennen Sie. Der Candidat der Opposition, Hr. Favand, hat einige tausend Stimmen weniger gefunden als seine Gegner zusammengenommen, aber dennoch den Sieg davon getragen, weil die Conservativen wie gewöhnlich uneins waren. Und Sie glauben vielleicht, es handele sich von der classischen Spaltung zwischen Orleanisten und Legitimisten? Irrthum. Von den Orleanisten ist im Gard-Departement gar keine Rede. Die Gegner des Hrn. Favand sind beide Legitimisten, der eine, Hr. du Grail, von der Nüance der Union, der andere, Hr. de Larboueix, von der Nüance der Gazette de France, oder vielmehr diese ehrwürdige selber, denn er ist ihr Hauptredacteur. Da wundere man sich über die dichte Bevölkerung der Montagne!

Auch in dem Departement des Niederrheins fängt der Teufel des Hasses schon an zu spuken. Es sind dort 5 Repräsentanten zu wählen, und obgleich es für die Bevölkerung dieses Departements nicht blos eine Sache des Patriotismus, sondern auch eine Ehrensache ist, durch verständige Wahlen die vergangenen Sünden wieder gut zu machen, so steht doch zu fürchten, daß wir dieselbe Bescheerung wie bei den vorigen Wahlen haben werden. Die Elsasser Conservativen liegen sich nämlich, die Lehren der Erfahrung verachtend, jetzt wie damals in den Haaren, indem die Protestanten und die Katholiken sich gegenseitig exclusive Prätensionen vorwerfen.

Im Charente-Departement tritt der Oberst Ney als Candidat auf. —

Italien.

Rom, 15. Januar. [Geheimes Consistorium.] Se. Heiligkeit Papst Pius IX. hielt am 7ten im königl. Palast zu Portici ein geheimes Consistorium. Er promovirte in demselben folgende Prälaten: 1) Zum Bischof von Raab in Ungarn Monsignor A. Korner, Doctor der Theologie und Domherr des dortigen Capitels. 2) Zum Bischof von Veszprim Monsignor J. Ranolder, Doctor der Theologie und Domherr bei der Kathedrale zu Fünfkirchen. 3) Zum Erzbischof in Damiette (in partibus) den bisherigen Erzbischof von Brindisi in Neapel Monsignor Diego Planeta. 4) Zum Bischof von Moulins Monsignor P. S. L. M. de Dreux-Brézé, Ehrendomherr in der Metropolitane Paris und Generalvicar derselben. 5) Zum Bischof von Barcellona den zeitherigen Bischof von Lerida, Monsignor D. Costa. 6) Zum Bischof von Astorga Monsignor N. Cascallana, Kanonikus zu Cordova, Doctor der Theologie. 7) Zum Bischof von Salamanca Monsignor Sauz, Diöcesan-Priester in Siguenza. 8) Zum Bischof von Gaudix in Granada, den bisherigen Bischof von Teruel, Monsignor A. Lao. 9) Zum Bischof von Montalcino in Toscana Monsignor P. Verrolozzi, Domherr an der Metropolitane zu Lucca. 10) Zum Bischof von Carpi in Modena Monsignor G. Catani, Doctor der Theologie und Vicar des dasigen Capitels.

— Der „Corriere Mercantile" enthält Folgendes: Wir ersehen aus dem „Osservatore Romano", daß Cernuschi wirklich der geistlichen Polizei überliefert worden ist. Herr v. Girardin, welcher ein solches Ereigniß für unmöglich erklärt hat, weil es so ungeheuerlich sein würde, daß man in Folge davon seine Eigenschaft als Franzose aufgeben und sich als Türke naturalisiren lassen müsse, kann jetzt den Turban aufsetzen!

Spanien.

√ **Madrid**, den 18. Januar. Wahrscheinlich kommt es nun doch nicht zur Auflösung der Cortes, da das Ministerium wieder Muth geschöpft hat, seit es mit einiger Bestimmtheit auf eine Majorität von 70 — 80 Stimmen bei seiner Budgetsproposition rechnen kann. Herr Sartorius, bisher nur Visconde, hat neulich den Grafentitel erhalten. Der Graf von San-Louis erhielt das Königs-Diplom in einem Prachtbande von blauem Sammet mit allegorischen Silberverzierungen in matter Arbeit. Es ist hier viel Schnee gefallen. Der Xefe politico trifft außerordentliche Vorkehrungen.

Portugal.

S.T. **Lissabon**, den 13. Januar. Gestern begann im Senat die Diskussion über die Antwortsadresse auf die Thronrede, aber bis jetzt beschränkte sich dieselbe auf eine heftige Anklage gegen den Grafen von Thomar, die der Graf von Lavradis erhob, in der er unterstützt wurde durch den Marschall Saldanha, durch den Oheim der Königin, Marquis von Soulé, den Grafen das Antas und andre politische Sommitäten, denen Costa Cabral eigentlich seine glänzende politische Carrière verdankt, die sich aber jetzt zu seinen Gegnern gesellt haben und ihm eine Menge von ehrenrührigen Dingen Schuld geben. Der Graf von Thomar vertheidigte sich dadurch, daß er seinerseits den Marschall Saldanha, den Marquis von Soulé, Herrn Mollo und Andere aufs Heftigste angriff und auch ihnen viel schlimme Dinge zur Last legte. Der ganze Auftritt war persönlich im höchsten Grade, bitter und heftig. Die Fortsetzung erwartet man heute mit großer Spannung. Es heißt hier, Dom Miguel habe sich in England eingeschifft und man will unter seinen Anhängern eine große Geschäftigkeit bemerkt haben. Genaues konnte ich darüber nicht in Erfahrung bringen.

Schweiz.

=* **Bern**, im Januar. [Unsere Geschichte.] Die Lage der Schweiz, sowie besonders diejenige unsers Cantons, ist eine ganz neue geworden und es lassen sich aus dem Gang der Dinge, wie aus dem Treiben der Menschen, die interessantesten thatsächlichen und psychologischen Beobachtungen schöpfen. Der Freistaat Bern hatte während Jahrhunderten kräftig gelebt; seine Bürger, durch naturwüchsige Institutionen organisch verbunden, hatten unter den verschiedensten Zeiteinflüssen ein ehrenvolles staatliches Dasein glücklich und in guten Treuen bis zu jener Zeit behauptet, als, nach siegreich ausgebrochener französischer Revolution, jeder Staat überhaupt erst theoretisch neugebildet und folglich kraft der droits de l'homme alles Historische als Usurpation zerstört werden mußte. Im Jahre 1798 erlag, nicht ohne Kampf, das bernische Gemeinwesen der Gewalt und List freiheitheuchelnder Franzosen und mochte seither nimmer gesunden. In seinem äußeren Bestande tödtlich verwundet und durch die moderne Staatsphilosophie in seinem Seelenleben getrübt, kränkelte Bern während der Mediation und Restauration in stets hinfälligem Siechthum, über welches schon damals die trügerisch rosige Gesichtsfarbe keinen Tieferblickenden täuschen konnte. Nachdem die „comédie de quinze ans" abgespielt, war auch diese alte Republik im Jahre 1830 zu völligem Zusammenbrechen reif und durch eine Abdication in optima forma trugen die offiziellen Träger des alten Staats, der souveraine Rath der Stadt und Republik, die bernische „Legitimität" zur ewigen Ruhe. Sie gehört der Geschichte; ihre Erbschaft jedoch, die irdischen Güter und Gülten, wurden durch den neuen „Schulstaat" sorgfältiglich behändigt und „die magere Theorie" schwamm wie ein weißer Schwan einher auf den klaren Gewässern „vormäglichen Reichthums." Es giebt wohl wenige Länder, welche Stoff zu einem solchen Experiment je bieten mochten; hier aber brauchte der neugeborne „Vernunftstaat" blos die Hand auszustrecken über die metallne „aufgesparte Macht" der „unvernünftigen" Vergangenheit, um gleich von vorne herein sich die solideste Grundlage und seinen Postulaten mit der bequemsten Consequenz von der Welt ein vollständiges Genüge zu verschaffen. Von Schulden keine Rede, von Steuern so viel als gar nichts, dafür aber ein wahres Füllhorn von Renten, Domainen, Zinsen und Naturaleinkünften. Der „weltliche Haushalt" der herrschenden „Staatsidee" wurde auf's Brillanteste eingerichtet, imponirende Militairmassen wurden gedrillt und eine ganze Leibgarde literarischer Janitscharen expreß aus dem „denkenden Deutschland" verschrieben, um die politische Regeneration ins praktische Leben einzuführen und dort gegen jegliche Anfechtung zu behaupten. Daß einem so mächtigen Herrn, als welchen sich damals unser neuer Staat ankündigte, eine Schaar Intriganten und eine noch größere Menge ehrlicher Leute sich zuwendeten, liegt in der menschlichen Natur. Die Kosten ihrer Verwirklichung bestritt keineswegs jene moderne „Staatsidee", sondern das Staatsvermögen des perhorreszirten Regiments. Weit entfernt, die Staatsbürger im Namen ihres central social im Mindesten zu behelligen, konnte die Regierung aus jener Quelle dieselben mit den glänzendsten Flittergaben beschenken, Unzufriedene kirren oder zwingen, und zudem fand sie in der Schatzkammer „althergebrachter Autorität und frommer Sitte" Mittel genug, um trotz „Rousseau und freier Forschung" die Gemüther mit „hochkirchlicher Grandezza in den Bahnen orthodoxer Pietät und gutmüthigem Gehorsam" festzuhalten. Aus dem Vermächtniß des historischen Princips führte hier zu Lande die souveraine Gegenwart ein herrliches Leben in Saus und Braus, in welches noch obendrein die „sublime Doktrin" des philantropischen Zeitgeistes und die diplomatischen Kniebeugungen des ohnmächtigen, wenn auch goldbetreßten, „équilibre européen" die allerschönsten Blumen warfen. In diesen politischen Verhältnissen lag ein kolossaler Widersinn, eine grandiose Unwahrheit. Das Dogma der Kopfzahl, sich nährend und sich brüstend mit den Kräften und Errungenschaften einer aristokratischen Vergangenheit — es war zu toll und diese Lüge mußte fallen. Ersprießlich jedenfalls ist es für uns, und vielleicht für Andere, daß sie eben „durchgemacht" worden ist; die Hohlheit der modernen Staatstheorieen, ihre tief innere Nichtigkeit wäre hier zu Lande nie so deutlich erkannt worden, wenn es der Vorsehung nicht gefallen hätte, durch die freie Entwickelung ihrer Folgen den Leuten den lange gehegten Irrthum vor die leiblichen und geistigen Augen hinzustellen. Nächstens Weiteres.

B* **Bern**, den 17. Jan. [Radicalismus ohne Hühnersuppe.] Das grausame Niveau des Radicalismus rollt nun über die innere Administration der Cantone und zerknickt darin uralte Organismen. In **Genf** werden nicht nur die Schanzen und die Akademie zerstört, auch die Zeichnenschule (école des arts et métiers), ein für die Uhrmacher und Juweliere so wichtiges Institut, wurde nun wegdekretirt. (Es ist wahr, daß auch hier die Professoren ihre Stunden gratis fortsetzen.) In **Lausanne** wurde ein Bravo, der die waatländischen Freischaaren kommandirt hatte, zum Bibliothekar ernannt und stellt nun mit Hülfe eines Maßstabes die Bände nach der Größe auf, wobei allerdings sehr sonderbare Nachbarschaften herauskommen. Daß die barmherzigen Schwestern in der kalten Neujahrsnacht und trotz französischer Pässe durch den bernischen Präfekten aus Pruntrut weggetrieben wurden, daß den Conventualen der säkularisirten Klöster von Freiburg aus ihrem ehemaligen Klostergut auch das armselige Jahrgeld von 150 bis 400 Franken vorenthalten wird — trotz feierlichen Versprechens, das mag seinen tiefern Grund haben in dem Bestreben, alte Wunden ja offen zu erhalten. Allein nur jenem radikalen horror gegen alte Erinnerungen ist es wohl zuzuschreiben, daß die Regierung von Bern den Weibern von Burgdorf, welche im 15ten Jahrhundert ihr Städtchen gegen fremdes Kriegsvolk vertheidigt und dafür von der Republik alle Jahre einige Hühner und Eier zum Andenken erhalten hatten, diese „Hühnersuppe" nun „gezubt" hat, eine Unhöflichkeit, wofür die lustigen Weiber von Burgdorf sich diese Woche durch eine satyrische Maskerade rächen werden. Das Deficit hat nicht nur seine tragische, es hat auch seine schmutzige Seite. Durch große Opfer und Anstrengungen ist es Herrn v. Hallwyl gelungen, dem Sieger bei Luupen, von Erlach, eine Reiterstatue setzen zu lassen. Nachdem nun das bronzene Monument herrlich gelungen vor dem Münster steht, will auch die Regierung Berns sich dabei betheiligen und schenkt dem Künstler — faute de mieux — einen Thurm der Festungswerke.

Dänemark.

P **Kopenhagen**, den 19. Januar. (Literarisches zur Streitfrage). Die so lange schwebende, bei dem Abschluß des Waffenstillstandes noch unentschiedene Frage, ob Rendsburg zu Schleswig oder zu Holstein gehört, ist jetzt durch die neuste Schrift des Etatsraths **Wegener** endlich erledigt. Er weist nach, daß die Eiderinsel, wo die alte Stadt Rendsburg liegt, seit 1200, durch **Traktat** mit dem Grafen Adolph III. Besitzung der dänischen Krone ist, daß sie 1252 schleswigsch wurde und später von den jütischen Herzögen an Brandenburg und Holstein wegen Schulden **verpfändet**, bis sie 1386 wieder als schleswigsches Lehen eingelöst wurde, und seitdem immer **staatsrechtlich** und unbestritten zu Schleswig gehört hat. Die Stadt wurde von den Königen Christian III., IV und V. immer stärker befestigt, und letzterer konnte, nachdem verschiedene Deklarationen staatsrechtlich anerkannt worden, unangefochten 1671 die bekannte, noch existirende Inschrift an dem südlichen Thore anbringen: Eidora imperii Romani terminus. In zwei Jahrhunderten blieb die schleswigsche Landeshoheit über Rendsburg unbestritten. Indessen bildete sich sowohl nördlich wie südlich der Eider die „Neustadt", welche später auch befestigt wurde. Daß der nördliche Theil (das Kronwerk) schleswigsch sei, hat noch Niemand bezweifelt. Eben so unzweifelhaft findet aber Wegener, daß der südl. Theil (das Neuwerk) als auf holsteinischem Boden liegend **holsteinisch** ist! Da das Ganze nun eine einzige Festung bildet, bleibt wohl kein Ausweg übrig, als die Festungswerke beiderseitig zu **schleifen**, indem Theile derselben Festung unmöglich im Besitz zweier, seit 10. Juli 1849 politisch getrennter Länder bleiben können. — Eine zweite interessante Erscheinung ist das Votum des Hofpredigers **Martensen***), das er, aufgefordert von dem schleswigschen Superintendenten **Nielsen**, in der Gewissensfrage der schleswigschen Geistlichkeit abgegeben hat. Herr M. meint, daß die religiösen Scrupel erwähnter Geistlichen allein in „den revolutionairen Stimmungen" begründet sind, von denen selbst die Besseren sich haben hinreißen lassen. Er erkennt willig an, daß der Einzelne oft besser ist, als der irrige Geist, von welchem er fortgerissen wird. Darin hat Herr Martensen gewiß vollkommen Recht, daß er die minutiöse Untersuchung des Eidesbegriffs als unschicklich ablehnt, und daß er die ganze Frage vom bürgerlichen Eid allein als eine **praktisch-moralische**, und nicht, wie Hr. Nielsen sich ausdrückt, als eine „**interessante theologische**" betrachtet haben will.

Rußland.

St. Petersburg, den 18. Januar. Se. Majestät der Kaiser hat, wie die hiesigen Zeitungen melden, mittelst Tagesbefehls verschiedenen Truppentheilen zur Bezeigung seiner hohen Zufriedenheit mit ihrer Tapferkeit und ihren glänzenden Kriegsthaten in dem Feldzuge gegen die aufrührerischen Ungarn im Jahre 1849 Auszeichnungen verliehen.

Der **Russische Invalide** enthält einen siegreichen Kriegsbericht aus dem Kaukasus vom 31. December.

Der Großfürst Alexis Alexandrowitsch ist mittelst Kaiserlichen Tagesbefehls von 14. d. M. zum Chef des moskauischen Garde-Regiments ernannt und in die Liste der Preobraschenskischen Garde-Regimenter, der Garde-Jäger-Regimenter und der Garde-Marine-Mannschaften eingetragen worden.

Se. Majestät der Kaiser hat unterm 7. Januar an den Chef der gesammten Artillerie, General von der Artillerie, Gillenschmidt, bei dessen statthabendem 50jährigen Dienstjubiläum ein sehr gnädiges Handschreiben gerichtet.

Am 8. Januar wurde durch den Beichtvater Protopresbyter Baschanoff in dem für den Großfürsten Konstantin neu eingerichteten Konstantinowschen Palais, dem ehemaligen Marmor-Palais, die Kirche geweiht, und am 10. Januar bezog Se. Kaiserl. Hoh. mit seiner Gemahlin dieses Palais. Bei ihrem Eintritte in die neue Wohnstätte wurden Ihre Kaiserl. Hoheiten von Sr. Majestät dem Kaiser und Ihrer Maj. der Kaiserin mit dem Heiligenbilde und mit Brod und Salz empfangen. Nach Abhaltung eines Dankgebetes wurde sodann der ganze Palast mit geweihtem Wasser besprengt. In Folge dieses Ereignisses ist auf Befehl Sr. Maj. die bei Hofe angeordnete Trauer abgelegt worden.

Am 9. Januar wurde in der großen Kapelle des Winter-Palastes, vor der Messe, die heilige Taufhandlung an dem Prinzen Sergei Maximilianowitsch, Kaiserliche Hoheit, vollzogen.

Am Thurme der Admiralität wurde der zweite Versuch mit dem elektrischen Lichte in der russischen Neujahrsnacht, eine halbe Stunde vor Mitternacht, vorgenommen. Diesmal war die Laterne außerhalb angebracht, so daß man Form und Umfang der leuchtenden Masse sehen konnte. Der ganze Platz vor der Admiralität, von einem Ende des Boulevards bis zum anderen und bis zu den gegenüberliegenden Häusern, war vollkommen so hell, wie vom Lichte des Vollmondes beleuchtet; in die Newskische Perspective und die Erbsenstraße drangen jedoch die Strahlen des elektrischen Lichtes nicht merklich vor.

Griechenland.

OO **Athen**, den 2. Januar. Von unserm neuen Ministerium ist noch nicht viel zu melden, es hat eine Proklamation erlassen, welche die besten Grundsätze athmet. Das Büreau der Kammer ist ganz in ministeriellem Sinne zusammengesetzt, die Opposition stimmte für gar keinen besondern Candidaten, sondern gab weiße Zettel ins Scrutinium. Am 26. pr., bei dem großen Brande im Militairhospital, war Se. Majestät zuerst auf dem Platze, und trug durch seine Gegenwart viel zur endlichen Rettung des Gebäudes bei. Gestern wurden der Präsident und die Vicepräsidenten der Kammer im Schlosse vorgestellt. Eins unserer ersten Handelshäuser, Ciphos (früher Rhallis), machte vor einigen Tagen einen Bankerutt mit einem Deficit von einer Million Drachmen.

Amerika.

In New-York hat man Briefe aus Porto Alegre vom 10ten Oktober, nach welchen die brasilianische Regierung die Rüstungen gegen die Republik Buenos-Ayres ernstlich betreibt und sich mit Paraguay zu diesem Zweck verbündet hat. Dreitausend Mann von Paraguay haben bereits die Grenzen überschritten. Aus Guatemala erfuhr man, daß dort in den letzten Septembertagen ein Aufstand ausgebrochen. Die Insurgenten hatten sich der Hauptstadt bemächtigt und eine General-Plünderung über ihre politischen Gegner verhängt.

Aus Washington erfährt man, daß die friedliche Ausgleichung der Nicaragua-Frage in nächster Zeit bevorsteht. Im Senat hatte General Caß sehr eifrig gegen Oesterreich gesprochen und ganz bestimmt verlangt, daß alle diplomatischen Verbindungen mit dieser Macht abgebrochen würden, da sie sich in dem Kriege gegen die Ungarn barbarisch betragen habe. Man glaubt indeß, der Senat werde sich der Ansicht des Herrn Clay anschließen, der da verlangt, man solle zwar Oesterreich den Unwillen der Republik wegen Ungarn zu erkennen geben, aber nicht durch die Abberufung des amerikanischen Agenten die Amerikaner in Oesterreich ohne Schutz und Beistand lassen.

*) Ein Wort über den Amtseid und die schleswig-holsteinische Geistlichkeit.

Berliner Börse.

Den 26. Januar. Die Spannung über den Ausgang der Verfassungs-Angelegenheit dauerte in dieser Woche noch fort und wirkte nachtheilig auf das Geschäft, wenn auch die Course im Ganzen heute nicht niedriger stehen als vor 8 Tagen, da einige im Laufe der Woche verbreiteten Gerüchte über eine Verständigung, so wie der in einzelnen Spekulations-Effecten noch zuweilen hervortretende Mangel coulanter Stücke von einigen Spekulanten zu einer, wenn auch nur vorübergehenden Steigerung benutzt worden waren, um zu höheren Coursen realisiren zu können. Namentlich war die Börse seit dem Beginn der Kammer-Debatten in ziemlich erregter Stimmung und jede bekannt gewordene Rede gegen die Annahme der durch die Königl. Botschaft mitgetheilten Vorlagen wirkte nachtheilig auf Geschäft und Course. Wir können im Ganzen uns daher nur auf unsere vorwöchentlichen Mittheilungen beziehen und müssen uns auf das oben Gesagte beschränken.

Von **Fonds** haben sich russische auf ihre Steigerung in London ansehnlich gehoben, und zwar alte russ. engl. Anleihe von 110 a 110¾ und neue von 97½ a 98¾, Schatz-Obligationen schwankten von 79¼ a 80 a 79¾, Certif. Lt. A. 94 a ½ a ¼, Staats-Schuldscheine 88¼ a ⅜ a ¼, freiwillige Anleihe 106⅞ a ¾ a ⅞ a ⅞.

In **Prioritäts-Actien** war nur beschränktes Geschäft und deren Course variirten kaum ¼ %, schließen jedoch heute größtentheils matter und offerirt. Rheinische Preference wichen von 78½ a 77½, wogegen in Cracau-Oberschlesischen zu 1 % höher einiges gemacht wurde.

Von **Eisenbahn-Actien** müssen wir Cracau-Oberschlesische zuerst erwähnen, da dieselben auf die bekannt gewordenen Kaufsbedingungen der österreichischen Regierung und der erfolgten Annahme derselben Seitens der General-Versammlung von 69¾ bis 75 stiegen, heute aber bei der allgemeinen Flauheit durch einige Realisirungen wieder auf 74½ fielen. Es wird von mehreren Seiten bezweifelt, daß das österreichische Finanz-Ministerium der proponirten Auszahlung der verlooseten Obligationen hier in Berlin in Preuß. Cour. die Genehmigung ertheilen werde und ohne diese dürfte der Umstand, daß die verpfändete Bahn nicht im Preußischen läge und ein prüfender Blick auf den Stand der 4procentigen Metalliques (74½ % mit 11 % Silber-Agio, also etwa 66 % in Pr. Crt.) wohl doch viele es vorziehen lassen, jetzt zu etwa 75 % realisiren, als möglicherweise binnen hier und mehr als 60 Jahren 100 Thaler in österreich. Banknoten zu erhalten. Potsdam-Magdeburger stiegen durch mehrere Käufe von 65½ auf 67½, fielen aber eben so schnell wieder auf 65½; wie es heißt, soll die Dividende pro 1848 mit 4 % in einer neuen Serie von Prior.-Actien (Lt. E.) capitalisirt werden, während leider für diejenige pro 1849 auch noch diese Aussicht fehlt; außerdem scheint es, als ob der Kauf der Magdeburg-Leipziger Bahn eher der mitconcurrirenden Anhalter Gesellschaft gelingen würde, und wir müssen daher für diese sonst so gute Bahn eine günstige Prognose noch auf eine fernere Zukunft verschieben; aus dem eben angeführten Grunde erhielten sich Anhalter Actien nicht nur auf ihrem Course, sondern stiegen noch ferner von 90 a 90½, wozu jedoch anzukommen war. Friedr.-Wilh.-Nordbahn schwankten nach der Stimmung der Börse zwischen 43½, 44¾ und 43½, zu welchem Course sie heute schlossen. Hamburger wichen von 79½ auf 79, Magd.-Wittenberge, die durch einige Käufe von 60½ bis 63¾ gestiegen waren, wurden heute zu 62½ vergebens offerirt.

Außerdem wurden bezahlt: Stettiner 106¾ a 107½ a 107, Köln-Mindener 95¼, ½, ¾, ½, Niederschles. 85 a 84½, Stargard-Posener 84½ a ¾ a ½, Thüringer 65¾ a 66½ a 66, Rheinische 44½ a 45½ a 45, Düsseldorf-Elberfelder 78½, Oberschl. A. 106½ a ¼ a ½, B. 105 a 104½ a 105 a 104½ und Bergisch-Märkische waren zu 44½ offerirt.

Von **Wechseln** blieben lang Amsterdam, Paris und Frankfurt a. M. zur alten Notiz, lang Hamburg ⅛ und Petersburg ⅛ % höher gefragt, kurz Amsterdam blieb $\frac{1}{12}$ %, Wien 1 % und London ½ Sgr. unter und kurz Hamburg ⅛ % über den vorwöchentlichen Coursen zu haben und zu lassen und Augsburg blieb unverändert Brief.

Getreide-Bericht.

Berlin, den 26. Januar. Das Wetter ist am Mittwoch sehr gelinde geworden, wir haben seitdem anhaltendes Thauwetter, und es hat den Anschein, als wolle der Winter uns für diesmal verlassen; gleichwohl sind wir noch zu früh in der Jahreszeit, um auf Bestand rechnen zu können.

In Getreide hatten wir wieder nur ein unbedeutendes Geschäft, doch keine besondere Preisänderung, da Frage und Anerbietungen sich ungefähr gleich und schwach blieben, und nur in Roggen ging etwas zu etwas besseren Preisen um, aber auch darin war die Kauflust nicht allgemein und die Erhöhung nicht der Art, um vorhandene Ordres prompt ausführen zu können. Die Hauptplätze, so weit die Berichte reichen, bleiben inzwischen fortwährend flau, und melden zum Theil weichende Preise.

Weizen blieb fast ohne Umsatz, und wurde nur bei den unbedeutendsten Kleinigkeiten für den hiesigen Bedarf gekauft, bei Preisen, die für den Großhandel nicht maßgebend sind. Die Inhaber sind nachgiebiger geworden, aber auch dies scheint nicht zu genügen. Eine verwinterte Ladung Bromberger Weizen 88 Pfd. ist zu 53 Rt. verkauft.

Roggen ist etwas angenehmer gegangen, Geschäfte blieben jedoch der höhern Forderungen halber beschränkt, und in loco konnte man nicht über die bisherigen Preise kommen. Ebenso verhält es sich mit verwinterter Waare, die theilweise, um zu realisiren, sogar billiger abgegeben werden mußte. — Vom Boden sind 100 Wspl. 86 Pfd. zu 27½ Rt. verkauft, die Detailpreise auf 27—28½ Rt. anzunehmen. Im Lieferungshandel sind die Sommermonate beachteter und in Folge dessen auch der Frühjahrstermin in besserer Haltung. Heute ist besonders der letztere Termin durch Deckungen mehr gefragt gewesen, und man bewilligte bis 27½ Rt., pr. Mai — Juni 27¾ Rt. bez., 28 Rt. gefordert, Juni — Juli $28\frac{1}{12}$ a 28¼ Rt. bez., 28⅓ Rt. B.

Gerste wegen mangelnden Umsatzes zum Theil nur nominell anzugeben, große 22—24 Rt., kleine 19—21 Rt.

Hafer blieb ohne besondere Aenderung und Frage; in loco wird nach Qualität zu 17—18 Rt. verkauft, auf Lieferung pr. Frühjahr 50 Pfd. zu 16 Rt. wohl eher zu lassen als zu haben.

Erbsen, Kochwaare 32—38 Rt., Futterwaare 28—31 Rt.

Kleesaat ohne nennenswerthen Umsatz bei kleinen Vorräthen, rothe auf 10—15 Rt., weiße 9—14 Rt. nach Qualität gehalten. Thymothee 8½ Rt. feste Forderung, 8 Rt. für gute Waare bezahlt.

Oelsaaten in letztgemeldeter Position. —

Im Rüböl-Geschäft blieb die Stille ebenfalls anhaltend, Preise drückten sich indeß nur langsam, denn, wenngleich einerseits Ordres fehlten, so wollten die Inhaber doch nicht wesentlich nachgeben, da sie zum Theil zu theuer einstehende Einkäufe haben, und besonders bei der jetzigen precären Witterung keine wesentliche Gefahr beim Halten sehen. Diese Vorsicht, mit welcher die Inhaber zu Werke gehen, scheint nach Lage der Dinge allerdings gerechtfertigt; bleiben aber die auswärtigen Märkte wie bisher weichend, und sollte sich nicht bald wieder mehr und nachhaltigere Frage einstellen, so dürften bei alledem die Erwartungen doch herabgestimmt werden, und ein weiterer Rückgang nicht zu verhindern sein. Welchen Einfluß übrigens das Wetter auf diesen Handel übt, hat sich heute bei der raschen Steigerung wiederum gezeigt, obgleich auch andere Gründe dafür sprechen mögen. — Wir hatten einen belebteren Markt, die Frage machte sich ergiebiger, und es wurde bei anziehenden Preisen rascher gekauft. Loco-Waare wollte indeß dieser Steigerung nicht folgen, und blieb zu 13½ Rt. käuflich, $13\frac{5}{12}$ Rt. wurde in einem Falle bewilligt, ebenso war für Januar-Lieferung keine besondere Kauflust, obschon auch dafür 13⅓ und 13⅜ Rt., also etwas mehr wie gestern angelegt wurde; pr. Januar — Februar 13⅛ und 13⅙ Rt. bez., 13¼ Rt. B., 13⅙ Rt. G., pr. Februar — März 13 Rt. bez., später 13⅙ Rt. B., $13\frac{1}{12}$ Rt. G., pr. März — April $13\frac{1}{12}$ Rt. B., 13 Rt. bez. u. G., pr. April — Mai 12⅚, $\frac{11}{12}$ u. $\frac{23}{24}$ Rt. bez., 13 Rt. B., $12\frac{11}{12}$ Rt. G., pr. Mai — Juni 12¾ Rt. B., 12⅔ Rt. G.

Leinöl loco 12 Rt. B., 11⅚ Rt. bez., pr. Febr. — März 11¾ Rt. B., 11⅓ Rt. G., pr. März — April 11⅔ Rt. B., 11⅓ Rt. G., pr. April — Mai 11½ Rt. B., 11¼ Rt. G. Mohnöl 15½ Rt. Hanföl 14 Rt. Palmöl 12⅚—12¾ Rt. Südseethran 12¾ Rt.

Spiritus bei wenig variirenden Preisen in loco meist auf $14\frac{1}{12}$ Rt. gehalten, ist heute zu 14 und $14\frac{1}{24}$ gehandelt. Termine Anfangs der Woche mehr gefragt und etwas höher bezahlt, sind jetzt wieder mehr angetragen, und wie folgt zu notiren: pr. Februar — März 14¼ Rt. B., 14 Rt. G., pr. März — April 14½ Rt. B., 14¼ Rt. G., pr. April — Mai 14¾ Rt. B., 14⅔ Rt. G., pr. Mai — Juni $15\frac{1}{12}$ Rt. B., 15 Rt. G., pr. Juni — Juli 15½ Rt. B., 15⅓ Rt. G., pr. Juli — August 15⅚ Rt. B., 15⅔ Rt. G.

Am Landmarkt bezahlte man in dieser Woche für Weizen bei einer Zufuhr von circa 100 Wispel 55 — 59 Rt., Roggen circa 80 Wispel 28—31 Rt., Gerste circa 40 Wispel 21 — 24¼ Rt., Hafer circa 100 Wispel 17 — 21 Rt., Erbsen ca. 10 Wispel 32 — 34 Rt.

Heute regnete es fast ununterbrochen, mitunter fielen auch einige Schneeflocken bei sehr gewichenem Barometerstand und Abends 5 Uhr 3° Wärme.

Auswärtige Marktberichte.

Wien, 18. Januar. Die Eigner von Rapps beharren noch immer auf ihren Forderungen von 14 — ¼ fl. Cmze. pr. Kübel loco Wieselburg, was Angesichts der flauen Stimmung in Rüböl und des sich darin mindernden Bedarfs überspannt erscheinen muß, da sich Rüböl hiernach auf 35 — ½ fl. stellen würde. Zudem weiß man, daß in Wieselburg wenigstens 30,000 Metzen Rapps lagern, wovon ⅓ allein für Rechnung der Pesther Handelsgesellschaft, und es läßt sich unter diesen Umständen nur einem Rückgange der Preise entgegensehen. Rüböl fand sich besonders durch die Zufuhren in preuß. Oel gedrückt, wiewohl diese sich nur auf einige hundert Centner belaufen mögen. Doch bleibt das preußische Oel zu 32½ — 32 fl. transf. unverkäuflich, während das inländische sich auf 33½ — 34 pr. behauptet. Die Ursache ist, weil das preuß. Oel, obgleich sehr rein und klar aussehend, beim Brennen einen Zusatz von Südseethran bemerken läßt und im Wägen nur ca. 38° ergiebt, während das gute inländische Oel 39 — 40° hat. Ungeachtet des verhältnißmäßig wohlfeilen Preises des Rüböls erwartet man hier einen Rückgang von 2 fl. und darüber im Laufe des nächsten Monats.

Woll-Berichte.

Breslau, 23. Januar. Wiederum können wir von namhaften Verkäufen berichten, welche im Laufe dieser Woche geschehen sind, und beschränkten sie sich nicht blos wie bisher auf Ruß. Wollen, von denen ebenfalls mehrere hundert Centner im Preise von 50 a 57 Rt. verkauft worden sind, sondern auch auf Schlesische Einschuren von 78 a 85 Rt., auf dergleichen Lammwollen von 75 a 80 Rt., und auf feine Schweißwollen von 56 a 61 Rt. Wir können in dieser Woche im Ganzen 900 a 1000 Centner verkauft haben, und es ist beispiellos in geringen Gattungen aufgeräumt worden; dagegen haben wir, der Jahreszeit angemessen, noch immer einige Auswahl in Schlesischen Einschuren, so wie in dergleichen Schweiß- und Gerber-Wollen. Das Kontraktgeschäft war ziemlich lebhaft, und sind neuerdings einige bedeutende Posten feiner Wollen verschlossen worden.

Breslau, 26. Januar. Wir hatten diese Woche ebenfalls ziemlich starke Verkäufe von ruß. Einschuren in den Preisen von 52 — 55 Rt., eben so sind mehrere Posten schles. Einschur von 73 — 80 Rt. aus dem Markte genommen worden. Für schles. Lammwolle bewilligte man 75 — 80 Rt., für poln. Locken 48 — 50 Rt., für Pellwolle 48 — 56 Rt., für poln. Sterblinge in den 50er, und für schles. in den 60er Rt. Das Contractgeschäft beschränkte sich in demselben Zeitraume auf den Abschluß einiger kleinen Posten Mittelwollen.

Pesth, 13. Jan. Im Wollgeschäft war steigende Tendenz zu bemerken und besonders Sommerwolle sehr gefragt. Zu folgenden Preisen wurde viel abgesetzt: feine Sorten 100 — 120 Fl., Sommerwolle 70 — 80 Fl., Mittel- und ordinaire Einschuren 80—100 Fl., Zweischur 50—67 Fl.

Eisenbahn-Anzeiger.

Altona-Kiel. December-Einnahme 77,453 Mk. 12 ß. Crt.

Anhalter.

December-Einnahme für 10,708 Pers. und 133,138 Ctr. 55,155 Rt.,
bis Ende November 631,319 Rt.,

zusammen pr. 1849: 686,474 Rt.
gegen 1848 mehr: 137,102 Rt.
ohne die noch zu berechnenden extraord. Einnahmen.

Thüringsche.

December-Einnahme für 41,100 Pers. und 99,363 Ctr. 41,230 Rt.
bis Ende November für 642,201 Pers. und 1,030,986 Ctr. 523,570 Rt.,
zusammen pr. 1849 für 683,301 Pers. und 1,130,349 Ctr. 564,800 Rt.,

Zur Staatswissenschaft.

Sämmtliche Staatsmänner alter und neuer Zeit, die das Naturgesetz der Staatenbildung erkannten, lehren **einstimmig**, daß eine bestehende Staatsverfassung sich nur dadurch vervollkommnen und erhalten könne, daß sie ihre **Principien** unter strenger Wahrung derselben der fortschreitenden Entwickelung des Lebens anpasse, niemals aber dadurch, daß sie an die Stelle ihrer hergebrachten Principien **andere** setze. Die Geschichte aller Staatsveränderungen, von den ältesten Zeiten bis zu den neuesten, beweiset die Wahrheit dieser Lehre. Die ganze Geschichte hat kein **einziges** Beispiel aufzuweisen, daß eine Staatsverfassung, sei es eine monarchische, sei es eine republikanische, sich noch verbessert, oder noch Bestand gehabt hätte, nachdem ihr Princip eine Beute der Parteien geworden. Ist eine Verfassung in ihrem Principe schlecht, oder ist das Princip durch Mißbrauch verdorben, dann kann durch Verwerfung desselben an die Stelle der schlechten Verfassung eine bessere treten, und Männer, die dieses bewirken, verdienen den Dank ihrer Mitbürger. Hat aber eine Verfassung sich in ihrem Princip als gut bewährt und ist dieses Princip stets in reinen Händen gewesen, dann verdienen die Männer, welche sich als schlechte Wächter des Princips zeigten, und die, welchen es gelungen, der Verfassung ihr Princip zu stehlen, nicht den Dank ihrer Mitbürger. Geschichte und Vernunft verurtheilen sie. Alle politischen Doctrinaire und Sophisten sind nicht im Stande, zu beweisen, daß der Preußische Staat unedel geboren, daß sein hergebrachtes Princip ein schlechtes, oder durch Mißbrauch in das Princip des Despotismus ausgeartet sei. Jeder vernünftige Staatsmann wird dagegen anerkennen, daß gerade das Princip der Preußischen Staatsverfassung Elasticität genug hat, sich den Bedürfnissen der Zeit anzupassen, ohne seinen wesentlichen Charakter aufzugeben und somit den Staat demselben Schicksale zu überlassen, welchem wir Frankreich seit 60 Jahren preisgegeben sehen.

Die Verfassung vom 5. December schwächt das Princip bis zu dem Grade, daß es kaum Kraft genug behält, sich bei günstiger Gelegenheit wieder zu stärken. Der Camphausen'sche Vorschlag richtet es, wenn die „Deutsche Reform" ihn richtig aufgefaßt hat, gänzlich zu Grunde. Mit der Annahme desselben ist demnach Preußens Kraft gebrochen und die Kraft, welche an ihre Stelle tritt, wird es nicht vermögen, die 8 Provinzen zusammenzuhalten. Und was soll aus Deutschland werden, wenn Preußens Kraft gebrochen ist?

Zur Sonntagsfeier.

Nun, Gott sei Dank! in unsrer Stadt wird zu einer **wahren Sonntagsfeier** jetzt ein guter Anfang gemacht. Die Augustiner Gemeinde hat bei der Uebergabe ihrer Kirche zum deutschen Reichstage unter andern auch die Bedingung gestellt, daß an deren Einrichtung, wie dringlich die auch werden möge, doch keinen Sonntag dürfe gearbeitet werden. Was wäre es auch weiter, wenn die riesenmäßige Umwandlung der Räume, welche in acht Wochen soll fertig werden, um der acht Feiertage willen, eine Woche länger dauerte?! — Der kleine Verzug würde gewiß dem Reichstage selbst und unserm ganzen Vaterlande den größten Segen bringen. Denn es stehet geschrieben 2. Mos. 13. „Haltet meinen Feiertag; denn derselbe ist ein Zeichen zwischen mir und euch auf eure Nachkommen, daß ihr wisset, daß ich der Herr bin, der euch heiliget." Daher das Volk des alten Bundes, nicht einmal an ihrer Stiftshütte, die doch ein sehr nothwendiger und auch heiliger Bau war, den Sabbath über eine Hand rühren durfte. Der Segen aber einer wahren Sabbathsfeier steht neben dem Fluche der Sabbathsschändung im 26. Kapitel des 3. Buches Mose, und lautet also:

„Werdet ihr in meinen Satzungen wandeln, so will ich euch Segen geben zu seiner Zeit, und ihr sollt Brods die Fülle haben; ich will Friede geben in eurem Lande, und ihr sollt eure Feinde jagen. Eurer fünf sollen hundert jagen, und eurer hundert sollen zehntausend jagen. Und ich will meinen Bund euch halten, und meine Wohnung unter euch haben; ich will euer Gott sein, so sollt ihr mein Volk sein. Denn Ich habe euer Joch zerbrochen, und habe euch aufgericht wandeln lassen." — „Werdet ihr aber meine Satzungen verachten, und meine Rechte verwerfen, so will Ich euch heimsuchen mit Schrecken und Fieber, daß euch die Angesichte verstellen, und der Leib verschmachte. Ihr sollt umsonst euern Samen säen, und eure Feinde sollen ihn fressen; und die euch hassen, sollen über euch herrschen, und ihr sollt fliehen, da euch niemand jaget. Werdet ihr euch aber damit noch nicht von mir züchtigen lassen, und mir entgegen wandeln, so will ich euch auch entgegenwandeln, und will euch noch siebenmal mehr schlagen um eurer Sünde willen, daß ich euern Stolz und Halsstarrigkeit breche; Ich will eure Städte wüste machen, und eures Heiligthums Kirchen einreißen, euch aber unter die Heiden streuen. Alsdann wird das Land ihm seine Feier gefallen lassen, so lange ihr in der Feinde Land seid; **ja dann wird das Land feiern, so lange es wüste liegt: darum daß es nicht feiern konnte, da ihr's solltet feiern lassen**" u. s. w.

O Land! Land! Land! höre des Herrn Wort! (W.N.f.Erf.)

Inserate.

(Für den folgenden Theil der Zeitung ist die Redaction nicht verantwortlich.)

Verantwortlicher Redacteur: **Wagener.**

Selbstverlag der Redaction.

Druck von C. G. Brandis in Berlin, Deßauer Straße № 5.